Nr. 100

INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

2 D

Lieber raus
auf die Straße
als heim
ins Reich

Heraus zum revolutionären 1. Mai

Demonstration
Oranienplatz 13 Uhr
danach Fest

26. April 1990

Ja, Ja - schon gut, derTitel ist mal wieder zu militant - aber wir fanden das Bild (vom Plakat zur 1.Mai Demo in Wuppertal abgekupfert) trotzdem schön !
Auf Mai - Käfer oder Kiddis auf dem Deckblatt konnten wir uns gar nicht einigen - und ein tolles Dia, was wir in vier Farben hätten drucken wollen, ist uns nicht zugeschickt worden. Wir sind aber (fast) immer für Titelbildvorschläge dankbar und versuchen uns zu bessern !!
Wir haben am Ende des 1.Mai-Komplexes einen Auszug aus einem Frauentext zur letztjährigen 1.Mai/Randale Auseinandersetzung abgedruckt,denn die Diskussion, so wenig sie auch geführt wurde, ist wieder total aktuell, gerade unter (uns) Frauen. Der Platz hat für den vollständigen Abdruck nicht gereicht, und wir haben daher den ganzen ersten Teil rausgelassen, es lohnt sich aber ihn ganz zu lesen. Zu finden ist er in der Radikal Nr 138 (2.Teil).
Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang noch auf den " Tanz in den Mai" der SPD am 30.April abends in der Hasenheide. Entweder sie genehmigt bis dahin unser Fest auf dem Görlitzer Bahnhof oder wir tanzen bei ihnen mit - aber hallo !
Zum 20.4. haben wir mehrere Papiere bekommen, aber nur das Antifa-Info-Blatt abgedruckt. Rausgelassen haben wir ein Flugi vom Antifa-Info-Telefon, weil das gleiche drin stand und ein Flugi, in dem in ziemlich lapidarem Ton ein 2:0 für die Antifas konstatiert wird.(Zitat Schlußsatz: "Endergebnis nach 2 Stunden: Alex frei, Christian +5 Kameraden `putt und praktische Gegenstände für die Antifa (...und Kreuzberg brennt!).Das ist angesichts der vielen verletzten Antifas und AusländerInnen mehr als platt und liegt jetzt im Ordner.
Zwischen den Terminen versteckt findet ihr eine Anzeige für das Buch "Feuer und Flamme" von Geronimo, das ab Montag erhältlich ist. Es ist der erste Versuch (und schon deshalb gehört ihm kräftig auf die Schulter geklopft) sich der Geschichte und Gegenwart der sagenumwobenen "Autonomen Gruppen" zu nähern. Auch wir sind tierisch gespannt.
Daß unser Blättchen manchmal so lange nach Wessiland braucht (bis zu 11 Tage),liegt an der bösen, bösen Post - wir tun unser Bestes!
Vielleicht ist es ja der Ein oder Anderen aufgefallen: ihr haltet jetzt die Jubelnummer 100 in Händen ! Nicht nur deshalb gönnen wir uns nächste Woche eine Verschnaufpause. Schließlich wollen wir auch möglichst viel von den Aktionstagen mitbekommen und taufrisch + hochmotiviert an der 1.Mai Demo und am Fest teilnehmen. Die nächste INTERIM erscheint also spätestens am 10. Mai. Bis denne

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2 a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

PROTOKOLL VOM 1.MAI-PLENUM AM 11.4.

Protokoll vom 11.4.90 1.MAI - Plenum

Tagesordnung: 1) letztes Protokoll
2) "Kurzaufruf" zum 1.Mai
3) "Bürgeraufruf I"
4) "Bürgeraufruf II"
5) Demoroute, Demokonzept, Demoanmeldung
6) Demo in Ost - Berlin zum 1.Mai
7) Presse, Öffentlichkeit
8) Fest auf'm Görli
9) Aktionstage

zu1: Es wird vorgeschlagen, dem letzten Protokoll ein entschlossenes "au Backe" an einer wichtigen Stelle hinzuzufügen, darüberhinaus sollen Namen von Gruppen in Zukunft in Protokollen nicht mehr auftauchen.
zu2 und zu3 und zu 4: Alle drei Aufrufe sind Vorschläge zur weiteren Mobilisierung zu Fest, Demo und Aktionstagen. Sie werden nacheinander vorgelesen, ganz kurz beredet und kritisiert und werden daraufhin nun nochmal überarbeitet. Die Gruppen bringen dann ihre Aufrufe in Eigenregie raus, einen weiteren zentralen Aufruf des Plenums wird es somit vorerst nicht geben. Das Schlagwort "Bürgeraufruf" bedeutet in diesem Zusammenhang lediglich, daß es sich um Papiere handelt, die von der Form und der Sprache her ganz allgemein an "alle" gerichtet sind.
zu5: Wir wollen mit der Demo vom Hermannplatz ab einen Schlenker durch Kreuzberg61 machen und werden uns demnächst für einen der folgenden Vorschläge entscheiden: a) Urbanstr., Schönleinstr., Dieffenbachstr., Gräfestr. oder b) Urbanstr., Grimmstr., Dieffenbachstr., links in die Schönleinstr.....mal sehn!! (Nachtrag 18.4.wir nehmen Route a)!!
Als es um das Demokonzept und den Charakter der Demo geht, kommen 'ne Menge "neue" Gedanken und Überlegungen auf den Tisch. Da es dazu in Kürze ein extra Papier geben wird, begnügt sich dieses Protokoll damit, stichwortartig einen Diskussionsabriss wiederzugeben. Die Diskussion wurde geführt unter Berücksichtigung der Erfahrungen vergangener Demos (wie z.B. kiezdemo, Frauendemo). Also: unsere eigene (massenhafte) Präsens und Entschlossenheit ist entscheidend, das kann auch durchaus bunt und offen aussehen/ Bullenangriffe (z.B. auf den Lautsprecher - wagen) sollten die Sache aller sein / Charakter und Ausstrahlung der Demo sollten wir von uns aus klarer bestimmen (z.B. die ganze Straße einnehmen, wandelndes Straßenfest, eigene Berechenbarkeit durchbrechen) und nicht Bullenspaliere und Wannenaufläufe / Flexibilität von festen Ketten mal überdenken / ....das soll nun nicht so klingen, als wenn wir alles, was bisher demomäßig abgelaufen ist über Bord werfen, aber wir werden und wollen über diese und andere Aspekte breit diskutieren. Denkt an die VV am 26.4.! Übrigens: Anmelden werden wir die Demo wohl auch!
zu6: Die autonome 1.Mai - Vorbereitung aus BerlinHauptstadt läßt schön grüßen. Ihre Demo geht um 11Uhr vom Marx-EngelsPlatz los.
zu7 : Hierzu sei nur kurz gesagt, daß Demo-, Aktionstage- und Fest - vorbereitung sich auch in diesem Punkt koordinieren.
zu8 : Das Fest ist nun auch offiziell verboten worden (von Seiten des Bezirks) Es wird offensichtlich befürchtet, daß dieses teure durchstrukturierte Gelände so 'ne Feier nicht gut übersteht. Wir sind da aber ganz anderer Meinung und es wird sich entsprechend auch drum gekümmert.
zu9: Über das Aktionstageplenum gibts vor allem zu berichten, daß angestrebt wird, während der Aktionstage ein paar Infostellen einzurichten, das heißt, daß es ein paar Anlaufpunkte geben wird, wo halt aktuelle Infos zuerst eintrudeln sollen. Was so im Einzelnen läuft in den Tagen, ist den Aktionstageplakaten zu entnehmen.

PS Außerdem wurde festgestellt, daß der Begriff "Bürgersteig" ziemlich Kacke ist...'n' Gehweg wär viel angebrachter...!

T.K.

WARUM DIE ANARCHISTISCHE KOORDINATION BERLIN DIESES JAHR NICHT ZU EINEM LIBERTÄR-ANARCHISTISCHEN BLOCK AUFGERUFEN HAT !

Dieses Jahr rufen wir nicht zu einem eigenen Block auf, auch wenn sicher viele Leute aus dem libertären Spektrum hingehen werden und wir es erst einmal begrüßen, daß es neben der unsäglichen Vereinigungsdemo von DGB und FDGB noch selbstorganisierte Aktionen gibt. Aufgrund der Erfahrungen des letzten Jahres(Diskussionsstil, unsolidarischer Umgang im Plenum, Ablauf der Demo) haben wir uns dieses Jahr auch nicht an der Vorbereitung beteiligt.Wobei wir auf jeden Fall selbstkritisch anmerken müssen, daß wir unsere Kritik in die Nach- bzw Vorbereitung hätten einbringen müssen.
Ein weiterer Grund für unsere Nicht-Teilnahme war einfach, daß wir mit dem Erstellen des "Maischrei`s" und der Organisierung der "Schwarzen Tage" personell und zeitlich ausgelastet sind.
Wir freuen uns, daß die Inhalte, die die Demo bestimmen, unseren Vorstellungen näher kommen als letztes Jahr: zB , die Diskussion um stalinistische Gruppen
, daß dieses Jahr Herrschaft nicht nur als Klassen-Herrschaft begriffen wird, sondern u.a. auch als Realität in den zwischenmenschlichen Beziehungen, die unserer Meinung nach bei einer reinen Klassenanalyse nicht berührt werden(es gibt keinen Nebenwiderspruch)
Außerdem scheint es uns so, daß es durch die stattfindenden Aktionstage eine deutlichere und notwendige inhaltliche Bestimmung gibt.
Es sieht so aus, als ob zB dem Kinderblock bei der Demo größere Aufmerksamkeit geschenkt wird.Daß sich eine Pressegruppe bereits vor den Veranstaltungstagen trifft ist auch zu begrüßen, ebenso die Veröffentlichung der Protokolle der Vorbereitungsplena in der Interim.
Uns jetzt noch nachträglich als Gruppe unter den Aufruf zu setzen ohne bei der Vorbereitung mitgemacht zu haben, halten wir für falsch.
Nach dem politischen Scherbenhaufen des letzten Jahres, hoffen wir auf eine Demo ohne Randale, die aber dennoch kämpferisch und fröhlich ablaufen soll.Wir werden uns von niemandem auf prinzipielle Gewaltfreiheit festnageln lassen, aber an diesem 1. Mai halten wir eine Demo ohne Randale für politisch sinnvoller und vermittelbarer.So ist bei Randale ein schärferes Vorgehen der Bullen, also mehr Verletzte und Festnahmen anzunehmen.
Nichtsdestotrotz werden auch die Berliner AnarchistInnen und Anarcho-SyndikalistInnen präsent sein.Wie auch im letzten Jahr verteilen wir den "Maischrei" auf allen stattfindenden Demos und rufen zur Teilnahme an den Schwarzen Tagen auf, in der Hoffnung "linksradikales Konsumverhalten" aufzubrechen und den Menschen Möglichkeiten aufzuzeigen, nicht nur an einem Tag aktiv zu werden.

HERAUS ZUM BUNTEN INTERNATIONALEN KINDERBLOCK AUF DER REVOLUTIONÄREN 1. MAI DEMO!!

Viele von uns haben Kinder, kleinere und größere. Mache von uns tragen sie noch im Bauch mit sich rum.

Bei Demos, besonders bei solchen, bei denen Bullen und Medien schon im Vorfeld versuchen zu kriminalisieren und Prügelorgien atmosphärisch vorzubereiten, stellt sich die Frage: nehme ich mein/e Kind/er mit, oder laß ich sie zu Hause? Zu Hause lassen, bedeutet dann oft daß Mensch selbst, oder der/die FreundIn, Geliebte/r, nicht gehen kann. Oder aber setzte ich die kids evtl. der Gefahr von CS-Gasschwaden, Panikstimmung und prügelnden Bullen aus, wie letztes Jahr beim 1. Mai Fest am Lause Platz?

Natürlich können wir nix garantieren, besteht immer die Gefahr, daß die Bullen rücksichts-und hemmungslos vorgehen, so wie sie ja auch letzten Freitag, am 20.4. eine Hetzjagd auf überwiegend Jugendliche und Kinder veranstaltet haben.

Unsere Kinder sind aber wichtiger Bestandteil unseres Lebens und immer auch HoffnungsträgerInnen. Deshalb wollen wir, erst recht bei schönem Wetter, mit ihnen zusammen demonstrieren und feiern. Sie zeigen, und sie teilhaben lassen an unserem Leben.

Wir denken, daß wir unseren Kindern den besten Schutz gewähren können, indem wir nicht alle verstreut in der Demo rumlaufen, mit unseren Unsicherheiten und teilweise auch mit der Ignoranz und Unvorsichtigkeiten unser eigenen GenossInnen zu kämpfen haben, sondern indem wir alle zusammen sichtbar und erkennbar einen eigenen Block bilden.

Wir stellen uns vor, daß wir bunt und laut sind, aber auch mit Transparenten und Inhalten, Parolen und nem eigenem Mega. Wir werden eigene, für den Kinderblock verantwortliche MelderInnen haben, die ins allg. Schutzsystem integriert sind und Kontakt mit den Lautsprecherwagen halten. Die Reihen um den Kinderblock rum werden sich ebenfalls mit uns koordinieren. Wir denken, daß der Kinderblock sich im hinteren Drittel der Demo einreihen wird, und evtl. nicht die gesamte Strecke mitlaufen wird, weils für einige Kids vielleicht zuviel ist. Es werden Räumlichkeiten in der Nähe der Demoroute zur Verfügung stehen, wo wir mit unseren Kindern, auch im Fall daß es brenzlig wird, geschlossen hingehen können.

Für alle die, die sich an der weiteren Organisation noch beteiligen wollen, gibt es am Sonnatg, den 29.4. um 17.oo noch ein Treffen im Blauen Salon im Mehringhof.

WIR RUFEN ALLE KINDER UND DEREN BEZUGSPERSONEN AUF, MIT UNS ZUSAMMEN UNSEREN BLOCK BUNT, LAUT UND LEBENDIG ZU GESTALTEN UND MASSENHAFT ZU ERSCHEINEN!

DER KINDERBLOCK TRIFFT SICH: 1.MAI, 12.45 AM KINDERSPIELPLATZ AM ORANIENPLATZ, LEUSCHNERDAMM ECKE WALDEMARSTRAßE IN (EHEMALS) MAUERNÄHE.

STUDIS RAUS ZUM 1. MAI!

WER NICHT KÄMPFT, HAT SCHON VERLOREN

Die heutigen Universitäten haben die Aufgabe, das Herrschaftssystem aufrechtzuerhalten durch die Produktion von technologischem Wissen, durch die Ausbildung von Menschen für spätere Herrschaftspositionen und durch die Produktion von staatstragenden Werten und Ideologien.

Dieser Zweck bestimmt die Struktur der Universitäten. Die Verwertbarkeit durch Staat und Unternehmen bestimmt das Fächerangebot: Technische Fächer, die für Umstrukturierungen in den Betrieben wichtig sind, werden bevorzugt; geisteswissenschaftliche Fächer werden kurzgehalten und sollen Herrschaftswissen erarbeiten. Durch die sogenannte "Drittmittelfianzierung" wird es der Wirtschaft ermöglicht, direkten Einfluß auf die Forschung auszuüben. Dies zeigt sich auch in der Einrichtung von Technologieparks, Datenbanken und Koordinierungsstellen zwischen Uni und Wirtschaft.

Selbstverständlich kaufen sich auch Unterdrückungsapparate wie Justiz, Polizei und Bundeswehr bei Forschung und ForscherInnen ein.

Ebenso wie die Schule hat die Uni die Funktion, die Menschen zu disziplinieren. Als Untertanenfabrik gewährleistet sie die Anpassung an die entfremdete Lohnarbeit. Dies geschieht mittels Kontrolle des Studiums durch Pflichtveranstaltungen, Verschulungstendenzen, Anwesenheitspflicht, Regelstudienzeit, Notendruck, Computerisierung der Uni-Bürookratie, maschinenlesbare StudentInnenausweise etc. Durch Leistungs- und Konkurrenzdruck, profitorientierte Leerpläne und Herrschaftssprache werden psychisch verkrüppelte Menschen erzeugt, die später reibungslos als mehr oder weniger privilegierte DienerInnen von Kapital und Staat funktionieren.

Auf organisatorischer Ebene entspricht dem das Hochschulrahmengesetz, durch das der Staat verhindert, daß irgendeine Uni aus diesem Konzept ausbricht.

Um Protest und Widerstand zu verhindern, werden Lernende und Lehrende langsam an das Klima der Disziplinierung gewöhnt - Freiheit stirbt millimeterweise.

In einer derartig organisierten Uni sind die verbleibenden Freiräume nichts anderes als Bestandteile einer Befriedungsstrategie - linke Fachbereiche und linke Profs werden als Feigenblätter einer angeblichen Demokratie benutzt; vom Staat zugelassene StudentInnenvertretungen wie ASTA, Fachschaften etc. sind - auch wenn dort Leute mit den besten Absichten arbeiten - nur noch Schauplätze von Stellvertreterpolitik und Korruption durch Macht und Geld.

Wir setzen dagegen auf Selbstorganisation der StudentInnen z.B. in autonomen Tutorien, Arbeitsgruppen, Plenen, in denen selbstbestimmt und gleichberechtigt wissenschaftlich gearbeitet wird. Die Konsequenz daraus ist die Abschaffung der Unis und die Organisaton allgemein zugänglicher und dezentraler Orte der selbstbestimmten gegenseitigen Wissens- und Erfahrungsvermittlung, die nicht unter ökonomischem Einfluß stehen und auf Freiwilligkeit der Lehrenden und Lernenden basieren.

Für diese Ziele kämpfen wir an der Uni, da wir dem Kapitalimus keinen widerstandsfreien Bereich lassen wollen. Dieser Kampf beinhaltet das ständige Aufzeigen des Gesamtzusammenhangs Uni - kapitalistisches System. Es gibt keine individuellen Lösungen in diesem System, weder an der Uni noch bei der Lohnarbeit. Daher kann unsere Perspektive nur der kollektive Kampf für die soziale Revolution sein!

Kommt zur revolutionären 1.Mai-Demo!!!
(Oranienplatz, 13 Uhr.)
Beteiligt Euch an den Aktionstagen und am Fest!

Do., 26.4.: 10 Uhr, Kundgebung gegen Rassismus, Friedrich-Krause-Ufer, AusländerInnenbehörde
18 Uhr, Trommeln gegen das AusländerInnengesetz, Leopoldplatz

Fr., 27.4.: 11 Uhr, "Wohnung darf keine Ware sein", Fahrrad-Stadtspiel, Treff: Heinrichplatz
17 Uhr, Kundgebung gegen die gemachte Wohnungsnot, Kranzlereck

Sa., 28.4.: 12 Uhr, Aktionstag gegen Shell, Fahrrad-Stadtspiel, Treff: Winterfeldplatz/Kirche

So., 29.4.: 12 Uhr, anarchistische Fahrrad-Stadtrundfahrt, Treff: Bödiker Str. 30
13 Uhr, Anti-Knast-Busrundfahrt, Treff: Oranienplatz, Karten in der Oranienstr. 21

Jeden Abend um 20 Uhr Knastkundgebung vor der JVA Moabit!

Kommt alle zum Frauen-/Lesbenblock auf der revolutionären 1.-Mai-Demo

Auf denn, keine Frage, Frauenkampftag alle Tage!

Wir wollen, daß es auf der revolutionären 1.-Mai-Demo einen lauten, starken und kämpferischen Frauen-/Lesbenblock gibt. Dabei ist uns durchaus klar, daß das Verhältnis von Frauen/Lesben zur 1.-Mai-Demo sehr widersprüchlich ist: Unsere Inhalte sind auf gemischten Demos nur ansatzweise vertreten, der Frauen-/Lesbenblock hat immer mehr Alibifunktion, die Form der Militanz wird zu oft von Männern bestimmt, das sexistische Verhalten vieler Typen ist schlichtweg zum Kotzen.
Wir wissen aber immer ganz genau, daß uns in diesem System nichts geschenkt wird - wir mußten und müssen uns unseren Raum immer wieder erkämpfen. Und wir denken gar nicht daran, an einem Tag wie dem 1. Mai, der so viel Aufmerksamkeit auf sich zieht, den Männern die Straße zu überlassen!
Gerade jetzt im Zeichen des Vereinigungstaumels mit Berlin als zukünftiger Hauptstadt der imperialistischen Großmacht Deutschland, ist es für uns notwendiger denn je, unser Leben selbst in die Hand zu nehmen und gemeinsam für eine radikale Veränderung der Gesellschaft zu kämpfen!
Die Organisierung von Frauen-/Lesben gegen faschistische, rassistische und sexistische Übergriffe hat hier in Westberlin eine lange Geschichte: Immer wieder gab es, so z. B. im Rahmen des internationalen Aktionstages gegen Gewalt gegen Frauen, Aktionen gegen Sexshops und Vergewaltiger, ein Frauen-/Lesben-Straßenfest als Ansatz, sich die Straße zurückzuerobern, sowie den Versuch, durch U-Bahn-Aktionen den ersten U-Bahnwagen als Frauenwagen durchzusetzen.
Wir können und wollen aber unseren Kampf nicht auf sogenannte frauenspezifische Themen reduzieren! Ein weiterer Ansatz war die Besetzung der Mariannenstr. 9 als Frauen-/Lesbenzentrum im Juni letzten Jahres. Wir wollten uns Räume schaffen zum gemeinsamen Leben und Arbeiten, so z. B. Sport- und Musikräume, eine Kfz-Werkstatt, einen Waschsalon und eine ganze Menge mehr und natürlich ein Treffpunkt für viele in- und ausländische Frauen und Lesben, um uns organisieren zu können. Die Marianne als Raum für kontinuierlichen Austausch von Lesben und anderen Frauen wäre nicht eine weitere Nische gewesen, sondern ein Schritt auf dem Weg gegen die zunehmende Individualisierung und Isolierung.

Frausein im kapitalistischen Patriarchat heißt immer zum einen durch zwangsheterosexuelle Strukturen unterdrückt zu werden - d. h., Frauen werden darauf zugerichtet, sich über Beziehungen zu Männern zu definieren und Beziehungen/Freundschaften zu Frauen als zweitrangig zu erachten. Zum anderen heißt es, Ausbeutungs- und Ausgrenzungsmechanismen ausgesetzt zu sein, wie z. B. Arbeitsbedingungen, Spekulantentum, "AusländerInnengesetze" und Verschärfung des Asylrechts im Rahmen von E 92.

Der 1. Mai hat seit 1987 nicht nur mehr nur eine Bedeutung als ArbeiterInnenkampftag innerhalb von Gewerkschaften und Parteien. An diesem Tag trägt der radikale Widerstand hier seine Kämpfe gegen das HERRschende System auf die Straße.

Wenn wir am 1. Mai im Frauen-/Lesbenblock auf die Straße gehen, richten wir unseren Widerstand wie auch am 8. März gegen Patriarchat, Deutsch-Nationalismus und EG-Chauvinismus, das heißt für uns auch gegen Umstrukturierungsmaßnahmen im Rahmen von E 92. Einer der Spaltungsmechanismen hier in der BRD ist die geplante "AusländerInnengesetzgebung", durch die Frauen mal wieder stärker unterdrückt werden als Männer: Es soll kein eigenständiges Aufenthaltsrecht für Frauen geben, Asylrecht wegen sexistischer Verfolgung und Folter wird nicht anerkannt.

Lassen wir uns nicht spalten!!!!
Tragen wir unsere gemeinsame Stärke auf die Demo:
Kommt alle zum ♀-Block auf der revolutionären 1.-Mai-Demo!!!

Für einen starken, lauten, kämpferischen Block!!!
Auf die Demo, keine Frage - Frauenkampftag alle Tage!!
Keine Revolution ohne Befreiung der Frauen/Lesben, keine Frauen-/Lesbenbefreiung ohne Revolution!!

Demo: 1. Mai 1990, 13 Uhr Oranienplatz

**Dies sind die letzten beiden Seiten eines Frauen - Artikels aus der Radi Nr. 138 Teil 2, indem sie sich an die brennenden Fragen der Zeit heranwagen.
Titel : Der gesellschaftliche Fortschritt läßt sich exakt messen an der gesellschaftlichen Stellung des schönen Geschlechts (die Häßlichen eingeschloßen)
so Karl Marx**

Die Stille um Christine M.

Als erstes, um der Frage gerecht zu werden, wie war es mit den Frauen am 1. Mai, ein paar Klarstellungen:
Eingangs sagten wir, es ist uns wichtig festzuhalten, daß eine Dynamik an einem 1.Mai auf dem Hintergrund der Tradition dieses Tages und wie das in den Köpfen hängt notgedrungen eine gemischte und somit männerdominierte sein muß. Dies ändert sich nicht durch linksradikale Inhalte, die flott den antipatriarchalen Aspekt mit reinquetschen.
Wir denken, daß viele es im Kopf haben, daß Frauen "noch nicht so weit sind", um sich richtig einzuklinken. Dafür müssen unterschiedliche Gründe herhalten: z.B. ein in Ansätzen stimmender Hinweis auf weibliche Sozialisation. Diese wird dahingehend gedeutet, daß Männer eher in der Lage seien, aggressiv nach außen hin aufzutreten. Wir haben dazu schon in der Einleitung was gesagt, dies wollen wir noch ergänzen. Schief wird es da, wo nicht gesehen wird. daß Frauen sehr wohl in der Lage sind, Militanz zu entwicklen - bloß an anderen Punkten, wo es den Gemischten weniger auffällt. Gerade auf internationaler Ebene ist das der 8. März, der - anders als der 1. Mai - die Tradition und Kontinuität von Frauenkampf zum Inhalt hat und so als Sache von Frauen bei vielen wesentlich mehr in den Herzen und Köpfen verankert ist.
Dieser Tag ist für Frauen ganz anders Grundlage und Boden, sich reinzuwerfen und aktiv zu sein.
Gemischte Dynamik bedeutet für viele gemischte Norm, Norm für straightheit - was, du kriegst es nicht hin, Steine zu werfen ? -
Das bedeutet nicht, daß die Formen an sich verkehrt sind - die Gemischten neigen nur dazu, das, was aus der Reihe fällt, genau daran zu bemessen - entweder als weniger bedeutsam oder weniger radikal. Wie auch immer: häufig läuft das, was anders ist, unter "zurückgeblieben", weil es angeblich mit der Norm nicht mithalten kann - ohne daß geschaut wird, woher das kommt und wie es sich entwickelt hat.
Gemischte Norm meint auch das Mystifizieren vom direkten Kampf gegen Bullen - am besten Brust gegen Brust, Mann gegen Mann.
Frauen bezeichneten in der Interim dies als Kritik an Männerselbstgefälligkeit und desweiteren als Grundbedingung, daß Frauen sich nur frauenorganisiert in den 1. Mai einmischen und so als Frauen sichtbar werden können. Das denken wir auch. Wir wollen aber versuchen, dem Ganzen noch ein wenig mehr auf die Schliche zu kommen.
Wir beginnen mit einem Zitat aus dem eben erwähnten Artikel:
"Uns wurde kein Ziel deutlich, daß über die Hauerei mit den Bullen hinausging. Bei der Organisierung von Frauen setzen wir Militanz bei Aktionen ein, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen - und nicht als Selbstzweck. Z.B. bei den U-Bahnaktionen wurden die Männer aus dem ersten Wagen wenn nötig geprügelt und auch auf Provokationen entsprechend reagiert. Es ist jedoch keiner Frau eingefallen, nur weil wir so viele und so gut drauf waren, ne allgemeine Schlägerei mit den Typen anzufangen."
Grundsätzlich finden wir die Kritik am Umgang mit der Militanz richtig. Militanz muß Inhalte verdeutlichen und darf nicht zum Selbstzweck verkommen.
Nur ist diese Kritik auf eine gemischte Massenmilitanz nur begrenzt anwendbar.
Zuerst muß der Charakter und der Hintergrund dieser gemischten und vor allem auch der Männermilitanz verstanden und gesehen werden. An eine gemischte Massenmilitanz kann nicht derselbe Anspruch erhoben werden wie an eine Organisation oder eine Personengruppe, die sich ausdrücklich der radikalen Linken zugehörig fühlt.
Das heißt nicht, daß die Ansprüche falsch werden, aber daß die Ergebnisse auf unterschiedlichen Hintergründen gesehen werden müssen.
Türkische und kurdische Jugendliche, die tagaus/ tagein mit dem hier herrschenden Rassismus gerade der Bullen konfrontiert sind, sehen allein in der Chance, mal zurückzuschlagen, Sinn und Funktion für sich selber.
Deutsche Jugendliche haben auch genug Gründe, über dem ganzen Dreck und Entleerungsgefühl der Zukunft gegenüber, mal sich abzureagieren.
An gemischte Autonome würden wir da ganz anders herantreten, erwarten, daß es mehr Vorstellungen über positive Utopien gibt.

Warum der Titel "Stille um Christine M." ?
Dieser Film beschreibt folgende Situation :
Eine Frau wird in einem Laden von einem männlichen Ladenangestellten beim Klauen erwischt.
Dieser nimmt ihr lächelnd aber bestimmt die Tasche ab und holt das darin verstaute Kleidungsstück heraus und hält es ihr provozierend lächelnd unter die Nase: eine demütigende Geste.
Zwei weitere Frauen befinden sich in dem Laden. Die drei umringen ihn gemeinsam ganz ruhig und machen ihn fertig, bringen ihn um.
Im Film werden nun die Lebensgeschichten der drei Frauen erzählt, wie sie in der Vergangenheit von Männern belächelt gedemütigt und fertig gemacht wurden.
Es geht um gesellschaftliche Verachtung von Frauen, Verachtung und Mißachtung ihrer Person und ihrer Bedürfnisse. Es geht um Haß auf die Männer, der selten seinen Ausdruck findet, aber im inneren lodert und brodelt - oft verdrängt wird und für den es kaum einen Namen gibt.
Die Abschlußszene spielt im Gerichtssaal. Ein verwirrter und pikierter, männlicher Richter, der die Welt nicht mehr versteht, macht die Äußerung, daß das ganze Geschehen völlig unverständlich sei, daß die drei sich doch bis jetzt nichts zuschulden haben kommen lassen, daß dem Ganzen keine Logik anzusehen wäre - der Ermordete willkürlich Opfer geworden wäre. Und: es hätte genauso eine Frau treffen können. Die drei Frauen sehen sich an und lachen - der ganze Saal, in dem hauptsächlich Frauen sitzen, grölt mit, da dies so absurd ist.

Die Absurdität besteht darin, daß die Frauen ihr Leben lang mit männlicher Arroganz, männlicher Machtgeilheit konfrontiert waren, die über sie, ihren Körper, ihre Gefühle hinwegtrampelten. So sind die Männer, die sie erneut demütigen oder sich "nur" ihnen in den Weg stellen, sie daran hindern wollen, das zu tun, was sie wollen, Gegenstand von Haß - abgrundtief.

Von anderen - den Männern - wird dies logischerweise nicht bemerkt, besonders nicht in der Tragweite, die weniger in den Situationen an sich liegen, sondern gerade in ihrer Alltäglichkeit, ihrer "Normalität": das ist eben so.

Dieser Typ, der dran glauben mußte, war nicht Gegenstand oder Opfer zielloser Gewalt. Er ist es, wenn die Situation isoliert betrachtet wird. Es ist verständlich und geradezu zwangsläufig, wenn es im Zusammenhang von Unterdrückungsverhältnissen gestellt wird.

Wir kommen zurück zum 1. Mai.

Militanz gegen Bullen ist in dem Sinne von türkischen und kurdischen Jugendlichen nicht ziellos.

Die Fragen an beide Situationen ist immer die der gezielten Organisierung, die über so Ausbrüche hinausgeht, sonst finden solche Situationen nur vereinzelt statt und schaffen keine langfristige Perspektive - vor allem nicht in linksradikalem Sinne.

Und: beide Situationen sind natürlich grundsätzlich getrennt zu diskutieren, da sie unterschiedliche Gewaltverhältnisse zum Hintergrund haben.

Das, was die Distanz zu türkischen und kurdischen Jugendlichen wie zu anderen Männern schafft, die es Frauen nur auf dem Papier ermöglicht, das so nüchtern zu sehen und so "objektiv" zu sein, ist die zweite Seite der Medaille.

Die zweite Seite der Medaille besteht darin, daß auch die Gewalt gegenüber Frauen, die gerade von türkischen und kurdischen Jugendlichen ausgeübt wird, sehr ernstzunehmen und zielgerichtet ist in ihrem Machtanspruch.

So bleibt für Frauen die widersprüchliche Situation, die Militanz dieser Männer gegenüber Bullen als emanzipativen Schritt begreifen zu sollen - der es faktisch auch ist - gegen die Erniedrigung im Alltag durch rassistische Bullenschweine und der zum Großteil rassistisch denkenden deutschen Bevölkerung.

Daß dies in der Konsequenz aber ebenso bedeutet, daß sie den Frauen kampferprobt und auch gestärkt in ihrem männlichen Stolz und Selbstbewußtsein - den Kampf Mann gegen Mann bestanden - morgen oder am selben Tag eine verpassen.

Die Auseinandersetzung mit ihrem Sexismus delegieren wir an all die antipatriarchal denkenden Männer der autonomen Szene ab, von denen es scheinbar in der Szene genügend geben müßte - will Frau ihren Worten schenken. Das genau ist der Anspruch an organisierte gemischte Zusammenhänge, der sich aus ihren vollmundigen Worten ergeben müßte!

Frauensache kann nur ein distanziertes solidarisches Verhältnis zu genau der Situation des Kampfes gegen Rassismus sein. Da aber allein diese Situationen so überdeckt sind mit dem Männerflair, wird es zur reinen Kopfakrobatik.

Es reicht meist ein Blick in die Gesichter, um sich solidarisch fühlen zu können - wenn Emanzipation als Lächeln auf den Lippen sich vermittelt - oder um einer den Appetit zu verderben, weil dir darin das gleiche Grinsen begegnet, mit dem wir als Frauen ansonsten angegriffen werden, wenn wir nicht kuschen.

Da also das eine zumeist das andere beinhaltet, muß mal allen klar sein, welche Abstraktionsleistung im Allgemeinen von Frauen erwartet wird.

Werden Argumente ins Felde geführt wie: auch Frauen haben sich an Barrikadenkämpfen beteiligt, bedeutet das doch nur, daß die Tragweite der Konfrontation für Frauen nicht im Ansatz verstanden wird. Werden Frauen dann perverserweise von Männern angeführt, die wären doch auch dabei gewesen, heißt dies lediglich, daß die Männer damit unterstellen wollen, diese Frauen haben die Praxis gefressen, während andere zu "feige" wären zuzugeben, daß sie sich dies nicht trauen.

Wir finden es gut und toll, daß Frauen mitmischen. Wir finden es aber auch nicht besonders erstaunlich, da Frauen immer mit hohem Mut und Einsatz militant gekämpft haben.

Die "Ausnahmen" anzuführen, bedeutet nur ein weiteres Mal, daß dies als "was ganz besonderes" gesehen wird. Die Gemischten sollten zur Kenntnis nehmen, daß Frauenmilitanz sich eventuell an anderen Punkten ausdrücken könnte wie am erwähnten 8.März oder auch am 1. Mai - nur leiden scheinen die meisten dies nicht mitzubekommen, da es nicht erwähnenswert ist.

Väterliches Entgegenkommen in wortgewandten Redebeiträgen kann ein gezieltes Auge und gegenseitige Männerkontrolle im Kampfe selber, bitte schön auch in der täglichen Auseinandersetzung um Sexismus, gefälligst auch des eigenen, nicht ersetzen.

All das heißt nicht mehr und nicht weniger, daß Frauen am Tag der Aneignung und Enteignung ein gewaltiges Wörtchen mitzureden haben.

Gerade die Methode der Aneignung haben Frauen historisch praktiziert. International sind Frauen mit die ersten und flinkesten, die die Supermärkte öffnen. Ist auch klar und verständlich, daß gerade Frauen diesen Aspekt des Kampfes betonen. Frauen unterliegt in der Regel - wenn sie verheiratet sind oder Kinder haben - die Verantwortung für die Versorgung und die Verpflegung. Sie wissen daher sehr genau um den Wert von besseren Lebensmitteln.

Frauen werden sich diesen Tag gezielter vornehmen müssen. Da wir nicht auf die agitierten Frauenmassen hoffen dürfen, die durch Propaganda auf die Straße strömen, wäre es z.B. eine Überlegung, die Orte zu bevorzugen, wo sich hauptsächlich viele Frauen treffen könnten, wo Chancen auf anwachsende Frauenmengen bestehen - beim Plündern etwa. Ein von Frauenbanden geöffneter Supermarkt, wo dann ein kollektiver Umverteilungsakt organisiert wird, wär doch nett.

Es ist auch nicht so wichtig, was es dann konkret ist - Wichtig ist, daß sowohl die Gemischten wie die Frauenzusammenhänge ihr Verhältnis zu diesem Tag genauer bestimmen. Und daß in dieser Diskussion Verbindungspunkte und Grenzen geklärt werden, die unterschiedliche Praxis dazu erklärbar machen.

Tag der Aneignung, Tag des Klassenkampfes war immer auch Sache der Frauen. Es wurde nur selten ausführlicher gesagt, welche Konflikte dahinterstehen und wurden Frauen darin klein gemacht.

Militanz war auch an diesem 1. Mai kein Monopol von Männern - Barrikadenbau, um Aneignung erst möglich zu machen, ist keine männliche Aktionsform. Steine gegen Bullenschweine tut Frauen genauso gut und liegt ihnen am Herzen, wenn das begehrte Objekt eines SklavInnenhändlers oder eines Gynäkologenschweins von diesen geschützt wird. Von allem gibt es in "unserem "Kiez reichlich.

Daß wir uns dabei nach zwei Seiten absichern müssen, ist gesellschaftliche Realität. Deshalb wäre es dennoch falsch sich zurückzuziehen, sondern Wege und Mittel zu finden, darin einen eigenen Platz zu finden und zu behaupten.

Aber der 1. Mai ist nicht Nabel der Welt und Möglichkeiten für gezielten Widerstand und Angriff gibt es eigentlich an allen 364 Tagen des Jahres genauso. Das wäre auch die Chance, mehr zu Aneignung und den anderen Aspekten des Tages das Jahr über zu machen, um unseren Anspruch auf mehr Gegenmacht auf den Straßen und im alltäglichen Leben kontinuierlicher zu vermitteln.

BEITRAG ZUR WERRA-BLOCK-BESETZUNG

Fast genau vier Monate nach der ersten Besetzung haben wir uns heute die leerstehenden Wohnungen im Werra-Block erneut genommen. In diesen vier Monaten hat sich manches getan. Vieles davon, z.B. die nun laufenden Mängelebeseitigungen oder die Umsetzung von MieterInnen innerhalb des Blocks sind euch bekannt. Was bisher allerdings eher im verborgenen geblieben ist, ist der Name Skoblo bzw. die IMMOBILIEN BRAUN im Zusammenhang mit einem ganz enormen Grundbesitz in Berlin.

Als wir im vergangenen Jahr unser erstes Flugblatt zu Skoblo geschrieben haben, gingen wir noch davon aus, daß die IMMOBILIEN BRAUN "zu den nicht gerade kleinen im West-Berliner Spekulanten- und Absahnergeschäft gehört." Nun wissen wir es besser. Er gehört zu den großen, den ganz großen sogar. Während die meisten seiner "Kollegen" ihre Geschäfte mit Abschreibungen und Privatmodernisierungen machen und ihr Kapital dabei oft von westdeutschen Anlegern, sogenannten Kommanditisten stammt, können sich Skoblo und die IMMOBILIENBRAUN ganz auf das verlassen, was ihr Grundbesitz abwirft. Einhundertundzwölf Häuser sind uns mittlerweile bekannt, mit Sicherheit sind es mehr. Damit nicht genug. Im Besitz der IMMOBILIEN BRAUN befinden sich unter anderem mehrere sogenannter "Filetgrundstücke", z.B. in Kreuzberg 61 um den Anhalter Bahnhof und, mensch höre und staune, am Potsdamer Platz!

Solche Dimensionen sprengen erstmal unser Vorstellungsvermögen. Als wir damals angefangen haben, uns um den Werra-Block zu kümmern, dachten wir, es mit einem ganz "normalen" Hausbesitzer zu tun zu haben. Im Gegensatz zu anderen Besitezrn oder Gesellschaften, die im Grunde stadtbekannt sind, haben wir von Skoblo und seiner Verwaltung noch nie etwas gehört. Und heute, geraume Zeit später, ist die Galerie derer, die mit Wohnraum in großem Maß abkassieren, um ein markantes Exemplar erweitert. Wer jetzt aber denkt, daß mensch sich gerade an solchen Größen nur die Zähne ausbeißen kann, irrt. Die öffentliche Meinung, was immer das auch sein mag, ist eindeutig auf der Seite derer, die von den Machenschaften Skoblos betroffen sind. Und in diesem Fahrwasser gelang es in den letzten Monaten, nach und nach bestimmte Forderungen gegenüber der IMMOBILIEN BRAUN durchzusetzen. Im Werra-Block wurden und werden z.B. die gröbsten Mängel in den bewohnten Wohnungen behoben, die Bauaufsicht konnte nicht mehr länger nur zusehen und verordnete die Generalüberholung der Dächer. Familien werden innerhalb des Blocks in größere Wohnungen umgesetzt. Der Werra-Block war und ist Skandal und infolgedessen auch Thema selbst der Springer Presse. Daß es bei der bloßen Schilderung dieses Skandals allerdings nicht blieb und stattdessen auch diejenigen immer wieder benannt wurden, die für diese Zustände verantwortlich sind, ist ein Erfolg unserer aller Bemühungen, sowohl der Mieter und Mieterinnen, als auch der Wohnungssuchenen und BesetzerInnen. Von Skoblo und der IMMOBILIEN BRAUN hat mittlerweile fast jede und jeder in der Stadt gehört. Die Kampagne hat ihren Selbstlauf bekommen. Wir müssen nicht mehr jedem Haus hinterherrennen, sondern Mieter und Mieterinnen aus anderen Skoblo-Häusern melden sich bei uns, weil sie davon ausgehen, daß sie gerade jetzt, solange Skoblo im Blickpunkt der Öffentlichkeit steht, ihre Forderungen durchsetzen können. Im Grunde ist dies eine Situation, wie wir sie nicht alle Tage haben. MieterInnen schliessen sich, wenn zu Anfang auch nur in kleinen Ansätzen und oft auch nur kurzfristig zusammen, und zwingen "ihren" Hausbesitzer zu Zugeständnissen. Drei Jahre lang wurden im Werra-Block Briefe an die IMMOBILIEN BRAUN geschrieben und die Telefone in der Bismarckstrasse heißtelefoniert, und drei Jahre lang ist nichts passiert. Nun, nachdem der Druck breiter ist, nachdem nach einem gemeinsamen Vorgehen gesucht wird, hat sich die Situation schlagartig geändert. Das macht vielen Hoffnung und vielleicht diejenig stutzig, die eh immer nur meinen "gegen die kann mensch ohnehin nihcts ausrichten". Eine solche hoffnung grassiert mittlerweile auch am Eichborndamm in Reinickendorf, einem Häuserblock, der siet Jahren heruntergewirtschaftet wurde, und in dem sich nun, ähnlich wie damals im Werra-Block, Widerstand regt.

Wenn nur ein kleiner Teil der Mieter und Mieterinnen der IMMOBILIEN BRAUN merkt, daß "ihr" Hausbesitzer nicht unschlagbar ist und wenn sich einesolche Haltung auch in konkretem Handeln neiderschlägt, dann wird für Skoblo und seine Verwaltung nichts mehr sein wie es war. Ihr, die MieterInnen, wißt genauso wie wir, daß die Hausverwaltung in der Bismarckstrasse gelinde gesagt, einem Hühnerhaufen gleicht. Abteilung A weiß oft nicht, was Abteilung B macht. Skoblo selbst kümmert sich wenig um seine Verwaltung, er sitzt lieber im Hotel oder ist manchmal sogar arbeiten. Aber es wird ihm vielleicht bald übel aufstoßen, daß z.B. die technische Abteilung der IMMOBILIEN BRAUN fast nur auf dem Papier existiert, vor allem dann, wenn er sich vor Mängelmeldungen, Mietminderungsankündigungen oder Drohungen mit Ersatzvornahmen nicht mehr retten kann. Und auch die Bezirksverwaltungen werden bald die Köpfe nicht mehr in den Sand stecken können, wenn sie allerorten mitgeteilt bekommen, in welchen Häusern Skoblos Wohnungen leerstehen.

Die Herrschenden wissen oft besser um Stimmungen in der Bevölkerung als manch andere. Wie ist es sonst zu erklären, daß sich eine wohnungspolitischee "grosse Koalition" in Bonn für eine, wenn an sich auch unbedeutende "Mietpreisbindung" stark macht, oder wenn die Ausführungsvorschriften des Zweckentfremdungsbeseitigungsgesetzes dahingehend geändert werden, daß die Wohnungsämter nun Zwangsmietverträge abschliessen können - auf Dauer! Entscheidend ist nicht, was diese Vorhaben bewirken, entscheidend ist, daß es die Herrschenden anscheinend nötig haben, Aktivität in Sachen Wohnungsnot zu demonstrieren. Die Sozialdemokratie hatt schon immer ein Gespür für kommende soziale Konflikte. Schon einmal, vor mehr als siebzig Jahren, hatte die Befürchtung vor Revolten gegen die Hausdbesitzer die Herrschenden zu Reformen gezwungen,wie z.B. die Einrichtung von Wohnungsämtern, die Mietpreisbindung oder die "Zwangsbewirtschaftung", d.h. das Vermietungsrecht der Kommunen; Reformen, die allerdings immer nur dann zum tragen kamen, solange der Druck von unten nicht nachließ. Daß solche begrenzte Maßnahmen nicht zwangsläufig zur Befriedungt von MieterInnen und Wohnungssuchenden führen müssen,zeigte sich unter anderem daran, daß sich im Zuge dieser Zugeständnisse eine breite MieterInnenbewegung mit dem Ziel der Enteignung der Hausbesitzer und der Sozialisierung des gesamten Wohnungswesens entwickelte. Begriffe wie Sozialisierung mögen heute in weiten Teilen der Bevölkerung diskreditiert sein, aber es liegt ja nicht zuletzt an uns, zu vermitteln, daß wir uns im Gefolge eines solchen MieterInnenwiderstands nicht neue "kommunale Wohnungsverwaltungen" einhandeln wollen, sondern uns zusammen mit anderen das nehmen, was uns gehört: z.B. die leeren Wohnungen zusammen mit anderen von der Wohnungsnot betroffenen dort teilen, und zwar zu Mieten, an denen Skoblo nichts verdienen kann.

Zugegeben, das klingt wie Zukunftsmusik. Aber wir sollten die Komposition der Zukunft nicht den Herrschenden überlassen. Die ersten Töne unsererseits sind bereits angeschlagen, und es würde nichts schaden, wenn sie lauter werden, so laut, daß den Politikern und Hausbesitzern der Kopf dröhnt.

Nicht, daß hier der falsche Eindruck entsteht, daß wir Aktivitäten, wie sie um den Werra-Block sich entwickelt haben, für den Kernpunkt einer künfigen MieterInnenbewegung halten. Die wird es nur geben, wenn sich MieterInnen und natürlich auch Wohnungslose auf allen Ebenen gegen die Verantwortlichen wehren, sei es nun gegen Privatmodernisierungen, Umwandlungen, gegen Leerstand, teure Mieten und überhaupt gegen den Privatbesitz an Grund und Boden.

In diesem Sinne:

LASSEN WIR SIE NICHT MEHR IN RUHE!

WEHREN WIR UNS GEMEINSAM GEGEN SPEKULATION, VERTREIBUNG UND PROFIT MIT WOHNRAUM!

KEINE RÄUMUNG UND RÜCKNAHME ALLER STRAFANTRÄGE

ALLE TAGE 1. MAI!

11. Neuköllner Kiez Flugschrift

April 90

Wohnraum statt "Künstlerkolonie" !

Nach lägerem Rätselraten, was aus dem Gebiet zwischen der Hermannstr. 21, 22, 23 und der Wissmannstr. 19 werden soll, ist es jetzt raus. Die senatseigene Wohnungsbaugesellschaft *Stadt und Land* plant dort eine "Künstlerkolonie" (*Neukölln Spiegel 5.4.90*). Der Neuköllner Baustadtrat Branoner und der technische Geschäftsführer von *Stadt und Land* Wilfried Görtz haben sich extra zur medienwirksamen Vermarktung dieses Prestigeobjektes lächelnd vor dem Gebäudekomplex fotographieren lassen. Was diese beiden Herren zu lächeln haben, ist nicht schwer zu erraten - geht es doch bei diesem Projekt "Künstlerkolonie" um nicht weniger als 20 Millionen DM. Diese 20 Mill. DM sind öffentliche Gelder - also Steuergelder.

Aber mal der Reihe nach. Was ist dieses Projekt "Künstlerkolonie" genau?

Die senatseigene Wohnungsbaugesellschaft *Stadt und Land* plant aus dem verbliebenen fünfstökkigen Seitenflügel der Wissmannstr. 19 und aus der zweistöckigen Remise auf dem Grundstück der Hermannstr. 22 10 (!) "Künstlerwohnungen und Ateliers" zu machen. So soll jeweils ***einem*** "Künstler" ein ganzes Stockwerk im Seitenflügel der Wissmannstr. 19 zur Verfügung stehen. Die Remise soll ein Glasdach erhalten, sodaß oben dann die Ateliers entstehen und drunter gewohnt werden kann. Weiter soll auf dem Hofgelände eine Grünanlage mit Mietergärten und ein Kinderspielplatz entstehen. Die "Baulücke" vor dem Seitenflügel der Wissmannstr. 19 soll durch einen fünfstöckigen Neubau mit Penthaus geschlossen werden. In diesem Neubau entstehen aber nur 9 Wohnungen im sozialen Wohnungsbau. Parallel zu diesen Arbeiten sollen die Häuser Hermannstr. 21 bis 23 weiter modernisiert werden. Die qm Miete für die 10 "Künstlerwohnungen" soll 5,70 betragen, eine Miete von der viele Nicht-KünstlerInnen nur träumen können.

Anstatt dieser "Künstlerkolonie" fordern wir die sofortige Instandsetzung der Wissmannstr. 19 und der Remise auf dem Grundstück der Hermannstr. 22, auf Kosten von Stadt und Land !

Angesichts der herrschenden Wohnungsnot, gerade was "billige" Wohnungen anbelangt, ist es purer Zynismus gegenüber den Wohnungslosen und -suchenden, Wohnraum für ca. 30

1 ist der Seitenflügel der Wissmannstr. 19
2 Remise auf dem Grundstück Hermannstr. 22
Die strafierten Flächen sind die Gebäudeabrisse der letzten Zeit.

Menschen 10 "Künstlern" zu opfern. Wir wollen, daß Menschen die dringend Wohnraum brauchen in die genannten Häuser einziehen. Die großen Hofflächen sollten nach den Vorstellungen der Mieterinnen und Mieter begrünt werden und es sollte auf dem Gelände ein Kinderspielplatz entstehen. In einem Teil der Remise könnte ein Treffpunkt entstehen, wo mensch sich auch bei schlechten Wetter treffen könnte. Dies würde sogar dem Untersuchungsbericht von 1979 gerecht, Zitat: "In vielen Hinterhöfen wächst weder Baum noch Strauch. Insofern fehlt 'sicheres Grün' in Wohnungsnähe."

Verhindern wir dieses Projekt "Künstlerkolonie"!

Für uns stellt dieses Projekt "Künstlerkolonie" einen weiteren Schritt dar in Richtung Wohnraumzerstörung und Umstrukturierung des Wissmannkiezes. Aber auch für die Umstrukturierung von ganzNeukölln hat dieses Projekt seine Bedeutung. Den Strategen in den Stadtplanungsämtern war es schon immer ein Dorn im Auge, daß sich in den Altstadtbereichen von Neukölln so viele Menschen mit niedrigem Einkommen ballen. Menschen eben, die nicht viel zu verlieren aber eine Menge zu gewinnen haben. Dieses mögliche Unruhepotential zu durchmischen oder an den Stadtrand zu drängen war und ist das Ziel der Stadtplanungsstrategen. Ob sie dies mit Kahlschlagsanierung (wie im Rollbergviertel wo *Stadt und Land* fast 3000 Wohnungen vernichtet hat) gemacht haben, wie in den 70er Jahren oder ob sie dies jetzt im Zuge der "behutsamen Stadterneuerung" machen, Ziel ist dabei immer die Umstrukturierung der Stadtteile, d.h. Menschen mit niedrigem Einkommen sollen an den Stadtrand gedrängt werden oder gezwungen werden mehr zu arbeiten, um auch die höheren Mieten bezahlen zu können - Gutverdienende sollen einziehen. Das Grundbedürfnis Wohnen wird als Waffe eingesetzt, um zu spalten in Wohnungslose und Menschen mit Wohnraum, in Gut- und Schlechtverdienende, in Deutsche und AusländerInnen usw.. Wir sollen entweder mehr arbeiten oder uns um die wenigen "billigen" Wohnungen die es noch gibt in einen harten Konkurrenzkampf aufreiben. Die die diesen Kampf verlieren, finden sich nicht selten im Obdachlosenasyl wieder. Wir müssen uns immer wieder klar machen, daß Modernisierungen und Wohnungsneubau nichts damit zu tun haben, die Menschen mit ausreichenden Wohnraum zu versorgen, sondern einzig und allein den Profitinteressen der Wohnungsbaumafia dienen. Deswegen sollten wir alles daran setzen, die Umstrukturierungen und Wohnraumzerstörungen im Kiez und überall zu verhindern.

Im Vordergrund der Seitenflügel der Wissmannstr. 19, im Hintergrund die Rückfront der Hermannstr. 22

Laternenspaziergang gegen Leerstand und "Sanierungsleichen" im Wissmannkiez am 10.11.89

Verhindern wir gemeinsam das Projekt "Künstlerkolonie" in der Wissmannstraße! Das Projekt "Künstlerkolonie" ist ein weiteres Steinchen im Umstrukturierungsmosaik rund um den Wissmannkiez. Schon 1979 haben sich die Stadtplanungsstrategen ausführlichste Gedanken zur Zukunft des Kiezes gemacht. Bei ihren Untersuchungen stellten sie fest, daß in diesem Kiez hauptsächlich Menschen mit geringen Einkommen wohnen und daß das Mietniveau relativ niedrig (nur 4% zahlten mehr als 300 DM Kaltmiete) war/ist. Obwohl die Hausbesitzer die Häuser systematisch haben verrotten lassen ist die Bindung an den Kiez groß (60% wollten selbst nach einer Sanierung in den Kiez zurückkehren). Trotz dieser oder gerade wegen dieser Untersuchungsergebnisse entwickelten die Stadtplanungsstrategen ein Modell wo von den 1465 Wohnungen 1979 650 durch Abriß und Modernisierung vernichtet werden sollten, gleichzeitig sollten nur 350 Wohnungen neu gebaut werden. Und dies bei hauptsächlichen Neubau in sogenannten "Baulücken". 10 Jahre später nähern wir uns immer mehr der Endphase dieses Modells. Die senatseigene Wohnungsbaugesellschaft *Stadt und Land* hat dabei wiedermal eine entscheidende Rolle gespielt. So wurden die Häuser Hermannstr. 21 bis 23 teilweise entmietet und seit weit über einem Jahr langsam und schleppend modernisiert. Das Hinterhaus und der Seitenflügel der Hermannstr. 23 wurde wegen angeblicher Baufälligkeit abgerissen. Die Wissmannstr. 13 wurde gesamt entmietet und das Hinterhaus wurde abgerissen. Die Modernisierungsarbeiten hier ziehen sich auch schon weit über ein Jahr hin. Und jetzt noch der Plan von *Stadt und Land* eine "Künstlerkolonie" aus der Wissmannstr. 19 zu machen. Weiter wurde die Hermannstr. 17 abgerissen und an dieser Stelle ein Neubau errichtet. Die Hermannstr. 16 wurde Luxusmodernisiert und der Dachraum ausgebaut. In der Wissmannstr. 2 läuft gerade eine weitere Privatmodernisierung, die die Mieten um das 2 bis 3fache steigen lassen werden. Vergessen werden sollte dabei auch nicht die in den letzten Jahren rege Modernisierungstätigkeit die mit öffentlichen Mitteln stattfand.

Stoppen wir die Umstrukturierung unserer Stadtteile!

Enteignen wir Stadt und Land!

Wer ist diese ***Stadt und Land Wohnbauten GmbH***?

Es ist eine der größten Wohnungsbaugesellschaften, die zu 100% dem Land Berlin gehört. Im Zuge der Steuerreform fiel die Bezeichnung "Gemeinnützigkeit" weg, was ihren tatsächlichen Praktiken viel eher entspricht. Oder dienen Spekulation, Mietausbeutung, Vernichtung von "billigen" Wohnraum dem Gemeinwohl? Stadt und Land besitzt über 20000 Wohnungen, von denen sich die meisten in Neukölln befinden. Aber auch in Schöneberg ist *Stadt und Land* aktiv. Trotzdem *(oder gerade weil) Stadt und Land* zu 100% dem Land Berlin gehört, ist ihre Politik von Spekulation und Korruption geprägt. So läuft gerade noch der große Korruptionsprozeß wegen der Brauerei an der Wissmannstraße. Damals wollte *Stadt und Land* dort 472 Sozialwohnungen bauen lassen. Der Münchner Baubetreuer Bertram hat dann die beiden Geschäftsführer Adolf Blasek und Gerd Benger mit mehrern Millionen DM bestochen um an die Bauaufträge zu kommen. Auch der Neuköllner Baustadtrat Branoner war damals mit von der Partie. Wieviel damals in seine Taschen geflossen sind ist nicht klar. Branoner war halt schlauer im Vertuschen, deswegen steht er jetzt auch nicht vor Gericht. Vielleicht hat Branoner deswegen soviel zu lächeln. Vielleicht hat sich sein Konto durch die Genehmigung urplötzlich wieder aufgefüllt. Dies ist nur eines von vielen Beispielen von Korruption und Betrug bei *Stadt und Land*. Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen, was wir auch bei Gelegenheit noch machen werden.

Wenn wir das Projekt "Künstlerkolonie" verhindern wollen, müssen unsere Aktivitäten zwangläufig auch gegen ***Stadt und Land*** gerichtet sein. Und ***Stadt und Land*** anzugreifen, heißt dann auch gleichzeitig gegen die Umstrukturierungspolitik des Senats zu kämpfen. Denn ***Stadt und Land*** ist erstmal nichts anderes als der verlängerte Arm der Senatspolitik in den Stadtteilen.

Symbolische Besetzung, um auf den 2 jährigen Leerstand des ***Stadt und Land*** Hauses Hermannplatz 6 hinzuweisen

Hermannstraße/Wissmannstraße

„Stadt und Land" plant Künstlerkolonie

In Neukölln entsteht eine kleine Künstlerkolonie: Zehn Atelierwohnungen sollen im Rahmen von umfassenden Modernisierungs- und Instandsetzungarbeiten bis 1991 in dem Wohnkomplex Hermannstraße 21, 22 und 23 sowie Wissmannstraße 19 eingerichtet werden. Bauherr ist die Wohnungsbaugesellschaft „Stadt und Land".

In einem Seitenflügel auf dem Grundstück Wissmannstraße 19 finden fünf Künstler eine Heimstätte. Jeder hat dort eine Etage für sich. Die zweistöckige Remise auf dem Hof Hermannstraße 22 wird in eine Reihenhausanlage verwandelt. Hier können dann ebenfalls fünf Künstler leben und arbeiten.

Die „Stadt und Land" plant außerdem, die Baulücke an der Wissmannstraße 19 mit einem fünfgeschossigen Neubau zu schließen. Hier entstehen neun Wohnungen im sozialen Wohnungsbau. Die Kosten für alle Baumaßnahmen einschließlich Herrichtung der Innenhöfe werden mit 20 Millionen DM veranschlagt.

Neukölln Spiegel 5.4.90

Wo wir sanieren müssen

die MieterInnen gehen

Pläne für Künstlerateliers präsentieren Baustadtrat Wolfgang Branoner (rechts) und Wilfried Görtz, technischer Geschäftsführer der „Stadt und Land" **(Foto: Regam)**

MieterInnenversammlung

Wir rufen alle Menschen zu einer MieterInnenversammlung am 3. Mai 90 auf, die entweder das Projekt "Künstlerkolonie" verhindern wollen, in Häusern von *Stadt und Land* wohnen und/oder Interesse haben, der Senatsfirma Stadt und Land kräftig auf die Füße zu treten.

MieterInnenversammlung 3. Mai 90 um 19 Uhr im Stadtteilladen LUNTE, Weisestr. 53 *(U-Bhf. Boddinstr.).*

Außerdem gibt es jeden ***Mittwochnachmittag*** von ***16 - 19 Uhr*** ein ***MieterInnencafe***, auch im ***Stadtteilladen LUNTE***, wo wir Euch oder Ihr uns informieren könnt, über Widerstand gegen Mietausbeuter und Spekulanten, über Modernisierungspraktiken, über Besitzerstrukturen, über Leerstand usw.. Oder einfach nur um eine Tasse Kaffee oder Tee zu trinken.

Warten wir nicht auf bessere Zeiten, sorgen wir dafür, daß sie kommen!!!

Erster Erfolg im Werra-Block

Durch die vielen Aktivitäten einiger MieterInnen und Wohnungssuchenden zu den Machenschaften der **Immobilien Braun GmbH und Co**, der Verantwortlichen Firma des Werra-Blockes, konnte der Geschäftsführer dieser Firma, Roman Skoblo, dazu gezwungen werden, Zugeständnisse zu machen. Tönte er vor kurzem noch, daß er die fast 100 leerstehenden Wohnungen nicht vermieten müßte, weil er ja angeblich noch 20 Jahre in diesen Wohnungen modernisieren könnte, so hat er jetzt angefangen einige davon wieder auf dem Wohnungsmarkt anzubieten. Ein anderer Erfolg der Aktivitäten war, daß Skoblo dazu gezwungen worden ist, notwendige Instandsetzungsarbeiten in den vermieteten Wohnungen auf seine Kosten durchführen zu lassen. Jetzt geht es darum, daß *die Wohnungssuchenden* in die noch mindestens 60 leeren Wohnungen einziehen sollen. Und daß verhindert werden soll, daß Skoblos Mietwuchertraum vom gehobenen Wohnen in Neukölln wahr wird. Zitat Skoblo: *" Hier muß wieder gehobenes Wohnen möglich sein, zumal ja bald der Treptower Park zugänglich sein wird. Hier müssen Leute wohnen, die eine Funktion in der Gesellschaft erfüllen."*

Schluß mit der Mietpreistreibenden Umstrukturierung im Werra-Block und anderswo!!

Fahrrad- Demo durch Neukölln

Eine Fahrrad -Demo durch Neukölln gegen Umstrukturierung findet am ***27.4. 90*** statt. Der 27.4. ist der berlinweite Aktionstag gegen Umstrukturierung und Mietausbeutung. Der Treffpunkt für die Fahrrad-Demo ist der Hof der Weisestr. 48, ein von Abriß bedrohtes Haus. Um 11 Uhr gibt es dort ein gemeinsames Frühstück und um 13 Uhr wird dann in die Pedale getreten. Kommt soviel ihr könnt!!!

Neuköllner Stadtteilgruppe

Offener Brief

An die Bewohnerinnen des Projektes Wassertorplatz (STUK e.V.)

Wir schreiben Euch hier als ein paar Bewohnerinnen des Selbsthilfeprojektes Zorrow in Panko e.V., einem seit 1983 bestehenden Wohnprojekt im Wedding.
Wir sind an eienm Punkt auf Euch aufmerksam geworden, an dem ihr im Konflikt mit den Besetzerinnen eures Dachbodens nichts besseres zu tun hattet, als die Bullerei als ordnende, öffentliche Instanz einzuschalten und die Besetzerinnengruppe mit Strafanträgen dieser Staatsgewalt auszuliefern.
Da wir der Meinung sind, daß dies eine völlig induskutable Aktion war und es ansonsten eine besere, nämlich unsere eigene, Öffentlichkeit gilt, nehmen wir uns das Recht, uns zu euerm Verhalten zu äußern und einzumischen:
Im Dachgeschoß fanden mittlerweile drei Kiezpalaver statt, allerdings ohne Beteiligung von eu rer Sei te, was wir von außen absolut nicht verstehen können. Aber gut, das mag ja euer Ding sein, als die eine der am Konflikt beteiligten Partei.
Jedenfalls hat die andere, nämlich die Besetzerinnengruppe, einen Prozeß der Auseinandersetzung zwischen Besetzerinnen und Mitgleidern aus Alt-Projekten angtickt. Für uns liegt darin der äußerst wichtige Versuch, den Konflikt zwischen Hausprojekt Wassertorplatz und Dachbesetzerinnen nicht ausschließlich auf euer Haus zu beschränken. Was ja auch eine gefährliche Illusion und Verpuffung der gelungenen politischen Initiative wäre, die in dieser Besetzung real wurde. Angesichts der vollkommen prekären Lage, was Wohnraum in den Westberliner Innenstadtbezirken betrifft. Einige von uns haben auf diesen Treffen Einsichten bestätigt bekommen oder neu gewonnen, die zwar als solche nicht so sonderlich neu sind, die aber anscheinend doch nicht oft genug gesagt werden können:

- es sind in dieser Stadt in etwa, was die Vorausetzungen betrifft, zur Zeit eine ganze Reihe von ehemaligen besetzen Häusern oder Selbsthilfeprojekten (es gibt insgesamt 200!!)in vergleichbarer Lage wie ihr. Was sich daran festmacht, daß einige dieser Projekte die bisherigen Dachgeschoßtrffen besucht haben (teilweise seit langer Zeit das erste Mal wieder aus der Versenkung auftauchten!) und ihre aktuelle Situation schilderten. Überall fast ähnliche Fragen: Gibts noch ein politisches Bewußtsein und Aktionsbereitschaft in/aus den Häusern? Oder ist alles abgetaucht in die endgültig befriedeten und privatisierten Strukturen? Es ist anscheinend für einige mehr als an der zeit, sich verstärkt darum nen Kopf zu machen! Was geht eigentlich wirklich ab hinter der pseudopolitischen Fassade:Häuser(-Kampf-)projekt?
- es wurde auf den Dachpalavern deutlich, daß der Konflikt bzw. die Trennlinie **nicht** zwischen NeuBesetzerinnen und alten Projekten verläuft, sondern entlang der Frage, wie sich **innerhalb der Projekte selber** zur Wohnungspolitik der Herrschenden und der Spekulanten, zur Kiezumstrukturierung (verschärft durch den neu entfachten Großberliner Metropolenwahn) oder zur staatlichen Bekämpfung der widerständigen Strukturen verhalten wird? Sehr wohl gibt es in vielen Häusern nach wie vor Menschen, die sich der alltäglichen Brisanz z.B. von Lerstand(hier jetzt in der "alternativen" Form) bewußt sind. Die sich nicht von der gemeinsamen Verantwortung verabschieden wollen, die über interne Häuserstrukturen hinausreichen.
Deshalb hier auch die Aufforderung an diejenigen in den "etablierten Häusern", sich zu Wort zu melden, gerade auch dann, wenn ihr bei euch eher die politisch denkende und handelnde Minderheit seid! Kramt eure Ansprüche an kollektives Leben wieder vor und mischt euch ein, wo ihr nur könnt!
- provoziert formuliert ist auch nach zehnjähriger Geschichte in den Häusern nach wie vor immer neu zu klären, wer lebt "zu Recht" in den ehemals abgetrotzten oder von oben gewährten Freiräumen? Wer hat an diesen Freiräumen noch Intersse und darf sie genauso nutzen ? Sind diese Räume, die nie allein Rückzugsräume waren, unverrückbar privatisiert? Oder muessen wir sie von neuem kollektivieren, oder besetzen lassen?

JETZET WÄCHST ZUSAMMEN WAS ZUSAMMENGEHÖRT

ein paar unverschämte zorrows

Solche Themen werden zum Teil auch bei uns im Wedding diskutiert. Und sie bilden unserer Meinung den entscheidenden Hintergrung auch eures Hauskonfliktes. Wo liegt die Grenze zwischen privatem und öffentlichen Bereich, bis wohin sind wir "nur uns"(?) verantwortlich, ab wo hat unsere Umgebung ein legitimes Recht, sich einzumischen, ein Recht zum Beispiel auf Mit- oder Eigennutzung von Räumen, Recht auf praktisch wirksame Unterstützung ihres jeweiligen politischen Kampfes. Wir haben uns gegenseitug zu stützen. Wer das nmicht (mehr) will, solte selber die Konsequenzen ziehen, jedenfalls aber nicht die anderen behindern. Besser allerdings wäre es, diese Fragen auch gemeinsam zu beantworten und so vieleicht neue Stärke zu zu gewinnen.
Und eines ist doch eigentlich auch klar, sollte klar sein: WIR haben diese Fragen mit unseren Antworten anzugehen. Den Konflikt an die Staatsgewalt bzw deren Bullerei zur Lösung zu delegieren ist schlimmster politischer Stil, ist Flucht und nicht Lösung von Problemen! Leider auch ein warnendes Beispiel mehr, auf welchem Weg, weg von kollektiver Konfliktsaustragung hin zu Staatsloyalität sich einige befinden.

So gesehen solltet ihr vom Wassertorplatzprojekt euren Besetzerinnen dafür Anerkennung rüberbringen, daß sie euch gehörig vors Scienbein getreten sind (wer hat das schon)!
Was bleibt, sind diese Forderungen an euch:

Wir forden die sofortige Rücknahme der Strafanträge gegen die Dachbesetzerinnen

Keine weitere Räumung mit welchen Mitteln auch immer!

Nehmt endlich an den Kiezpalavern teil
Stellt euch der kollektiven Diskussion um eure Hausstruktur
Diskutieren wir im Zusammenhang, was aus dem Zusammenhang entstand!

Bewegte Zeiten, bewegte Menschen:
mischt euch ein in die Kämpfe!!
Organisiert ein Hausfest zugunsten des Werrablocks, schafft Öffentlichkeit und Kohle ran!

Heraus zum revolutionären 1.Mai! Diesmal wirklich!

Macht eigene Knastkundgebungen

Kocht für die SozialhilfeEmpfängerinnen

Üb erlegt euch doch selber was!!

ALS KARL-HEINZ DAS KROKODIL
NEULICH IN DIE PANKE* FIEL
LACHTE ES GANZ UNVERFRORN
DIESES SAH EIN POLIZIST
SAGT DASS DAS VERBOTEN IST
UND ES HÄTT HIER NICHTS VERLORN
ICH GLAUB LACHT DAS KROKODIL
EHER DU BIST HIER ZUVIEL
SEITDEM GILT DER POLIZIST
ALS VERMISST

* FLÜSSCHEN IM WEDDING

Kaufen wir den Spekulanten die Häuser weg !

oder

Den Kapitalismus mit kapitalistischen Mittel schlagen !

Die Besetzung des Dachbodens im Erkenlenzdamm hat eine spannende Diskussion zu Tage gefördert. Beim Treffen am 15.4.90 von Leuten aus ex-besetzten Häusern und Selbsthilfeprojekten, sowie anderen Interessierten, wurde deutlich wie doll sich schon das Modell Erkelenzdamm in die Köpfe einiger ex-BesetzerInnen festgesetzt hat. Modell Erkelentsdamm heißt hier die Eigentumsfrage anders herum stellen. Eben nicht Enteignung - sondern die Schaffung von Hausbesitz. Eigenem Hausbesitz. Unter der Parole: Kampf der Umstrukturierung die *"eigenen"* ex-besetzen Häuser und Selbsthilfeprojekte dem kapitalistischen Umstrukturierungsangriff durch Aufkauf entziehen. Zu scharf, zu polemisch? Soll aber genauso rüberkommen, denn dafür war die Geschichte des Niederganges der *"alten"* HausbesetzerInnenbewegung teilweise zu schmerzlich.
Ein Rückblick in die *eigene* Geschichte. Kleiner Abriß.

Wer aus der Geschichte nicht lernt, den bestraft das Leben !!!?!!

Vor über 11 Jahren fing der neue Berliner Häuserkampf an. Wäre ein Grund zum Nachdenken gewesen. War es aber leider nicht, bis zur Besetzung des Dachbodens vom *"Selbsthilfeprojekt"* Erkelenzdamm.
Im Frühjahr 1979 gab es die erste Instandbesetzung von Mitgliedern der BI SO 36. Nach dieser erfolgreichen Besetzung folgen weitere. Im Sommer 1980 schlossen sich die besetzten Häuser zum Berliner BesetzerInnenrat zusammen. Bis zum legendären (weil immer als ***DAS*** Datum der HausbesetzerInnenbewegung angegeben) 12.12.80 sind 25 Häuser besetzt. Durch eine von den Bullen verhinderte Neubesetzung, entladen sich spontan Wut und Haß und es kommt zu stundenlagen Straßenschlachten rung um das Kottbusser Tor. Statt sich durch das harte Eingreifen der Bullen einschüchtern zu lassen, kriegt die Bewegung erst recht richtig Auftrieb. Durch teilweise große Sympathien in der Bevölkerung kommt es zu einer Euphoriestimmung, sodaß im März 81 das 100ste besetzte Haus gefeiert wird. Bis zum Sommer kommen nochmal 60 Häuser dazu. Die angedrohte Räumung von 8 besetzten Häusern im Sommer 81 wird mit dem TUWAT-Spektakel beantwortet. Auch wenn TUWAT erstmal ein Erfolg war, konnten die Räumungen nicht verhindert werden, in dessen Verlauf Klaus-Jürgen Rattay von den Bullen vor einem BVG-Bus getrieben und getötet wurde. Dieser 22.9.81 wurde der erste Wendepunkt. Die ersten Häuser fingen an laut über Legalisierung nachzudenken. Denn, so die Einschätzung der VerhandlerInnenhäuser: *der 22.9. hat gezeigt das breite Öffentlichkeit und Militanz die Häuser nicht vor Räumungen schützen können.* Über eine Ausweitung des Konfliktes auf Mietkampf und Enteigung wurde kaum nachgedacht. Der Reagan-Besuch am 11.6.82 war dann das Ende offensiver Häuserkampfpolitik. Die Bewegung hatte nochmal alle Kraft auf diesen Tag konzentriet - sich aber keine Gedanken darüber gemacht, wie sie mit der folgenden Repression umgehen würde. Verstärkte Hausdurchsuchungen und das Konstrkt der kriminellen Fluchtburgen für bestimmte Häuser spaltete die Bewegung gänzlich in VerhandlerInnen und Nicht-VerhandlerInnen. Die BesetzerInnenräte waren zum größten Teil nur noch von der Anpisse der beiden Fraktionen gekennzeichnet. Das anfäglich starke Gefühl eine Bewegung zu sein, zerfiel in Mißtrauen untereinander. Welches Haus wird als nächstes geräumt, welches Haus wird als nächstes verhandeln. Dieses Mißtrauen wurde auch dadurch geschürt das angebliche Nicht-VerhandlerInnenhäuser wie die O 44, 45 und die Luckauer 3, die ersten Vertraghäuser in 36 waren. Die wenigen verbliebenen NichtverhandlerInnenhäuser könnten sich auch nicht auf eine gemeinsame weitere Strategie einigen, außer Nicht-verhandeln-zu-wollen. Diese Häuser und auch viele VerhandlerInnenhäuser wurde geräumt. Von den anfäglich über 160 Häusern waren Ende 83 dann noch 70 übriggebliében, mit unterschiedlichen Verträgen und unterschiedlichen Modellen was die Instandsetzung/Modernisierung betraf. Der Häuserkampf war zu Ende. Übrig blieben Viele die in *"normale"* Mietverhältnisse zurück mußten, weil sie nicht in einem der legalisierten Häuser wohnten. Zurück blieb auch die Hoffnung, daß jetzt nicht alles vorbei sein wird. Gerade auch deshalb, weil Viele noch die Begründung der VerhandlerInnenhäuser im Gedächnis geblieben ist: *"Wir haben uns auf Verhandlungen eingelassen, weil wir den Rücken frei haben wollten vom laufenden Räumungsterror. Um unsere ganze Kraft der Organisierung und dem Kampf gegen das System widmen zu können. Die legalisierten Häuser sollen weiter die Keimzellen des Widerstandes in Berlin sein. Auch gerade deshalb, weil wir die Häuser als gesamte Bewegung erkämpft haben, in denen wir jetzt so leben können wie wir wollen."* Damit jetzt hier keine Mißverständnisse entstehen. Dies ist ***keine*** Abschlußerklärung der VerhandlerInnenhäuser, sondern als Zitat frei erfunden. Aber so oder in ähnlicher Form damals häufig von VerhandlerInnen geäußert.
Hier soll auch eine fundamentale Kritik ansetzen. Die Hoffnung, daß die Häuser Keimzellen bzw. Orte der Organisierung wurden, hat sich so erstmal nicht bewahrheitet. Das Konzept der Herrschenden, Befriedung durch Legalisierung und *"Selbsthilfe"* hat in einem nicht zu unterschätzenden Ausmaß gegriffen. Nicht immer und überall, aber doch so starkt, daß sie spürbar war.
Das Bedürfnis schneller und schöner zu wohnen, entweder durch Modernisierung der Besitzerfirmen oder durch aufwendige *"Selbsthilfe"* , führte immer weiter weg von den Wurzel der *"alten"* Bewegung - nämlich Wohnraum als kapitalistisch-patriarchale Ware anzugreifen. Das häufig priviligiertes Wohnen, gegenüber der restlichen Bevölkerung gesehen, durch entweder geringere Mietzahlungen und/oder viel Wohnfläche, führte weiter zu einer deutlichen Wegentwicklung von den Lebensrealitäten mit denen die untere Klasse zu kämpfen hat. Der Rücken war frei und dadurch gab es auch keine zwingende Notwendigkeit mehr, sich z.B. durch Mietkämpfe bessere Bedingungen zu erkämpfen. Ein Teil der *"alten"* BesetzerInnen traten den langen Marsch in die Entpolitisierung an, der andere Teil entdeckte, wie ein Genosse auf dem Treffen im Erkelenzdamm sagte: *"neue Konfrontationslinien"*, sprich: neue Teilbereichskämpfe. Ist ja auch gebongt. Auf die berühmte *150. moralische Keule*, warum habt ihr nicht weitergemacht, soll auch hier verzichtet werden. Worauf hier aber nicht verzichtet werden soll, ist die Verbindung zwischen der Entwicklung im Erkelenzdamm und der in den ex-besetzten Häusern. Ja GenossInnen, hört auf zu schreien. Klar gibt es graduelle Unterschiede und auch teilweise positive Entwicklungen, aber hier geht es um die Tendenz. Der Versuch den Erkelenzdamm als ***DAS*** gescheitete *"Selbsthilfeprojekt"* so darzustellen, wird Euch (Ex-BesetzerInnen) zentnerschwer auf die eigenen Füße fallen. Die Yuppisierung der Stadtteile stoppen, heißt auch die Entwicklung der ex-besetzten Häuser kritisch zu betrachten. Kapiert endlich, daß die Yuppys nicht vom Himmel fallen, sondern eine Entwicklung sind, die uns näher ist, als wie gerne zugeben. Es geht nicht darum, die

eigenen Reihen von der *schöner-schneller-Wohnen-Fraktion* zu säubern oder bestimmte *Selbsthilfeprojekte* an den Pranger zu stellen. Sondern es geht um die Auseinandersetzung, warum Wohnraum bei uns fast ausschließlich als Reproduktionsort gesehen wird und nicht als ein Terrain auf dem wir zusammen mit Anderen existenzielle Kämpfe führen können. Keine Angst, es geht hier nicht um die Romatisierung von Mietkämpfen. Aber die Enteignungsforderung gegen Hausbesitzer schlechthin, kann nicht von Euch mit der Aneignung von Kaufverträgen beantwortet werden. Und wenn doch, führen wir an diesem Punkt nicht mehr den selben Kampf. Wer noch gesicherte Verträge bis Mitte oder Ende der 90er Jahre hat und jetzt schon an eine kapitalistische Absicherung der *"eigenen"* Häuser denkt, ist der Teil der Yuppisierung und somit eher Problem als Lösung. Es geht hier nicht um die *"1000 guten Gründe"* die bestimmt alle genannt werden, warum es gut ist in den Häusern zu bleiben. Diese Gründe haben die Leute aus dem Erkelenzdamm vielleicht auch. Vielmehr muß es darum gehen, wie wir gemeinsam die Stadtteile gegen die anstehenden Umstrukturierungspläne der Stadtplanungsstrategen verteidigen können. Wichtig ist hier das Wort gemeinsam. Die ex-besetzten Häuser zusammen mit den MieterInnen aus den Stadtteilen.

Dazu nochmal zurück zu dem Treffen.

Nach der *"spannenden"* Diskussion über die verschiedenen Genossenschaftsmodelle die den Kauf bzw. die kapitalistische Absicherung der Häuser ermöglichen sollen, entbrannte eine Diskussion zwischen den *"alten"* ex-BesetzerInnen und einigen *"jung"*-BesetzerInnen. Auf die Frage der *"jung"*-BesetzerInnen, warum sich in den letzten 1 1/2 Jahren kaum noch zu Neubesetzungen verhalten wurde, wurde erst mit Achselzucken, dann aber umso eindeutiger geantwortet. O-Ton: *"Ich hab gedacht, daß sind junge Leute die was zum Wohnen brauchen und das es ihr Ding ist über ne Besetzung daran zu kommen."* Oder *"Mensch kennt euch ja gar nicht. Und somit kann mensch die Erfahrungen die wir im Häuserkampf gemacht haben, euch gar nicht mitteilen. Denn der Häuserkampf ist tot." "Die Leute sind an anderen Konfrontationlinien dran."* Oder *"Mensch kriegt ja gar nichts von euch mit, z.B. was ihr mit so einer Besetzung überhaupt erreichen wollt." "Wenn mensch wüßte, daß es eine gut vorbereitete Kampagne ist, ja dann....."*

Peinlich war an diesen Stellungennahmen, daß teilweise versucht wurde, die Besetzungen und Initiativen der letzten Zeit zu entpolitisieren. Bzw. den *"Generationskonflikt"* dafür verantwortlich zu machen, daß einige nicht mehr für sich die Notwendigkeit sehen, Miet- und Häuserkampf zu führen oder wenigstens zu unterstützen. Warum es diese Notwenidigkeit dazu bei vielen *"alten"*ex-BesetzerInnen so nicht gibt ist schon weiter oben beschrieben worden. Denn welche MieterInnen in SO 36 haben schon einen eigenen Garten wie der Block Fränkelufer/Kohlfurter. Hier geht es weder um die 151. morale Keule noch um den bösen Zeigefinger. Ziel ist es dem Nichtverhalten auf die Spur zu kommen, um eine ***kollektive*** Strategie zu entwickeln, wie wir:

1. die Stadtteile gegen die drohenden Umstrukturierungsmaßnahmen erfolgreich verteidigen können, und
2. wie wir dem Ziel der Enteignung aller Hausbesitzer näher kommen können.

Dies soll jetzt nicht der Versuch sein den Mietkampf als ***DAS*** Kampfgebiet der nächsten Zeit in den Vordergrund zu stellen - sondern unserer Parole *Kampf der Umstrukturierung (siehe dazu auch die Bremer Broschüre "Die Häuser denen die sie Brauchen")* mit Inhalt und Strategie zu füllen. Wo z.B. sind die vielen Informationen geblieben, die die *"alten"* BesetzerInnen vor langer Ziet über ihre Hausbesitzer zusammengestellt haben? Kommt jetzt nicht mit dem Papiertiger! Es hat viele Aufrufe von Stadtteilgruppen gegeben, ihnen diese Informationen zur Verfügung zu stellen. Die Resonanz war null, da waren die *"normalen"* MieterInnen kooperativer. Wenn relativ *"etabliertes"* Wohnen zu so einem Verhalten führt, werden wir bald nochmehr Erkelenzdamm-Modelle in Kreuzberg, in der Stadt haben.

Genung der Kritik an den *"alten"* ex-BesetzerInnen.

Hausbesetzungen sind nur ein Mittel im Mietkampf !

Das Problem der letzten 1 1/2 Jahre mit der Hausbesetzungen in Berlin war, daß die BesetzerInnen häufig Häuserkampf mit Mietkampf verwechselt haben, bzw. *"ihre"* Besetzung zu dem Teil der linksradikalen Scene machen zu wollen. Die für manche Leute vielleicht grausame Wahrheit, daß es einen Häuserkampf wie Anfang der 80er Jahre so nicht wieder geben wird, geht häufig nicht in die Köpfe der Leute, die sich für so einen Schritt entschieden haben. Besetzte Häuser als Kristallisationspunkt einer starken MieterInnenbewegung, verpuffen als Strohfeuer in der Geschwindigkeit von Besetzung, Räumnung und Vergessen. Der lange Atem oder wie auf dem Erkelenzdamm-Treffen gesagt wurde, eine gut vorbereitete Kampagne, gab es in der letzten Zeit kaum. Auch die verschiedenen Stadtteilgruppen in Kreuzberg, Neukölln und Wedding zeigen eher eine Spur von Perspektivlosigkeit als sprühenden Optimismus. Und dies trotz ihrer oft recht guten Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen. Die ***starke MieterInnenbewegung*** ist heute nicht viel stärker als die Energie von ein paar dutzend AktivistInnen hergibt.

Auch wenns vielleicht ermüdet, hier ein Zitat aus Ana Prop Nr. 1, Nov. 89, Interim Nr. 78.

" *' Hausbesetzungen können nur ein Mittel im Mietkampf sein und sind nur dann auch wirklich effektiv, wenn es darüber gelingt, die Organisierung allgemein und speziell im Mietkampf voran zu bringen. Wir finden Haus- und Wohnungsbesetzungen gut, auch jetzt. Wo wir nur die Gefahr drin sehen, ist, daß Hausbesetzungen der einzige Beitrag der radikalen Linken im Mietkampf darstellen. Für uns kann es keinen Häuserkampf ohne gleichzeitigen Mietkampf geben - aber auch ein Mietkampf ohne Haus- und Wohnungsbesetzungen wird im Endeffekt zahnlos bleiben. Es muß beides zusammen laufen.' (ASK, Demoeinschätzung 1.4.89)*

Die Frage die jetzt ansteht sollte nicht sein, wo gibt es noch leerstehende Wohnungen oder ganze Häuser zu besetzen, sondern wie können wir aus der Defensive heraus, erstens "billigen" Wohnraum verteidigen und zweitens zur Enteignung der Häuser gelangen. Das momentane Kräfteverhältnis, läßt nicht mehr zu, als den Miethaien und Spekulanten hier und da mal in die Suppe zu spucken. Aber wenn dies etwas konzentrieter passiert, können wir ihnen die Suppe an einigen Stellen etwas verderben."

Auch Skobio sollte enteignet werden !

An dieser Stelle noch ein paar Worte zur Werra-Block-Initiative. Auch deswegen, weil sie auf dem Treffen im Erkelenzdamm zur Sprache gekommen ist. Das die Werra-BlockerInnen gute Arbeit geleistet haben, steht hier außer Frage - wenn mensch dabei

ihre Zielrichtung zum Maßstab macht. Aber die Werra-Block-Initiative als Maßstab oder *"vorbildliche Initiative"* so kritiklos zu sehen, geht nicht. *"Wir wollen rein"* oder *"Die Wohnungen denen die sie erkämpft haben"* waren die Demoaufrufe für den 23.3.90. Die letzte übriggebliebene zentrale Forderung.

Angefangen hatte alles Ende letzten Jahres mit der ersten MieterInnenversammlung von MieterInnen aus dem Werra-Block und *"Wohnungssuchenden"*. Die gemeinsamen Forderungen waren:

* Sofortige Instandsetzung aller vermieteten und leeren Wohnungen
* Schluß mit den Schikanen gegen die MieterInnen
* Sofortige Vermietung aller leerstehenden Wohnungen - Mietverträge für die, die dort einziehen

Später, nach den ersten Besetzungsversuchen, kam dann noch die Forderung nach Einstellung aller Ermittlunsverfahren hinzu. Zwei Punkte bedürfen einer ausführlicheren Kritik. Erstens die, daß im keinem der vielen Werra-Block-Papiere (auch der, die nur für die Scene geschrieben wurden) eine allgemeine ***Enteignungsforderung*** oder eine, die sich speziell gegen Skoblo richtet, zu finden ist. Der andere Punkt ist die Bezuglosigkeit der Werra-Block-Aktivitäten. D.h., daß auf andere Initiativen und Mietkämpfe kein Bezug genommen worden ist. Noch nicht mal die Initiativen im Stadtteil Neukölln, in dem der Werra-Block ja bekanntlich lieg, fanden Erwähnung. Auf jeden fall nicht in den vielen Werra-Block Papieren. Das hier für manche Leute der Eindruck entstehen kann, hier ziehen Leute ihr Ding durch, ist durch so ein Verhalten jedensfalls verständlicher. Selbst die Parole, *"Für eine starke MieterInnenbewegung"*, die als Parole erst bei dem Demoaufruf 23.3. auftaucht, kann diesen Eindruck nicht mehr vollends zerstören - die Werra-BlockerInnen machen da ***ihr*** Ding. Dies soll jetzt weder eine Entsolidarisierung darstellen, noch soll es ein Versuch sein, die absolut enttäuschende Demobeteiligung am 23.3. zu rechtfertigen. Aber trotzdem solltet ihr euch mal fragen, warum dies so bei euch gelaufen ist, erst recht deswegen, weil ihr häufig die 152. moralische Keule schwingt und die Scene auffordert sich auf euch zu beziehen. Solidarität ist eine Waffe und dies nicht nur im Knastkampf. Aber Solidarität ist nie eine rein ***einseitige*** Geschichte.

Die bestehenden Ansätze aufgreifen und weiterentwickeln

so sollte es laufen, denn keineR von uns hat die Weisheit mit Löffeln gefressen oder hat ***die*** richtige Strategie in der Tasche. Perspektiven und Strategien können nur *gemeinsam* erarbeitet und umgesetzt werden. Dies gilt allgemein für alle Statteile in denen sich Widerstand gegen Umstrukturierung und Mietausbeutung regt. Wir können nicht *"einfach nur da sein und keine Forderungen stellen"* (Demoaufruf 1. Mai). Wir müssen handeln, was mehr ist als ein Wortgewaltiger Aufruf zum 1. Mai. Wenn wir zusammen kein gemeinsames Handeln finden, wie am Ende der HausbesetzerInnenbewegung, dann werden wieder viele auf der Strecke bleiben, sich am Stadtrand oder in den jetzt noch *"billigen"* Altbaugebieten der Hauptstadt wiederfinden. Und andere werden ihre individuelle Schiene, die jetzt evtl. Häuserkauf heißt, durchziehen. Es kann nicht darum gehen in einem gesäuberten Kreuzberg, Wedding oder Neukölln noch ein paar *"selbstverwaltete"* Inselhäuser zu haben, die wir den Spekulanten auch noch weggekauft haben. Rette sich wer kann war noch nie eine revolutionäre Strategie!

Den Spekulanten und der Baumafia ihre Profite zerstören, sollte nicht nur schöne Forderung sein, sondern auch eine konkrete Praxis haben. Der Werra-Block kann da in gewisser Weise Vorbild sein. Durch viele Aktionen, teilweise zusammen mit den MieterInnen aus dem Block, könnte Skoblo dazu gezwungen werden einige der Forderungen zu erfüllen. Das zeigt, daß es möglich ist Spekulanten zu Sachen zu zwingen die sie ungern tun. Nämlich z.B. die Häuser auf ihre Kosten instandzusetzen. Andere Möglichkeiten des legalen MieterInnenwiderstandes sind Luxusmodernisierungen zu verhindern. Die Ebene der Organisierung des legalen MieterInnenwiderstandes ist das Eine, Projekte der Spekulanten und der Baumafia materiell angreifen ist das Andere. Das Eine kann ohne das Andere nicht sein, ansonsten ist es ein Widerstand, der keine wirkliche Perspektive zu siegen hat. Wenn wir die Umstrukturierung und die steigende Mietausbeutung verhindern wollen, müssen wir auch zu radikaleren Mittel greifen als Flugblätter und Demos. Wenn wir den Spekulanten und Miethaien ihre Profite auf null bis minus null bringen, sind sie auch zu stoppen. Dazu sind alle Ebenen des Widerstandes gefragt. Hausversammlungen, Einklagen der Mängelbeseitigungs- und Instandhaltungspflicht, verhinderte Luxusmodernisierungen und Umwandlungen in Eigentumswohnungen und Mietminderungen ist eine Ebene auf die gerade im Hinblick auf eine starke MieterInnenbewegung nicht verzichtet werden kann. Direkte Aktionen gegen die Verantwortlichen Spekulanten und Mietausbeuter ist die andere Ebene. Beides zusammen kann zu einer nicht zu unterschätzenden Verunsicherung der Baumafia und der Spekulanten, insbesondere ihrer KapitalanlegerInnen (KommanditistInnen) führen, die dann ihr Geld dort vielleicht nicht mehr investieren. Und schlußendlich zu einer MieterInnenbewegung die die Häuser enteignet und in Selbstverwaltung übernimmt.

* **Die bestehenden Ansätze aufgreifen und weiterentwickel !**
* **Für die bedingungslose Enteignung aller Hausbesitzer !**
* **Für die Aneignung allem was uns sowieso gehört !**
* **Für die soziale Revolution und für den Anarchismus !**

Ana Prop April 90

P.S. Liebe Interims, durch euer Vorwort in der Nr. 98 hab ihr anklingen lassen, daß die Werra-BlockerInnen eine Diskussion über Mietkampf fordern - nicht nur sie erwarten diese Diskussion. Auch wir warten seit längerem auf eine Kritik am *"Wohnungsnot und Mietkampf"*- Papier. Da Euch diese Diskussion scheinbar auch wichtig erschein, verstehen wir nicht, warum ihr die 10. Neuköllner Kiez Flugschrift Feb.90 aus Platzgründen nicht abgedruckt habt - obwohl ihr gerade in der Nr. drauf genügend Platz hattet. Mensch kann die Politik des Neuköllner ASK finden wie mensch will, sie stellt aber einen Ansatz anarchsitisch orientierter Stadtteilpolitik dar, der auf jeden Fall nicht aus Platzgründen wegfallen sollte.

P.S. 2. *"Wir stellen an die Herrschenden keine Forderungen. Wir sind einfach da."* (1.Mai 90 Aufruf) Liebe GenossInnen vom Vorbereitungsplenum, dieser fast-Schlußsatz des Aufrufes (und einiges andere mehr) ist nur noch schrecklich und falsch. Wo wahrt ihr in den vielen letzten Jahren, wo wir immer wieder für bestimmte Forderungen auf die Straße gegangen sind? Ob es für uneingeschränkte Bleiberecht von Flüchtlingen und

AusländerInnen, für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen, für die Hafenstraße, Lübbi usw. war, es waren immer konkrete Forderungen. Selbst die starken revolutionären Bewegungen in den 3 Kontinenten stellen *taktische* Forderungen. Denn taktische Forderungen waren schon immer ***ein*** Mittel im revolutionären Kampf. So wie ihr es geschrieben habt entsteht eher der Eindruck *"wir stehen einfach nur dumm rum"* (Interim Nr. 98 S.6) Und beim dumm rumstehen, könnte es uns (oder euch) passieren, daß wir (oder ihr) irgendwann weggeschoben werden. Denn, wie heißt es schon in der Internationale ***"die Müßiggänger schiebt beiseite"***.

Für einen sozial-revolutionären 1. Mai - ohne dummes rumstehen !!!

Besetzte Häuser in Berlin/Hauptstadt

GEGEN RASSISMUS, FASCHISMUS und WOHNUNGSNOT !

Im Berliner Stadtbezirk Friedrichshain, auf der anderen Seite der Spree liegt Kreuzberg, sind zur Zeit 3 Häuser besetzt. Dies ist viel zu wenig! In den anderen Stadtbezirken Berlins sind es bereits über 70.

Dabei lohnen sich Besetzungen in Friedrichshain besonders, da bekannt wurde, daß die West-Berliner Sanierungsmafia und die DDR Wohnungsverwaltung (KWV) hier ein gemeinsames Projekt vorhaben. Die Nachfolgerin heruntergewirtschafteten Wohnungsgesellschaft "Neue Heimat", die "WIR", will im Friedrichshain ins Sanierungsgeschäft groß einsteigen und plant zusammen mit der KWV ein Umsetzungsgetto für den, ihrer Meinung nach "unbequemen" Teil der Kreuzberger Bevölkerung. ie rassistische ariante dieses Projektes ist die gezielte Umsetzung der ausländischen Bevölkerung von Kreuzberg nach Friedrichshain.

Kreuzberg soll AusländerInnenfrei gemacht und zum attraktiven Innenstadtbezirk aufgemöbelt werden.

Die eresten Straßenzüge in Friedrichshain, die von dem Sanierungsprojekt betroffen sind, sind die Kreuziger Str., Mainzer Str. und Niederbarnimstr. Hier sind die MieterInnen schon weitgehend raus und die Häuser leer. Zwei Häuser in der Kreuziger sind seit Mitte März 90 besetzt. Die Häuser sind in relativ gutem Zustand, und sind für Besetzungen gut geeignet.

Die Bullen werden hier schnell versuchen, den alten Zustand wieder herbeizuführen.

Allein können die Leute in den zwei Häusern dies nicht verhindern. Also sind nur weitere Besetzungen ein gewisser Schutz gegen Räumungen und Faschos.

Nazis ijn Kommandostrukturen haben in der Nacht vom 4. zum 5. April eins der Häuser überfallenund die anwesenden BesetzerInnenzusammengeschlagen. Diesen Angriffen von Faschossind wenige Leute nicht gewachsen. Auch hier ist ein Schutz durch mehrere beieinander liegende Häuser eher möglich.

Das vorgesehene Umsetzprojekt wird bei massiver Besetzung schwer durvhzusetzen sein. Machen wir es den Sanierungsstrategen unmöglich, ihre rassistischen Pläne umzusetzen!

Wir rufen Frauen und Männer aus Ost und West auf, sich diese Häuser zu nehmen, bevor es zu spät ist. Bildet Gruppenzusammenhänge und beendet Eure Wohnungsnot! Wir schlagen Euch ein gemeinsames Treffen vor, um konkrete Schritte und Vorbereitungen zu besprechen. Dies soll in der "Kirche von Unten", Elisabethkirchstr. 21, Berlin, 1040, am 29.04.1990 um 20.00 Uhr stattfinden.

MitgliederInnen autonomer Gruppen aus Ost und West

DAS AUSLÄNDERINNENGESETZ RICHTET SICH GEGEN FRAUEN

Thesenpapier des Frauenplenums

Hamburg gegen Rassismus und

Sexismus

1. THESE

DAS AUSLÄNDERGESETZ IST EIN INSTRUMENT DES STAATES ZUR ORGANISIERUNG UND KONTROLLE DES - WELTWEITEN - ARBEITSMARKTES IM INTERESSE DES INTERNATIONALEN KAPITALS UND ZUR UNTERORDNUNG VON FRAUEN UNTER DESSEN DIKTAT.

2. THESE

ALS AGROBUISINESS UND BIOTECHNOLOGIEN SEIT BEGINN DER 50IGER JAHRE IN LÄNDER WIE DIE TÜRKEI EINDRANGEN, WURDE DIE NATUR, D.H. DAS LAND, DAS JAHRTAUSENDELANG MENSCHEN ERNÄHRT HATTE, AUSGELAUGT UND ZERSTÖRT; GLEICHZEITIG WURDE DEN FRAUEN EINFLUSS, ENTSCHEIDUNGS-, UND VERFÜGUNGSGEWALT ÜBER DAS LAND, D.H. ÜBER DIE LEBENSGRUNDLAGE GENOMMEN.

3. THESE

IHRER LEBENSGRUNDLAGE BERAUBT, WURDEN FRAUEN - WIE AUCH MÄNNNER - AUS DER TÜRKEI IN DIE ARBEITSEMIGRATION IN DIE INDUSTRIEN DER EUROPÄISCHEN LÄNDER GEZWUNGEN, UM HIER DIE UMSTRUKTURIERUNG DES ARBEITSMARKTES ZU FINANZIEREN UND BRUTTOSOZIALPRODUKT UND WOHLSTAND ZU STEIGERN.

4. THESE

UNTER DEM GASTARBEITERSYSTEM DER SECHZIGER UND FRÜHEN SIEBZIGER JAHRE WURDEN FRAUEN IHRER LEBENWEISEN, IHRER SOZIALEN ZUSAMMENHÄNGE UND IHRER WEIBLICHEN IDENTITÄTEN, IHRES JAHRHUNDERTEALTEN WISSENS UND IHRER FÄHIGKEITEN BERAUBT, UND AUF DAS FUNKTIONIEREN ALS ATOMISIERTE GESAMTARBEITERIN REDUZIERT.

5. THESE

NACH DEM ENDE DES GASTARBEITERSYSTEMS, DAS MIT DEM ANWERBESTOPP 1973 ZUR MASSENHAFTEN EINREISE VON FRAUEN (UND KINDERN) ALS SOG. "NACHGEREISTE FAMILIENANGEHÖRIGE" FÜHRTE, WURDEN DIE FRAUEN DURCH DIE GESETZLICHEN BESTIMMUNGEN IN DER BRD ZU SOZIAL, ÖKONOMISCH UND RECHTLICH ABHÄNGIGEN ANHÄNGSELN IHRER EHEMÄNNER GEMACHT.

6. THESE

DAMIT WURDEN DIE FRAUEN PER GESETZ DEN BEDINGUNGEN DER HAUSFRAUISIERUNG UNTERWORFEN, WIE SIE SCHON SEIT LANGEM NORMALITÄT DER EUROPÄERINNEN WAR: SIE WURDEN VON PRODUZENTINNEN ZU KONSUMENTINNEN, SCHWARZARBEITERINNEN, TEILZEITARBEITERINNEN AUF MIESEN UNABGESICHERTEN JOBS, ZU HAUSFRAUEN, MÜTTERN, ERZIEHERINNEN, KÖCHINNEN, PUTZFRAUEN, NÄHERINNEN, PSYCHOLOGINNEN, DIE DIE ARBEITSKRAFT IHRER MÄNNER ZU HAUSE REPRODUZIERTEN: OHNE BEZAHLUNG UND MIT DEM LOHN, DAFÜR ALS "UN-EMANZIPIERTE KOPFTUCHTÜRKIN" VERACHTET ZU WERDEN.

7. THESE

DIE TATSACHE, DASS WELTWEIT FRAUEN IN KRIEGSZEITEN NEBEN POLITISCHEN UND MILITÄRISCHEN ANGRIFFEN IMMER AUCH SEXUELLER GEWALT UND VERFOLGUNG AUSGESETZT SIND, WIRD NICHT ALS ASYLGRUND ANERKANNT, SO DAß DIE GEFLOHENEN FRAUEN PER GESETZ WEITERHIN POLITISCHER UND SEXUELLER VERFOLGUNG AUSGESETZT SIND.

8. THESE

FRAUEN, DIE DURCH HEIRATSHANDEL IN DIE BRD GEKOMMEN SIND, WERDEN DURCH DIE BEDINGUNGEN DES AUSLÄNDERGESETZES, DAS IHNEN AUßERHALB DER EHE KEINEN EIGENEN RECHTSSTATUS ZUSICHERT, IN DIE ILLEGALITÄT UND IN DIE PROSTITUTION GEZWUNGEN.

9. THESE

DAS AUSLÄNDERGESETZ IST in DIKTION, ABSICHT UND ZIELRICHTUNG EIN CHAUVINISTISCHES GESETZ DEUTSCHER MÄNNER, DAS DAZU DIENT, FRAUEN IN DER BRD ALS BILLIGE ARBEITSKRÄFTE, ALS MANÖVRIERBARE RESERVEARMEE, ALS UNBEZAHLTE REPRODUKTIONSARBEITERINNEN, ALS SEXUALOBJEKTE, GEBÄRMASCHINEN UND VERSUCHSKANINCHEN UNTER KONTROLLE ZU HALTEN.

10. THESE

NACHDEM IN DEN LETZTEN JAHREN MIT GESETZEN, ERLASSEN UND AUSFÜHRUNGSBESTIMMUNGEN IN DEN VERSCHIEDENEN BUNDESLÄNDERN EXPERIMENTIERT WURDE, SOLLEN MIT DEM NEUEN ENTWURF NUN ALLE LÜCKEN GESCHLOSSEN WERDEN - UND ZWAR GLEICH EUROPAWEIT, UM UNTERDRÜCKUNG UND AUSGRENZUNG VON FRAUEN ANDERER HERKUNFT, AUSSEHEN UND HAUTFARBE FESTZUSCHREIBEN, DIE PRIVILEGIEN WEISSER EUROPÄERINNEN ABZUSICHERN UND EIN REPRODUKTIONSTECHNOLOGISCH GESEHEN "FREIES EUROPA" ZU SCHAFFEN.

11. THESE

WIE ALLE AUSLÄNDERRECHTLICHEN GESETZE UND ERLASSE SEIT 1965 IST AUCH DAS NEUE AUSLÄNDERGESETZ EIN TESTBALLON FÜR DIE TOLERANZGRENZEN INNERHALB DER DEUTSCHEN BEVÖLKERUNG - D.H. AUCH UNTER DEUTSCHEN FRAUEN - GEGENÜBER DER FIXIERUNG SOZIALER ENTRECHTUNG, ÖKONOMISCHER UNTERDRÜCKUNG UND POLITISCHER EINSCHRÄNKUNG VON FRAUEN ÜBERHAUPT./

12. THESE

DAS NATIONALISTISCHE AUSLÄNDERGESETZ IST IM KERN RASSISTISCH UND IN SEINER GRUNDSTRUKTUR SEXISTISCH, WIE DIE GESELLSCHAFTEN DER EUROPÄISCHEN LÄNDER UND DER BRD INSGESAMT - WIE KÖNNTE ES AUCH ANDERS SEIN.

Nein zum "Ausländer"-Innen- Gesetz !

Gleiche Rechte für Alle

SCHAUT NICHT MEHR WEG!

Das neue Ausländergesetz:

ES DROHEN ZEHNTAUSENDE ABSCHIEBUNGEN !

Wir machen dieses Flugblatt, um Menschen aus anderen Ländern auf die neuen Ausländer/innen-Gesetze aufmerksam zu machen. Es wendet sich aber auch an diejenigen, die mit Ausländer/innen zu tun haben - ob als Kolleg/innen im Betrieb, als Mitschüler/innen, als Nachbar/innen oder auch freundschaftlich. Macht sie auf diese Gesetze aufmerksam, sie müssen überprüfen, ob sie Maßnahmen zu ihrer Absicherung unternehmen müssen! Denn die meisten Ausländer/innen die hier leben sind sich gar nicht bewußt, daß sie nun im Laufe der nächsten Jahre abgeschoben werden können! Bei vielen kann das verhindert werden, wenn sie sich jetzt noch schnell darum kümmern.

Was passiert:

Die neuen Gesetze verschärfen die rechtliche Situation aller Ausländer/innen, die nicht aus den EG-Staaten kommen. Betroffen sind also alle Arbeits-Immigrant/innen und ihre Familien, sowie alle Flüchtlinge. Selbst diejenigen, die schon (teilweise seit über 20 Jahren) eine UNBEFRISTETE AUFENTHALTSERLAUBNIS haben, sind in den nächsten Jahren von Ausweisung bedroht.
Man verliert die Aufenthaltserlaubnis z.B., wenn mensch Sozialhilfe oder länger als sechs Monate Arbeitslosenhilfe bezieht, nicht mindestens 50 m^2 für je drei Personen nachweisen kann ("ausreichend Wohnraum"), bei Inanspruchnahme von Fürsorge (z.B. Jugend-WG, Jugendgerichtshilfe), oder wenn sie das "friedliche Zusammenleben mit Deutschen" stören - also auch bei Widerstand gegen rassistische Anmache oder Angriffe.

Durch den ganzen deutschnationalen Taumel sind die neuen Gesetze ohne größeres Aufsehen durchgepeitscht worden, die entgültig Verabschiedung ist Ende April, Anfang Mai treten sie in Kraft.
Bis dann müssen die Betroffenen gehandelt haben!

Die neuen Sondergesetze für Ausländer/innen nehmen allen den Schutz vor Abschiebung, die keine AufenthaltsBERECHTIGUNG haben. Gleichzeitig wird die Erreichung dieser Berechtigung dermaßen erschwert, daß sie kaum noch zu erreichen ist. Da vor der Beantragung der Aufenthalts-BERECHTIGUNG mehrere Jahre eine UNBEFRISTETE AufenthaltsERLAUBNIS bestanden haben muß, haben die meisten Ausländer/innen gar nicht mehr an die Beantragung der BERECHTIGUNG gedacht. Doch durch das neue Gesetz wird die ERLAUBNIS fast wertlos, da sie jederzeit leicht aufgehoben werden kann und wird. Dann werden beispielsweise türkische oder italienische Familien, die hier seit 25 Jahren oder länger leben, zurück in ihre Heimat müssen, nur weil sie z.B. zeine zu kleine Wohnung haben oder der Mann arbeitslos wird!

Was ist zu tun?

Nur der Status der AufenthaltsBERECHTIGUNG schützt noch vor Ausweisung und deshalb muß sich jede/jeder sofort darum kümmern, ob ihr oder ihm diese Berechtigung zusteht! Und zwar muß das geschehen, bevor das neue Gesetz in Kraft tritt. Denn danach wird dieser Status kaum noch erlangt werden können und eine Ausweisung im Laufe der 90er Jahre wird wahrscheinlich.
Leider sind sich immer noch die meisten nicht im Klaren darüber, welchen Aufenthaltsstatus sie haben. Viele meinen, weil sie schon so lange hier wohnen oder sogar hier geboren wurden, sind sie hier auch vor der Ausweisung gesichert. Aber DAS STIMMT NICHT! Allein die Aufenthalts-BERECHTIGUNG bietet diesen Schutz, nicht aber die AufenthaltsERLAUBNIS (egal ob befristet oder unbefristet), die die meisten hier haben. Die unbefristete Erlaubnis wird jetzt leicht wegen reiner Schikanen befristet, die befristete Erlaubnis wird dann nicht mehr verlängert.

Deshalb müssen alle Ausländer/innen ihren derzeitigen Aufenthaltsstatus klären und notfalls die AufenthaltsBERECHTIGUNG beantragen. Und zwar, bevor die neuen Gesetze in Kraft treten. Es sind also nur noch wenige Tage Zeit!

Noch 'ne Einschätzung:

Die neuen Gesetze, die eine Verschärfung der "Ausländer-Polizeiverordnung" der Nazis von 1938 sind, haben den Sinn, ausländische Schüler/innen, Arbeiter/innen und Flüchtlinge aus diesem Land rauszukriegen. Stattdessen soll ein Modell wie in der Schweiz geschaffen werden: Nur bestimmte Betriebe kriegen zu bestimmten Zeiten eine gewisse Anzahl von Arbeiter/innen, die aber völlig rechtlos sind. Sie dürfen nicht mit Familie kommen, dürfen sich keinen anderen Job suchen, dürfen keine Kinder kriegen und müssen sonst oder nach Ablauf der Arbeitsfrist wieder das Land verlassen. Mehrere hunderttausend Arbeits-Immigrant/innen sollen so durch faktische Arbeitssklaven ersetzt werden, die so einsetzbar sind, wie's die Konzerne gerne wollen. Und genau das wird mit den neuen Gesetzen eingeführt - still und leise, damit vorher erst gar kein Protest aufkommt.

Wir haben uns auch zu spät Gedanken darüber gemacht und erkannt, daß es zu spät ist, um das Gesetz noch zu verhindern. Stattdessen haben wir uns entschlossen, noch vor der Einführung die Betroffenen darauf hinzuweisen, daß sie noch kurz eine Chance haben. Sie können in vielen Fällen noch eine Absicherung ihres Status hier erreichen, wenn sie sich schnell darum kümmern.
Nach dem jetzigen Stand kann die Zahl der hier lebenden Ausländer/innen nach Einführung der Gesetze innerhalb der 90er Jahre um über 90% abnehmen!

Deshalb:

Sprecht mit euren ausländischen Kolleg/innen, Nachbar/innen, Mitschüler/innen, Freund/innen usw.!

An die Betroffenen:

Kümmert euch schnell darum! Stellt euren Aufenthalts-Status fest und beantragt, wenn es geht, sofort die Aufenthaltsberechtigung! Sie ist auf längere Zeit die einzige Möglichkeit, hierzubleiben!

Bei folgenden Adressen können sich die Betroffenen beraten lassen:

ASYL e.V.
1000-61, Nostitzstr. 6-7
U-Bhf. Mehringdamm
Tel. 691 41 83
Mo + Do 16.00-20.00
Mi 10.00-13.00

Beratung des DGB
1000-30, Keithstr. 1-3
U-Bhf. Wittenbergplatz
Tel. 21910
Mo + Do 8.30-16.00
Di 13.00-18.30
Mi + Fr 8.30-13.00

KUB - Kontakt und Beratung
1000-61, Oranienstr. 159
U-Bhf. Moritzplatz
Tel. 614 94 00
Mo. 10.00-14.00 NUR FÜR FRAUEN!
Mi 10.00-18.00
Do 10.00-14.00

Beratung für Frauen: IAF
1000-36, Oranienstr. 34
U-Bhf. Kottbusser Tor
Tel. 65 34 99
Mo + Mi 17.00-19.00

Jugendantifa-Koordination
ViSdP:
Frank Schönemann
Gneisenaustr. 2a

INFOTELEFON BEI FASCHISTISCHEN, RASSISTISCHEN UND SEXISTISCHEN ÜBERFÄLLEN AUF FRAUEN, LESBEN UND MÄDCHEN !!!

Aufgrund der sich in letzter Zeit verstärkt häufenden Überfälle faschistischer, rassistischer und sexistischer Art auf Frauen, Lesben und Mädchen haben wir, Frauen und Lesben, beschlossen, dieses Telefon einzurichten.

Damit wollen wir der Vereinzelung der betroffenen Frauen, Lesben und Mädchen endlich etwas entgegensetzen!

Es soll die Möglichkeit geschaffen werden, Informationen über solche Überfälle vielen Frauen, Lesben und Mädchen zugängig zu machen. Erreichen wollen wir dies, indem ihr uns über alle Vorfälle informiert und darüber anonyme Gedächtnisprotokolle aufschreibt. Bei Überschneidungen eurer Erfahrungen oder bei konkreten Beschreibungen werden wir, mit eurer Zustimmung, dies öffentlich machen.

Auf euren Wunsch hin können wir auch Kontakte zu Rechtsanwältinnen herstellen.

MERKT EUCH AUSSEHEN DER TÄTER !
SCHREIBT EURE ERFAHRUNGEN DIREKT AUF !

INFOTELEFON 652074
MONTAG 20°°-22°°

Bevor du mit dem Schreiben des Gedächtnisprotokolls beginnst, überlege dir am besten folgendes:

Für dich ist das Protokoll wichtig, damit du dich später besser erinnern kannst. Für uns ist das Protokoll wichtig, um möglichst genaue und umfangreiche Informationen über den Überfall zu bekommen.

Es gibt bestimmte Daten, die du versuchen solltest, dir zu merken bzw. sie dir wieder ins Gedächtnis zurückzurufen:
- Ort des Überfalls
- Datum und Zeit (versuche möglichst die genaue Uhrzeit zu behalten)

Ansonsten stelle dir noch folgende Fragen:
- Wie war die Situation vor dem eigentlichen Ereignis? - Wie war dein eigenes Aussehen (Klamotten, Alter, Größe, Haare)? - Wie sahen die Täter aus (möglichst genaue Beschreibung)? - Hast du Namen mitgekriegt?
- Hat er oder haben sie etwas zu dir gesagt? - Wie ist der Überfall abgelaufen? - Bist du verletzt worden? - Konntest du dich wehren?
- Sind Bullen dazugekommen? - Wenn ja, hast du diesen etwas erzählt?
- Wieviele Personen standen drum herum? - Wie sahen diese aus? - Haben dir andere Personen geholfen?

Fasse das Protokoll anonym ab!!!

ANTIFA BLATT info

flugblatt

Ausschreitungen von Nazi-Skins und Hooligans am 20.4.90

Am 20. April, am Geburtstag Hitlers, des größten deutschen Verbrechers, wurde mit Zusammenrottung und Ausschreitungen von Faschisten gerechnet.
Ausgerechnet auf diesen Tag wurde ein Fußballspiel des FC Berlin, in Berlin vorgelegt. Es ist davon auszugehen, daß politische Absicht dahinter steht. Deshalb gab es erhöhte Alarmbereitschaft für besetzte Häuser, Cafes, AusländerInnenwohnheime u.ä..
Im Fußballstadion "Kantianstadion" rotteten sich 500-600 Nazi-Skins und Hooligans zusammen.
Der größte Teil der Faschisten zog gegen 18.00 Uhr unter Beobachtung der VP zum besetzten Hus Schönhauser 20/21.
Dort verweilten sie, riefen "Rote raus" und "CDU und FAP". Die Polizei ging gegen die Faschisten mit Schilden und Knüppeln vor und trieb die Hooligans in Richtung Alex.
Von 19.00 bis 21.00 Uhr zogen 500 bis 1.000 Faschisten über den Alex, verprügelten AusländerInnen, RadfahrerInnen und zerstörten wieder einmal das Espresso (ein bekannter Treff von Schwulen) unter der S-Bhf.-Brücke. Sie lieferten sich kleine Rangeleien mit der Polizei. Die VP wurde mit Flaschen, Büchsen und Steinen beworfen.

Die VP-Aktion war zurückhaltend und abwartend. Es wurden 30 Faschisten (darunter einige Westberliner) kurzzeitig festgenommen und die anderen in kleine Gruppen zerstreut.
Gegen 21.00 Uhr trieben sich ungefähr 200 Faschisten auf dem Alex und im Nikolaiviertel herum. 100-150 Antifas griffen die Faschisten an und verjagten sie.
Zur selben Zeit demonstrierten ca. 500 antifaschistische türkische und kurdische Jugendliche vom Zoo zum Grenzübergang Oberbaumbrücke. Dort versuchten sie, nach Ostberlin zu kommen.
2-3 Hundertschaften DDR-Polizisten waren deshalb am Grenzübergang zusammengezogen und versperrten den AusländerInnen den Übergang. Daraufhin konzentrierten sich die Aktionen der AusländerInnen auf Angriffspunkte in Kreuzberg. Es kam zu langen und schweren Auseinandersetzungen mit der Westberliner Polizei.200 AusländerInnen brachen am Grenzübergang Bornholmer Straße nach Ostberlin durch.
Gegen 0.00 Uhr kam es vor einer Kneipe am Rosenthaler Platz, in der Faschisten den Geburtstag ihres Führers feierten, zu Auseinandersetzungen zwischen 15 Nazi-Skins und 20 AntifaschistInnen. Die Faschisten wurden verjagt. Kurz daraf traf ein Streifenwagen ein. Ein Zivilist zog eine nicht definierbare Pistole und forderte die AntifaschistInnen auf: "Legen Sie sich auf den Boden". Er schß einmal in die Luft und zweimal auf die Antifas und sprach währenddessen in ein Funkgerät.
Am Sonntag, den 2.4. verteilten gegen 14.00 Uhr "Reps" massiv Flugblätter auf dem Alex, in der die "DDR-Republikaner" die Legalisierung ihrer Partei forderten. Ca. 22 Uhr hielt ein blauer Ford und ein weißer Wartburg vor dem besetzten Haus in der Schliemannstraße und observierten dieses. Der Ford wurde bereits vor einer Woche bei dem Überfall auf das Cafe Schliemannstraße benutzt.
Gegen 23 Uhr zogen mehrere kleine Gruppen von Nazi-Skins auf der Leipziger Straße in Richtung Grenzübergang Jack-Point-Charlie. Gegen 3.00 Uhr versammelten sich ca. 300 Nazi-Skins am Westberliner U-Bahnhof Kurfürstenstraße und lieferten sich anschließend eine Straßenschlacht mit der Westberliner Polizei.
Es hat sich am Wochenende in Berlin gezeigt, daß sichtbare Schutzmaßnahmen, Präsenz auf der Straße und offensive Aktionen den Spielraum der Faschisten einschränkten.
In Leipzig wurden in der Nacht vom 20. zum 21. April mehrere besetzte Häuser von Faschisten angegriffen und stark beschädigt. Ein Besetzer wurde verletzt.

Polizei und FDJ schützten Naziopfer vor Selbstverteidigung

In Dresden organisierte die FDJ am 18.4. (wer ist denn das?) ein Konzert mit der westdeutschen Gruppe "Abstürzende Brieftauben" und anderen. Im Konzertsaal waren 4.000 BesucherInnen. Die Mitglieder der Gruppe "Einstützende Neubauten ermutigten die BesucherInnen, falls vor dem Saal Faschisten auftauchen sollten, daß alle 4.000 BesucherInnen sofort rausstürmen und die Faschisten verjagen sollten.

Während des Konzerts zogen dann 300 Faschisten vor den Saal. Sofort bildeten plötzlich "FDJ-Ordnungskräfte" (zahlenmäßig stark vertreten) eine nichtpassierbare Kette im Saal vor den Ausgängen und ließen die BesucherInnen nicht raus. Vor dem Saal zogen Polizeieinheiten auf und unterstützten die "FDJ-Ordnungskräfte" von außen.

Währenddessen warfen die Faschisten Steine und Molotow-Coktails durch die Fenster in den Saal. Unter den im Saal gefangenen BesucherInnen brach Panik aus, es kam zu Verletzungen und Verbrennungen.

Die Faschisten konnten in Ruhe wieder abziehen.

Polizeiliche Räumung in der Berliner Adelbertstraße

Am 14.4 räumte die sogenannte Volkspolizei in Berlin-Mitte ein besetztes Haus in der Adelbertstraße. Sie räumten die im Haus befindlichen Einrichtungsgegenstände auf einen LKW und mauerten die Türeingänge zu. Die besetzten Häuser in der Adalbertstr. wurden am 5.4, und den darauffolgenden Tagen von Faschisten angegriffen; es gingen dabei mehrere Fenster zu Bruch. Die Insassen, darunter auch Kinder wurden durch Splitter und Steine unmittelbar gefährdet.

Die Faschisten treffen sich im gegenüberliegenden Jugendclub, von wo aus sie die Angriffe starten.

Die Polizei "begründete" die Räumung der besetzten Häuser damit, daß die Häuser Angriffsziele für Faschisten darstellen.. Wieder mal werden Betroffene zu Schuldigen erklärt und sollen Platz machen, um den Faschisten mehr Raum zu geben!

Das geräumte Haus wurde kurz nach der Räumung wieder besetzt. Der Runde Tisch Berlin beschwerte sich über die Räumung beim Magistrat und dem Polizeipräsidium.

Solidarität mit den besetzten Häusern !

Opfer von Faschoüberfällen dürfen

nicht zu Schuldigen gemacht werden !

Im Rahmen der Aktionstage zum revolutionären 1. Mai 1990 machen wir zwei Veranstaltungen :

Zur Situation der irischen Gefangenen in der BRD

WHEREVER THERE IS OPPRESSION THERE IS RESISTANCE

In der Nacht vom 30. auf den 31.8.88 wurden an der holländischen Grenze in der Nähe von Aachen zwei Iren festgenommen. Schon einen Tag später wird ihnen von der Generalbundesanwaltschaft (GBA) vorgeworfen an sämtlichen Aktionen der Irish Republican Army (IRA) auf dem europäischen Kontinent in den Jahren 87/88 beteiligt gewesen zu sein. In ihrem Auto wurden angeblich gefälschte Papiere und Waffen gefunden, die bei Angriffen auf britische Truppen verwendet worden sein sollen.
Die Vorwürfe im Haftbefehl (Besitz gefälschter Papiere, unerlaubter Waffenbesitz, Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz, Verdacht des gemeinschaftlich versuchten Mordes) liefern der Bundesanwaltschaft (BAW) und dem Bundeskriminalamt (BKA) den Vorwand auch ohne nach § 129a zu ermitteln, die Strukturen der politisch organisierten Iren in den NL und der BRD zu durchleuchten, Menschen einzuschüchtern und Informationen zu sammeln.

Nach ihrer Festnahme wurden beide getrennt. Gerry McGeough sitzt in Frankenthal, Gerry Hanratty in Kaisheim/ Bayern. Bis Ende Dez. 88 saßen beide in Totalisolation unter den gleichen Bedingungen wie alle politischen Gefangenen in der BRD. Gerry McGeough wurden jedes mal wenn er die Zelle verließ die Hände auf dem Rücken gefesselt, beim Hofgang gab es zusätzlich bewaffnete Schließer und Bullen. Vor und nach dem Hofgang oder einem Besuch muß er sich bis heute nackt ausziehen und wird neu eingekleidet. Die Besuche laufen zwar ohne Trennscheibe, aber die anwesenden BKA-Bullen und der Dolmetscher verhindern durch Nachfragen auch bei den belanglosesten Themen jegliche Kommunikation.
Beiden wurde mit der Anklageschrift vom Mai 89 ein Anschlag auf die 'Glamorgan Barracks' in Duisburg vom 13.7.88 vorgeworfen, sowie Schüsse auf einen Polizeiwagen bei der Flucht. Gerry McGeough zusätzlich die Beteiligung an dem Anschlag auf die Offiziersmesse des Nato-Hauptquartiers in Mönchengladbach-Rheindahlen vom 23.3.87. Er wurde gleich nach der Festnahme von den bundesdeutschen Behörden und britischen Medien als der "Top-IRA-Terrorist" auf dem Kontinent hochstilisiert und hat in der BRD eine hohe Haftstrafe zu erwarten.

SMASH H-BLOCKS AND ARMAGH-JAIL
VICTORY TO THE IRA/INLA

Für Gerry Hanratty haben die Briten im Feb. 89 einen Auslieferungsantrag in den von ihnen besetzten Norden Irlands gestellt, wo ein Haftbefehl gegen ihn vorliegt. Gerry Hanratty würde als in der BRD "verurteiltes-IRA-Mitglied" bei der Auslieferung an Britannien Haft und Folter im KZ Long Kesh zu erwarten haben.

Die Vorwürfe wg. des Anschlags in Duisburg mußte die GBA mittlerweilen (März 90) fallen lassen. Das hat zur Folge daß gegen Gerry Hanratty im kommenden Prozeß "nur noch" der Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz verhandelt wird Die Höchststrafe hierfür liegt bei 10 Jahren.

Der Prozeß gegen die beiden beginnt voraussichtlich im Herbst 90 vor dem 6. Strafsenat des Oberlandesgerichts (OLG) Düsseldorf, der jetzt schon den Prozeß gegen Thomas Kilpper führt. Dieser Strafsenat wurde eingerichtet, als abzusehen war, daß der Schauprozeß gegen die KurdInnen die Kapazitäten des 5. Strafsenats übersteigt.

Auch der Prozeß gegen die beiden Iren soll dazu benutzt werden-wie der laufende Prozeß gegen die KurdInnen-in der BRD die Grundlage zu schaffen in einem vereinheitlichen Rechtsraum Westeuropa Befreiungsbewegungen zu kriminalisieren.

am Di. 24.4. um 19.30 im besetzten Haus in der Marchstr.
am Fr.27.4. um 19.30 im besetzten Haus Schönhauser Allee 20

Video "Behind the mask": Interviews und Geschichte von IRA-Freiwilligen, die ihre Entwicklung und den Beginn der "Troubles" beschreiben, dt. Übersetzung, 1989
danach Diskussion über die aktuelle Situation der irischen politischen Gefangenen in der BRD, und zum anstehenden Prozeß, sowie zur Kampagne gegen die Auslieferung von Gerry Hanratty u.a.

Kommt alle auf die revolutionäre 1.Mai-Demo !
Setzen wir das Fest auf dem Görlitzer Bahnhof durch
Für einen entschlossenen, internationalen und internationalistischen 1.Mai !!

ERKLÄRUNG DER POLITISCHEN GEFANGENEN IM FRAUENGEFÄNGNISS MAGHABERRY IN NORDIRLAND ZUM ANTIPATRIACHALEN KAMPF INNERHALB DES NATIONALEN BEFREIUNGSKAMPFS

Die Frauen der sechs besetzten irischen Grafschaften Nordirlands werden zweifach unterdrückt: von einer fremden imperialistischen Staatsmacht und von der sexistischen Ideologie, die die Frauen der ganzen Welt unterdrückt.

Wir, als republikanische Frauen, die für ihre Überzeugung eingesperrt sind, glauben, daß der Kampf um die nationale Befreiung und der um die volle Gleichberechtigung der Frauen nicht voneinander getrennt werden können. Dieses Bewußtsein entstand bei uns zum Teil erst nach unserer Verhaftung, denn vorher war uns der bewaffnete Kampf als der einzig wahre Kampf erschienen. Wie auch immer, die Zeit und unsere Erfahrungen haben uns gelehrt, daß mehr als nur der britische Imperialismus verändert werden muß.

Die jetzige Phase des Krieges in Irland ist das Ergebnis einer langen und komplexen Geschichte britischer Besetzung. Das oberste Ziel des irischen Volkes ist die Errichtung einer sozialistischen Republik, in der die sechs und die 26 Grafschaften (Nord- und Südirland, Anmk.d.-Übers.) sich vereinen und frei über ihre eigene Zukunft bestimmen.

Im Verlauf der gesamten irischen Geschichte haben sich Frauen ununterbrochen im Kampf um die Selbstbestimmung engagiert. Vor unserer Verhaftung spielten auch wir unsere Rolle im Kampf und bis auf wenige Ausnahmen akzeptierten uns unsere männlichen Genossen als gleichberechtigte Kämpferinnen. Während die Stellung der Frauen in der Gesellschaft alles andere als gleichberechtigt war, nahmen wir weiblichen Freiwilligen (volunteers) ohne Einschränkungen an den Kämpfen teil. Nur wenige von uns engagierten sich in der Frauenbewegung, und nur wenige opferten ernsthaft einen Teil ihrer Zeit dem Kampf um die Frauenrechte. Obwohl die Rechte der Frauen offensichtlich einen wichtigen gesellschaftlichen Aspekt darstellten, waren sie für uns zweitrangig, sie rangierten für uns hinter dem militärischen Aspekt des Krieges. Wir dachten (naiverweise), am wichtigsten sei es, die Briten loszuwerden, erst dann könne man sich mit allen anderen Problemen auseinandersetzen.

Im Gefängnis und abgeschnitten von den militärischen Kämpfen befanden wir uns in einer günstigen Situation, um unser eigenes Bewußtsein zu entwickeln und zu fördern. Durch unsere Diskussionen und Debatten haben wir uns gegenseitig weitergebildet, unseren politischen Horizont erweitert und uns so auch mit mehr Themen beschäftigt.

Durch diesen Lernprozeß haben wir ein tieferes Verständnis für die Lage, die Probleme der Frauen gewonnen und für ihre spezifische Unterdrückung in einem Irland, das von den Briten beherrscht wird. Darüber hinaus haben wir uns aber auch mit der Gewalt gegen Frauen, in Form von Vergewaltigung und Gewalt in der Ehe (innerhalb des Hauses) beschäftigt, mit der Ausbeutung und Unterbezahlung von Frauen in der bezahlten Arbeit, und so weiter.

Im Rahmen dieses Lernprozesses haben wir uns auch mit unterschiedlichen Frauen draußen in Verbindung gesetzt und eine Diskussion mit ihnen begonnen, um die Alltagsprobleme der Frauen besser kennenzulernen. Seit wir uns mit diesem Thema beschäftigen, identifizieren wir uns mit den Frauen der ganzen Welt, wir haben entdeckt, daß die Unterdrückung der Frauen universal ist und die Ursachen dafür in der unterschiedlichen Machtposition von Frauen und Männern liegen und in den Ideologien, die die Überlegenheit des Mannes und die Unterordnung der Frau verstärken.

In einem sozialistischen Irland muß dieses Machtgefälle aufgehoben werden, damit keine Gruppe mehr die Möglichkeit hat, eine andere zu unterdrücken und auszubeuten. Frauen und Männer müssen die gleichen Rechte und Möglichkeiten haben, ihre Fähigkeiten frei von Behinderungen zu entwicklen, damit dieses Irland wirklich sozialistisch wird.

Der Kampf um die Rechte der Frauen muß jetzt schon angegangen und ausgefochten werden. Er ist unverzichtbar für den Erfolg unserer Revolution, dafür, daß wir uns selbst von ALLEN Formen der Ungerchtigkeit befreien. Einige Ungerechtigkeiten werden nämlich nicht einfach verschwinden, wenn wir die Briten vertrieben haben. Der Erziehungsprozeß muß auf unsere Gemeinschaft ausgedehnt werden, und zwar mit allen Mitteln, und alles, was ihn fördert, muß begrüßt und unterstützt werden. Dieser Kampf muß genauso in den allgemeinen Kampf integriert werden, wie es schon mit anderen gesellschaftlichen Kämpfen geschehen ist.

Die militärische Kampagne wird dadurch nicht beeinträchtigt. Im Gegenteil, es kann ihr nur nützen, wenn Frauen die Fesseln der Unterwerfung abwerfen, um sich mehr und intensiver in der republikanischen Bewegung zu engagieren, sei es im politischen oder im militärischen Bereich.

TEIL II

Jede Situation, in der eine Person eine andere ausbeutet oder in ihrer Selbstverwirklichung behindert, stellt eine Unterdrückung dar und ist per se gewalttätig, da sie den Anspruch des Menschen auf Menschenwürde verletzt. In Irland verbindet sich die physische und sexuelle Gewalt, der Frauen ausgesetzt sind, mit der strukturellen und ökonomischen Gewalt, die der Mehrheit von ihnen ein elendes Leben aufzwingt, zusätzlich mit der kulturellen Gewalt, die ihre Köpfe gegen den Anspruch auf menschliche Erfüllung und Würde verschließt.

Wenn wir die speziell gegen Frauen gerichtete Gewalt -das heißt männliche Gewaltbetrachten, sehen wir, daß sie mit konstanter Regelmäßigkeit im Privaten auftaucht. Gewaltverbrechen spielen sich ganz legal unter der schützenden Decke der machtvollen Institutionen Kirche und Staat ab. Die Ursachen für Mißhandlung, Inzest, aufgezwungene Schwangerschaften, Prostitution und Vergewaltigung finden sich in der legal sanktionierten Herrschaft der Männer über die Frauen.

Laut offizieller Statistik stellt die Misshandlung von Ehefrauen das zweithäufigste Gewaltverbrechen dar. Berücksichtigen wir aber die Hemmungen der Frauen,

ihre Männer anzuzeigen, und die Weigerung der Polizei, Ehemänner oder Lebensgefährten zu belangen, dann erscheint es sehr plausibel, daß die Mißhandlung von Ehefrauen in Wirklichkeit das häufigste Gewaltverbrechen überhaupt ist. Jedes Jahr müssen in den sechs Grafschaften (in Nordirland, Anmk.d.Übers.) 500 Frauen und 1200 Kinder auf Grund von häuslicher Gewalt ihr Heim verlassen. Im Gegensatz zu weit verbreiteten Ansichten bedeutet häusliche Gewalt nicht ein gelegentlich etwas harsches Zuschlagen, sondern jahrelange seelische und körperliche Verletzungen, die Frauen von ihren Partnern erleiden. Frauen aus allen sozialen Schichten sind davon betroffen, und es gibt keinen "typischen Mißhandler". Prügelnde Ehemänner werden oft als abnorm dargestellt, aber die Erfahrung zeigt, daß sich Mißhandler in nichts von anderen Männern unterscheiden.

Sexueller Mißbrauch und die Drohung damit sind als ständiger Terror im Leben einer Frau präsent. Tatsache ist, daß die meisten vergewaltigten Frauen und Mädchen nicht darüber reden und daß die wenigen, die zur Polizei gehen, in den seltensten Fällen ernst genommen werden. Die überwiegende Mehrheit der Sexualtäter, die vor Gericht kommen, ist männlich und die meisten von ihnen sind Vertrauenspersonen (in den Fällen von Kindesmissbrauch). Bei Inzestfällen wird das Opfer und nicht der Täter während der Ermittlungen aus der Familie entfernt. Frauen, die vergewaltigt wurden, werden häufig noch zusätzlich stigmatisiert indem man behauptet, sie hätten "es provoziert". So wird die Schuld vom Angreifer auf sein Opfer verschoben. Frauen laufen dreimal so häufig Gefahr, von einem Mann vergewaltigt zu werden, den sie kennen, als von einem Fremden.

Sexuelle Belästigung hat deutliche Auswirkungen auf Frauen und auf die Berufstätigkeit von Frauen. Diese Art des sexuellen Mißbrauchs gibt es in allen Erscheinungsformen, und sie wird häufig auf die leichte Schulter genommen. Sie beinhaltet alle Formen ungewollter sexueller Anmache, vom Anstieren bis zum direkten Anfassen.

Auch die Reduzierung von Frauen zu Objekten ist eine Form der Gewalt gegen Frauen. In unserer Gesellschaft werden Frauen als Spielzeuge für Männer präsentiert, sie werden als Wesen betrachtet, die nur zum Vergnügen des Mannes auf der Welt sind, und so wird auch Gewalt gegen sie als Lappalie betrachtet. Jedoch eine Frau auf den Status eines Objektes reduzieren heißt, ihr Menschsein leugnen und stellt damit einen Akt der Unterdrükkung dar.

Pornographie ist die direkteste Zurschaustellung der Frau als Objekt. Die pornographische Darstellung von sexuellem Verhalten degradiert und entwürdigt Frauen in jeder Hinsicht. Frauen werden darin als reine Objekte sexueller Ausbeutung und Manipulation vorgestellt. Körperliche Mißhandlungen, Folterungen, Gruppenvergewaltigungen und Tötungen sind gängige Themen der Pornographie, darauf angelegt, das Vergnügen des Betrachters zu intensivieren. Wie auch andere gesellschaftliche Verhaltensweisen entwickelt sich sexuelles Verhalten an Hand von verfügbaren Vorbildern. Pornographie ist gefährlich auf Grund der Botschaft, die sie dem Betrachter vermittelt. Da die kulturellen Gegebenheiten bestimmen, was zulässig und akzeptabel ist, schafft Pornographie ein soziales Klima, in dem eine ganze Reihe von Verhaltensweisen bekannt, toleriert, wenn nicht ermutigt werden. Sie beeinflußt über das Individuum hinaus die gesamte Gesellschaft.

Männliche Gewalt wirkt zutiefst zerstörerisch auf Frauen. Der endlose Terror, dem eine Frau ausgesetzt ist, die mit ihrem Mißhandler zusammenlebt, hält sie in einem Zustand permanenter Angst und Aufregung. Ein Frauen nur allzu bekannter Weg führt von erfahrener Gewalt zum Arzt, der Beruhigungsmittel verschreibt und schließlich in die Psychiatrie oder den Selbstmord. Frauen, die vergewaltigt wurden, fühlen sich verabscheuungswürdig, unwert, sie sind beladen mit Schuldgefühlen, sie schämen sich und glauben, sie wären verantwortlich für die Angriffe und Verletzungen, denen sie ausgesetzt wurden. Frauen haben Angst, alleine auszugehen, manche Gebiete meiden sie sogar im hellen Tageslicht, kurzum, viele Frauen fühlen sich in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Frauen können regelrecht zu Gefangenen in ihren Häusern werden bzw. wenn sie zuhause Gewalt erfahren haben, in den Häusern anderer. Die rechtliche Reaktion auf Gewalt gegen Frauen ist vollkommen inadäquat. Das Recht ist nicht dafür geschaffen, Opfer zu schützen; und die Haltung von Polizei und Richtern garantiert, daß Frauen und Mädchen noch lange ihre Leiden schweigend hinnehmen werden. Von allen bekannt gewordenen Fällen sexuellen Mißbrauchs führt nur ein Drittel zu einer Verurteilung, und die milden Urteile widersprechen völlig der Schwere des Verbrechens. In Fällen von innerfamiliärem Mißbrauch weigert sich die Polizei häufig einzuschreiten, es sei denn, der Fall ist dazu angetan, öffentliches Ärgernis zu erregen.

Werden Frauen angegriffen, gehen einige Leute automatisch davon aus, sie hätten den Angriff provoziert oder ihn verdient, manche sagen sogar sie würden es geniessen. Andere argumentieren, die weibliche Unterwerfung sei die natürliche Folge der biologischen Unterschiede zwischen den Geschlechtern.

Wie auch immer, die Gewalt gegen Frauen hängt klar mit der ungleichen Stellung von Frauen in der Gesellschaft zusammen. In anderen Machtverhältnissen, wie etwa dem Imperialismus, wird der Einsatz von Gewalt von den meisten als eine Methode zur Erhaltung von Herrschaft und Kontrolle erkannt. Genauso setzen aber auch Männer Gewalt ein, um ihre gesellschaftliche Machtposition zu erhalten.

Der Kampf um die Beendigung männlicher Gewalt ist Teil des Kampfes zur Beendigung der allgemeinen Unterdrückung von Frauen und damit Teil des Kampfes der Befreiung der Gesellschaft von Ideologien, die alle Frauen in Unterdrückung halten.

Es ist klar, daß noch einiges getan werden muß gegen das weitverbreitete Problem der Gewalt. Die Republikaner (IRA) können ihren Teil dazu beitragen, indem sie diesen Kampf in ihren eigenen integrieren. Das erste Problem, dessen wir uns bewußt werden müssen, ist das, daß Gewalt gegen Frauen entweder verharmlost oder ganz verschwiegen wird - daher sollten Republikaner dazu beitragen, diese "Unsichtbarkeit" zu beenden. Wenn wir es zwar schaffen sollten, die Gewalt gegen Frauen in einem bestimmten Haus zu stoppen, aber nicht, die Frauen zum Bewußtsein ihrer alles umfassenden Unterdrückung zu erziehen, dann haben wir unser Ziel, die Frauen zu stärken, verfehlt. Wir müssen das Bewußtsein der Leute entwickeln helfen, indem wir mit denen beginnen, die am härtesten betroffen sind. Das ist eine gewaltige Anstrengung, aber sie muß unternommen werden. Der Hauptangriff gilt dem Patriarchat.

Dieter Wurm
Alt Moabit 12a
1000 Bärlin 21

Power

An
Interim eV.
Gneisenaustraße 2a
1000 Berlin 61

BLACKY

LESERBRIEF AUS DEM KNAST

Btr.: Hungerstreik hier in der JVA - Moabit

Ich möchte Euch hier noch etwas zu der Forderung der hunger - streikenden Gefangenen nach allgemeinem Aufschluss sagen . Es soll hier vor allen Dingen um die Spaltungsversuche der bärliner Justiz gehen,dh. den Widerstand zu brechen und unsolidarisches Verhalten zu fördern, wie es zur Zeit hier in Moabit geschieht :

Die Knastverwaltung von Moabit"kann"nur für 1/3 der Gefangenen Arbeitsplätze zur Verfügung stellen . Das diese Arbeitsplätze eine ganz üble Ausbeutung ist,brauchen wir hier nicht beson - ders zu erläutern.Die Leute verdienen bis um 100,-DM Einkauf und werden von Knastkaufmann auch prommt geschröpft .
Die Leute sind den ganzen Tag von der Zelle und das hilft auf jeden Fall , die Isolation , die hier alltägliche Praxis ist zu durchbrechen .
Es gibt dann hier noch die sog. Kalf's, auch Hausarbeiter genannt , die das Fressen verteilen, putzen etc., das heißt die hilfswilligen Gefangenen die das funktionieren des Knastes erst möglich machen .
Allso diese Gruppen von Gefangenen sind den ganzen Tag von der Zelle und bekommen als besonderen Schleck von der Justiz noch bis etwa 18.00 Uhr täglich Aufschluss .
Die restlichen 2/3 der Leute hier sind demgegenüber also 23 Stunden täglich Eingeschlossen.

Dies ist, wenn Mann/Frau es real betrachtet , quasi noch eine 2 Klassengesellschaft hier im Knast .
Die Justiz nun reitet nun diese Spaltungskiste voll aus , indem sie bei streiks einfach droht , die Streikenden gegen die Arbeitswilligen auszutauschen,denn fast 2/3 der Leute würden sich gerne Ausbeuten lassen, schon um die tagtägliche Isolation zu durchbrechen.
Der Motor der hiesigen "Arbeitswilligkeit" ist konkret betrachtet nur der Wunsch die Isolation zu durchbrechen und aus der hiesigen Armut auszubrechen .
Es gibt auch hier in Moabit eine Armut. Der Spitzenkalf mit 200 DM Einkauf steht hier dem absolut Mittellosen gegenüber . Der EINE hängt mit Taback,Kaffee zusätzlichen Nahrungs , Genuss und Kosmethikartikeln,Zeitungen,Radio etc. voll, der andere sammelt auf dem Knasthof Ziggerettenkippen auf .
Wenn der Mensch hier ein halbes Jahr lang als Strafer einge - sperrt ist ,dann steigt er in den"Mittelstand " auf,Strafer ohne Arbeit,Taschengeld 37,-DM Ø nennt das die Knastverwaltung . Die 37,- DM sind gerade noch so viel , das es nicht zu einer Verbrüderrung zwischen den Habenicht'zen kommen wird !

Hier kocht zur Zeit die ~~xxxxx~~ Seele der Unterpriviliegierten , der Nichtkalfs und Nichtarbeiter, weil Kalf's etc. Tagsüber nicht eingeschlossen wie die Massen sondern sich frei bewegen können und das für jeden unüberhörbar ist .
So endsteht Neid und Agression und der Wunsch, ,auch zu den Aufgeschlossenen zu gehören ,zu den Leuten die weniger Totalisoliert sind .

Angagierte Gefangene hier sind dabei , eine Insassenvertre - tung auf die Beine zu stellen . Im Mai sind ja auch die ersten Wahlen .
Bei den vorbereitungen zur GIV kam es auch zu gesprächen mit der Anstaltsleitung , sowie mit Freisewinkel vom Justizsenat .
Diese Herren haben, als das gespräch auf einen allgemeinen Aufschluss oder auch Umschluss an jedem Tag in der Woche dargelegt,u.A., das dieser aus Gründen der Sicherheit und Ortnung der Anstalt , dem Anstaltskonzept über haupt und an dem Widerstand der Beamtenschaft zur Zeit nicht statt - finden kann oder auch nicht durchführbar ~~sind~~ ist .
Später aber schon oder so......
Jetzt müssen wir erleben , das der allgemeine Umschluss tagtäglich sehrwohl möglich ist ,wenn die Gefangenen sich willig im Sinne des Ausbeutungswillens der Anstaltsleitung zeigen und beugen .
Die Masse der Gefangenen hier steht dem Außenvor und kotz auf das Unrecht ab .
Die These der Knastoberen hat sich hier in der tagtäglichen Praxis schon überholt, denn es ist offensichtlich sehr gut möglich Aus oder Umschluss zu praktizieren.
Alle Argumente dagegen reine Rhetorik , um nicht alle Gefangen - nen rauslassen zu müssen oder auch ein Druckmittel zu haben , die arbeitenden Gefangenen noch mehr bei der Stange zu halten .

Ich bin der Letzte , der meinen arbeitenden Mitgefangenen Auf und Umschluss mißgönnt,es geht mir absolut darum, diese minimalen Hafterleichterungen für alle Gefangenen zu fordern und ich möchte alle Leser bitten , diese Forderungen zu unterstützen !
Dessgleichen muß es auch ein streben danach geben , Taschen - geld für alle Gefangenen zu bekommen, für die keine Arbeits - plätze vorhanden sind .
Dessweiteren muß das Taschengeld allgemein auf 70.-DM angehoben werden,denn arbeitende Gefangene "verdienen" immer mehr als diese 70,-DM, sodaß das Argument der Justizverwaltung , nie - mant ließe sich dann mehr Ausbeuten ,absolut nicht stichhaltig ist .
Wichtig ist vor allen Dingen dabei , das alle Gefangenen Taschengeld bekommen , egal wielange sie eingesperrt sind , damit eine gewisse soziale Gerechtigkeit in die Knäste einzieht .
Es ist eine absolute soziale Ignoranz , Gefangenen nach einer Knastzeit von 6 Monaten erst Taschengelder zu bezahlen .
Die Knastverwaltung hat eine gewisse Fürsorgepflicht den Gefangenen gegenüber, denn man kann ja nicht die Gefangenen dafür verantwortlich machen , das es keine oder zuwenig Arbeitsplätze gibt .
Die Unternehmer der Knastbetriebe zahlen zwar Minimallöhne , doch wären sich auch absolut fähig Tariflöhne zu bezahlen .
Wenn die dazu nicht fähig sein wollen , ist es für die Knastverwaltungen ein einfaches , durch Umverteilung der Profite das Taschengeld für alles Gefangenen und im gefor - derten Rahmen zu finanzieren .

Dieses Würde den Haushalt des Landes Berlin absolut nicht belasten .

Zusammenfassend ist festzustellen, das sich die Justiz - verwaltung durch das divide et impera Verhalten nur an der sozialen Verantwortung vorbeimogeln will , weil diese absolut nicht willens ist , Reformen durchzuführen !

Gleichzeitig vollführt die Justizverwaltung einen Biertanz, das heißt sie gewährt gerade soviel an Vergünstigungen für wenige, das nicht die Einheit enstehen kann,wie sie zur Erzwingung von Reformen durch Gefangene notwendig wären . Dann werden auch Teizugeständnisse gemacht, bei denen dann Gefangene allso wir Quasi betrogen werden .
Ich möchte hier als Beispiel mal die Gründung unserer Insassenvertretung erzählen.
Wir sind mit großem Elan darangegangen , es wurde von uns ein 15 Seitenkonzept erstellt, alle machten waß, alle waren initiativ .
Heute nun ist das alles ganz anders , der Anstaltsleiter hat uns sein Konzept auf die Backe gedrückt mit dem Ergebnis , das sich die meißten Leute mit Frust daraus zurückgezogen haben .
Dieses Insassenvertreterkonzept ist so ätzend aufgemacht , das wir damit absolut nicht vernünftig arbeiten können und total unter der Fuchtel der Anstaltsleitung stehen !
Der Anstaltsleichter hat sich das Recht manifestiert , Mitglieder der Insassenvertretung nach eigenem Gutdünken rausschmeißen zu können,Kanditen von der Wahlliste zu streichen oder durch verlegungen innerhalb des Hauses auszubooten.

Wir durften in diesem Sinne allso ein **bißchen** antiautoritären Kindergarten spielen und dann kam die Pappnase......

\+ + +

Moabit ist eifach auch das Spiegelbild der BRD wo die Herrschenden durch Spaltung zu Herrschenden werden. Die Masse der riesignierenden,die Abgreifer,die auf dem System reitenden, die Menschen die sich wehren, die Aktiven die Hungerstreikenden.

Gleiches Recht für alle, gegen die Spaltung......

Es ist absolut schlimm hier und man/frau kann dieses eingefahrene system nur zerbrechen,wenn eine absolute Solidarität zwischen drinnen und draußen besteht ,

EINE EINHEIT++ EIN KAMPF+++ FREIHEIT & GLÜCK+++

V E N C E R E M O S

Dieter Wurm

Bärlin, den 15. April 1990

LESERBRIEF AN DIE "ZUSAMMEN KÄMPFEN" ANLÄSSLICH DER AUSGABE MÄRZ 90

vor kurzem ist eine neue ausgabe der zeitung "zusammen kämpfen - zeitung für die antiimperialistische front in westeuropa" rausgekommen.in ihr werden,ohne weiteren kommentar,die erklärungen des kommandos wolfgang beer zur herrhausen-aktion und die von 4 kämpfenden einheiten (ke) dokumentiert.
ich will zu der veröffentlichung in dieser form und zu inhaltlichen punkten in den erklärungen der ke ein paar kritische anmerkungen machen.ich beschränke mich dabei auf diese erklärungen, obwohl einiges,was ich dazu denke,auch für die letzten erklärungen der raf gilt,weil die ke sich ja als struktur des widerstandes verstehen und ich es katastrophal fände,wenn diese aktionen und erklärungen als antwort auf die schwächen des widerstandes stehenbleiben würden.das,was da schriftlich und praktisch vermittelt wird,ist nicht einfach realitätsfern und irrelevant.dieser vorstoss wird seine auswirkungen auf die diskussionen von teilen des widerstands haben,und zwar negative,denn er basiert auf einer falschen analyse und gibt eine falsche orientierung an.

ich will auch deshalb was dazu sagen,weil die ke für meine vorstellung,wie wir hier druck ausüben,gegenmacht aufbauen,uns durchsetzen können,ein wichtiger teil sind.ich hab mit dieser struktur immer einige hoffnungen verbunden,auch wenn es nicht meine praxis ist,und nicht das einzige,was ich wichtig finde.
wenn die entwicklung,die sich in den gelaufenen aktionen ausdrückt, sich fortsetzt,dann heißt das für mich,das da auch ein teil meiner vorstellung den bach runter geht,und dem will ich entgegenwirken.

ich beschränke mich in meiner kritik auf grob 3 punkte:die aufarbeitung des letzten hungerstreiks,die schlüsse,die daraus gezogen werden,und in dem zusammenhang der militanzbegriff,der in den erklärungen rüberkommt.

zuerst aber kurz was zum unerwarteten wieder-auftauchen dieser zeitung.soviel ich weiß erschien die letzte ausgabe ende 87 oder anfang 88,so in dem dreh.seitdem wurde öffentlich nichts mehr vernommen.das muß ja auch nicht unbedingt sein,warum heutzutage zeitungen von uns eingehen kann ich mir schon vorstellen: repression oder mangelnde resonanz aus der szene,zum beispiel. da leiden schließlich auch andere drunter.
aber wenn ihr dann wieder erscheint solltet ihr was dazu sagen, warum,was ihr euch überlegt habt,wie jetzt weitergeht bei euch, usw.
oder wurde mit dem zeitungsdeckblatt nur so eine art markenzeichen verwendet?wo "antiimp.front" draufsteht,da ist sie auch ganz bestimmt drin?das wäre nicht nötig gewesen.
dieses wiedererscheinen,ohne einen ton zu sagen,empfinde ich als verarschung aller,die diese zeitung,bei allen schwächen,gelesen und nicht nur abgeheftet haben und die auch dafür gesorgt haben, daß andere sie lesen können.wofür,und für wen,macht ihr die zeitung, wenn ihr nicht damit kommuniziert?eine zeitung macht man doch nicht als selbstbestätigung oder um verlautbarungen zu veröffentlichen?!

jetzt zu meiner kritik.meiner ansicht nach kommt in den erklärungen und aktionen ein militanzbegriff zum ausdruck,bei dem "militante politik" nur im anschläge machen besteht,und der im grunde unpolitisch ist,weil die aktionen von keiner inhaltlichen bestimmung getragen werden.

andrea sievering hat das in ihrer überarbeiteten prozeßerklärung vom november 89 so ausgedrückt:"wir waren bis 86 nur soweit gekommen,um politische vorstellungen zu kämpfen und sie umzusetzen,wie wir gegen die imp.macht in den gemeinsamen offensiven mit der guerilla zur wirkung kommen können.(...)
es gab von uns aus nicht die bestimmung,durch unsere initiativen und angriffe den umwälzungsprozeß durchzusetzen.wir hatten einfach gar keine richtige vorstellung davon,wo wir mit unserer praxis hinwollten."(s.2)
andrea spricht von der zeit bis 86,wenn man sich aber die jetzigen erklärungen genau durchliest und weiterdenkt,was da formuliert wird,dann wird keine neue,genauere bestimmung deutlich.
ich will mal anhand von zitaten aus den einzelnen erklärungen darstellen,was ich meine:
- die ke cepa gallende bringt es fertig,nur allgemeine aussagen zu machen,die zeitlos richtig sind:" um uns durchzusetzen brauchen wir eine perspektive gegen das ganze system.und wir brauchen dafür eine einheitliche orientierung der revolutionären bewegung und die organisierung der militanten untereinander und mit der guerilla."
es geht ihnen um eine "neue,offensive phase",für die durchsetzung der zusammenlegung.
welchen neuen sinn,welche neue bestimmung ihre jetzige offensive hat,welche konsequenzen sie aus der offensive 86 oder aus dem hungerstreik gezogen haben,daß muß ihrer meinung nach wohl nicht vermittelt werden.

- die ke febe elizabeth sagt in bezug auf den hs,daß die "organisierte revolutionäre kraft" gefehlt hat.am streik ist ihnen "klargeworden,daß wir es elbst in die hand nehmen wollen,den revolutionären prozeß zu entwickeln und um eine politische vorstellung zu kämpfen.und uns darin die möglichkeit für politisch scharfe interventionen,wie jetzt militante angriffe,(...) zu schaffen."
über den revolutionären prozeß und ihre vorstellung davon sagen sie nichts,obwohl ja gerade das,nach dem zitat aus andreas erklärung zu urteilen,wichtig wäre.
immerhin scheinen sie militante angriffe nicht für die einzige möglichkeit zu halten,"scharf" zu intervenieren.aber sie glauben offenbar,daß "militante angriffe auf zentrale einrichtungen von konzernen und banken" an sich schon eine scharfe sache sind,denn sie haben es nicht nötig,zu begründen warum sie jetzt diese angriffe wichtig finden,was sie konkret mit dieser form der intervention in gang bringen wollen,ob sie der meinung sind,daß der druck,den eine "organisierte revolutionäre kraft" im hungerstreik hätte ausüben sollen,über militante angriffe zustandegekommen wäre,ob es also nur daran gefehlt hat,usw.

- die ke hüseyin hüsnü eroglu sind die einzigen,bei denen ein bewußtsein darüber durchschimmert,daß ein militanter angriff vielleicht nicht die einzige möglichkeit ist,um aus der defensive der bewegung rauszukommen.
für sie war der widrstand im hs "politisch und praktisch nicht in der lage,die harte haltung der verantwortlichen zu brechen."
" für uns ist das direkt verknüpft mit einer wirklichen perspektive von leben,wie wir hier mit unseren forderungen (...) durchkommen."sie haben sich dafür entschieden,"militante politik als politischen faktor" aufzubauen."militante politik ist für uns EINE möglichkeit,das kräfteverhältnis zu verändern."
so weit,so gut.bei der begründung,warum sie jetzt angreifen, wird es dann wieder kritisch.sie wollen "den prozeß",der durch die verschiedenen aktionen "in gang gekommen ist",von sich aus auf-

greifen und stärken.
welcher prozeß ist da in gang gekommen?
eigentlich könnt ihr nur den meinen,der unter euch in gang gekommen ist.darüberhinaus haben die aktionen außer sach und personenschaden nur bewirkt,daß viele sich wieder trauten,die tagesschau einzuschalten und den kopf nicht mehr so hängen liessen.ein prozeß ist das nicht,also meint ihr wohl den unter euch.soll das heißen,daß ihr die aktion für den prozeß unter euch gemacht habt?
wie wollt ihr so ein politischer faktor sein?
und:auch hier ist militante politik wieder nur gleichbedeutend mit :anschläge machen.daneben gibt es andere sachen,die auch wichtig sind(wobei wir nicht erfahren,welche),aber an den anschlägen hat es gefehlt.an anderen punkten hat es nicht gefehlt?

- am schluß die ke sheban atlouf/conny wissmann.
zum hs und den knsequenzen daraus gibt es hier einen absatz.
sie wollen,offenbar mit ihrer aktion,"die schwäche militanter politik im widerstand aufheben,und so die bedingungen auch für die durchsetzung der forderungen der revolutionären gefangenen erkämpfen."
die "schwäche" und defensive situation",das ist die relativ geringere zahl von anschlägen während des hungerstreiks.mit ihrer aktion wollen sie,die im übrigen schon die "offensive 86 mitbestimmt"haben, und für die das alles also kein neuer schritt ist,dazu beitragen, diese schwäche zu überwinden.ich frag mich bloß,warum sie das nicht schon während des hs gemacht haben.was sie wohl damals gehindert hat:eigene schwäche?defensive situation?
keine angst,das ist vorbei,jetzt wird nur noch nach vorne geschaut.

trotz oberflächlicher unterschiede sind sich die erklärungen im grunde alle sehr ähnlich,und das soll ja auch so sein ,denn sie entstammen ja einem "kollektiven lern- und arbeitsprozeß",wie das im prozeß gegen luiti,chris und eva von den gefangenen formuliert worden ist.
ein lernen und arbeiten,das wohl abgekapselt vom rest des widerstandes stattfindet.
in der dokumentation offener briefe,die das info-büro hamburg rausgegeben hat,sind wesentliche beiträge aus dem widerstand, der solidaritätsbewegung und von den gefangenen zur aufarbeitung des hs zusammengefasst.die broschüre ist so ein mittel für unseren kollektiven lern-und arbeitsprozeß.mit den darin versammelten texten kann man sich ein relativ genaues bild der positiven und negativen erfahrungen aus dem hs ,der "schwächen" und "defensiven" machen.auch über fehlende militanz wird dort geschrieben,allerdings um einiges genauer als in den erklärungen der ke.
die genossInnen haben diese broschüre wohl nicht gelesen.zumindest entsteht der eindruck beim lesen der texte,die ihr veröffentlicht. und von was anderem können wir ja nicht ausgehen.

zur frage der fehlenden militanz zitiere ich andreas semisch, aus seinem brief an das zl-plenum altona:
" (...)
sehen wir lieber zu,wie wir diesen begriff(militanz) neu bestimmen und gemeinsam füllen können,und um da ranzukommen,müssen wir einfach mal über den "druck" reden.gefährlich ist es zu glauben, die vervielfachung eines mittels allein könnte diesen druck erhöhen und somit den durchbruch erzwingen.von daher beantwortet sich die frage nach dem mehr an aktionen von selbst.sie hätten ,für sich gesehen,keine qualitative veränderung gebracht.
(...)

wenn man "militante aktionen" als politisches mittel begreift
und nicht als militärisches,dann sollten auch immer politische
kriterien ausschlaggebend sein.revolutionäre initiativen müssen
immer wieder das system,seine widersprüche und unmenschlichkeit
entlarven,sie müssen zur praktischen,wenn auch vorerst nur punkt-
uellen überwindung der widersprüche beitragen.alles andere führt zur
ritualisierung des kampfes - eine erfahrung,die an der startbahn
gemacht wurde - und die letztlich zur katastrophe führte.(...)"
(s.10)
nur mal so als beispiel dafür,daß es leute gibt,die das anders
sehen als ihr(und die sich auch genauer ausdrücken).

das entscheidende ist für mich aber,daß die (im vergleich zum
hs 84/85) relativ kleinere zahl von anschlägen nicht der grund
für die defensive des widerstands ist,sondern nur ein ausdruck
davon.(die frage,ob ein mehr an anschlägen den durchbruch ge-
bracht hätte lass ich jetzt mal außen vor)
ein andere ausdruck der defensive war zb. die tendenz in manchen
städten,die grünen zum hauptfeind aufzubauschen,was sich dann
in den bündnisdiskussionen wegen der demo in bonn schmerzlich
bemerkbar gemacht hat,wo einige von uns,als wärs ein reflex,
auf die provokationen der realos angesprungen sind.

die gründe für diese defensive sind vielfältig und liegen tiefer,
zb. im mangel an fassbaren politischen perspektiven bei uns
oder in den abstrakten vorstellungen,die in unseren strukturen
lange konserviert worden sind.
über die probleme,die daraus entstehen,steht in der broschüre
auch einiges drin,zb.in dem text "nach dem hungerstreik:zur
diskussion",oder in dem aus der schweiz:
"was wir - und viele -zuwenig begriffen haben,ist,daßß die durch-
setzung der forderungen heißt,sie zur eigenen sache zu machen,
nicht einfach sie in einem unterstützenden verhältnis aufzugreifen.
sie sich zur eigenen sache machen,sie zu verbinden mit der eigenen
bestimmung von revolutionnärer politik,konkreten initiativen dazu,
die in sich einen aufgreifbaren und perpsektivischen gehalt tragen.
also innerhalb der kampagne auch darüber zu reden (...) wie wir
unsere vorstellungen einer revolutionären entwicklung mit der
breiten mobilisierung,der bereitschaft und offenheit vieler,
verbinden.
(...)
die bestimmung einer eigenen perspektive hat sich sowohl inhaltlich
wie materiell nicht ausgedrückt.das ist sicher nicht ein takt-
isches verhältnis,es ist ein ausdruck unserer schwierigkeiten -
in der schweiz wie auch in anderen ländern."(s.37)

um die eigene perspektive geht es immer noch,und die praxis der
ke ist aus 2 gründen kein beitrag dazu:
- die ke reden im zusammenhang mit ihrer praxis von "militanter
politik" und "scharfen interventionen",vermitteln dabei aber keine
politische bestimmung,und ich behaupte:sie haben auch keine.denn
dazu hätten sie sich mit ihren eigenen erfahrungen und denen
anderer auseinandersetzen müssen,und das ist offensichtlich
nicht geschehen.militante praxis ohne genauere inhaltliche best-
immung führt aber nirgendwo hin,nur in die bedeutungslosigkeit.
sie bewegt nichts,sie polarisiert nicht,und isoliert bloß die,
die es machen.
wer will,daß "unsere kämpfe" eine "gesellschaftliche dimension"
bekommen,und sich in diesem zusammenhang für militante politik

entschieden hat(was eigentlich was starkes ist),der/die muß
sich aber auch überlegen,wie er/sie die praxis so bestimmen können,
daß die wechselwirkung wirklich eintritt,und nicht nur auf dem
papier.
das heißt nicht,das die guerilla und die militanten immer darauf
rücksicht zu nehmen haben,ob der widerstand schon soweit ist oder
die gesellschaftliche breite erreicht wird.aber ihr müßt schon
wissen,wo ihr eigentlich hinwollt,und das auch vermitteln.

in bezug auf die letzten aktionen befürchte ich,daß die ihnen
zugrunde liegende "analyse",im hs habe es an anschlägen gefehlt,
bei manchen dazu führen wird,daß die punkte,wo auch ganz dicke
defizite spürbar geworden sind,wieder zugedeckt werden.
die auch über die ke hinaus verbreitete falsche vorstellung,
alles ab mollie sie eine scharfe intervention führt dazu,daß immer
da,wosolche interventionen aus politischen,praktischen oder sonst-
welchen gründen nicht möglich sind,vielen nichts mehr einfällt,
außer grußadressen.
auch eine demo,eine besetzung oder ein plakat können aber scharfe
interventionen sein,wenn sie politisch bestimmt sind,wenn sie
widersprüche und diskussionen zuspitzen,wenn sie "den gegner
spalten und die freunde einen".
das sich diese erkenntnis weiter verbreitet finde ich im moment
auch wichtig,und dem habt ihr,sicherlich ohne es zu wollen und
unbewußt,entgegengearbeitet.

- was die ke zum hs schreiben,ihr festmachen der defensive an der
zahl der anschläge,ihr verwechseln von ursache und wirkung,das
sie dann konsequent dazu bringt,mit ein paar anschlägen die
grundlage für eine offensive phase legen zu wollen - das alles
ist ausdruck von tiefer bewusstlosigkeit.
eurer nicht-aufarbeitung des hs entspricht die nicht-aufarbeitung
eurer geschichte,die in gewisser weise auch die geschichte von
vielen aus dem antiimperialistischen widerstand ist.
um weiterzukommen müssen wir uns aber auch mit dieser geschichte
beschäftigen.
die ke scheinen zu glauben,daß es in zeiten der verunsicherung
das beste sei,nichts in frage zu stellen.stattdessen flüchtet ihr
nach vorn in die sicherheit einer vermeintlichen strategie,
die aber nur ein teil einer strategie oder perspektive ist,ein
schritt oder baustein in der entwicklung.so kommen wir nicht
weiter.

so vertut ihr die chance,für euch was rauszukriegen,und ihr
vertut auch die chance,eure erfahrungen in die auseinandersetzung
um unsere perspektive einzubringen.es gibt gerade tatsächlich
die möglichkeit für produktive,wechselseitige prozesse,wie es immer
heißt.aber so wird die "offene diskussion"von der auch ihr,wie die
raf,nur redet,anstatt sie zu führen,zur hohlen phrase.
ihr solltet mal mit ein paar ehrlichen,auch für nicht-insider
verständlichen beiträgen rauskommen,in denen ihr was zu euren erf-
ahrungen und vorstellungen sagt.wie gesagt,der moment ist günstig.
gerade werden papiere,die auch nur halbwegs die fragen aller
aufwerfen,begierig aufgenommen,wie zb."200 jahre sind nicht
genug" einer rz.so ein beitrag wäre für mmich ausdruck einer mili-
tanten haltung,und damit würdet ihr zu einer offensiven phase
mehr beitragen als mit noch 10 anschlägen,deren bestimmung euer
geheimnis bleibt.

ein lesender antiimperialist,der diesen beitrag nicht ganz allein
ausgebrütet hat.

VOLXSPORT

Der Chef der GSG (Gewerbesiedluns-Gesellschaft), Günter Habermann, muß sich einen neuen Wagen kaufen. Der alte ist nicht mehr so gut. Wir haben ihn am 21.4. vor seiner Haustür in der Nymphenburger Straße 8 abgefackelt.
Die GSG, obwohl eigentlich auf Gewerberäume spezialisiert, verfügt allein in Kreuzberg auch über einen der größten Wohnraumbestände. Die GSG ist dicke am Mitmischen, wenn es um das kapitalträchtige Umstrukturieren von Stadtteilen geht. Die Pläne, Bezirke wie Kreuzberg, Wedding u.a. umzukrempeln, gibts schon länger. Ob sich dabei die "sanfte" Aufwertung der Wohnsubstanz oder der harte Reibach durchsetzt, eines bedeutet es immer: die Zerstörung der sozialen und politischen Strukturen, die Vertreibung von Teilen der Bevölkerung durch steigende Mieten, die Ansiedelung von wohlhabenderen Schichten und die Errichtung einer Infrastruktur im Stadtteil, die auf solche Schichten attraktiv wirken soll. Die landeseigene GSG ist als eine der größten Gewerberaumeignerin Vorreiterin und politisches Instrument in diesem Prozeß, der sich seit der Maueröffnung noch weiter verschärft hat. Die GSG beschleunigt die Modernisierung ihrer Gewerberäume, damit es das geeignete Angebot für zahlungskräftige Gewerbetreibende gibt, die für das zukünftige City-Flair in den Noch-Randbezirken sorgen sollen. Ergebnis: die Mieten vervielfältigen sich. Arme raus - Yuppies rein.
Ins Blickfeld gerieten die GSG und Habermann z.B. durch sein ständiges Betreiben, die Backsteinfabrik in Kreuzberg 36 seinen Vorstellungen gemäß zu vermieten.
Die Backsteinfabrik ist ein Projekt, um das seit Beginn der breiten Häuserkämpfe Anfang der 80er gestritten und gefightet wird. Der Verein Kosmos bemüht sich, aus der Backsteinfabrik ein "soziokulturelles" Zentrum zu machen. Vorgehensweise und Politik von Kosmos waren nicht immer das Gelbe vom Ei. Zu lange ist um die Backsteinfabrik auf der Ebene von Gremienpolitik gerangelt worden. Aber wir sehen wie sie, daß wir unbedingt selbstbestimmte Räume in den Stadtteilen brauchen. Zu viele sind schon befriedet oder uns weggerissen worden. Unkontrollierte, radikale Stadtteil- und Basispolitik muß sich ihre Räume erkämpfen und verteidigen.
Habermann ist der harte Knochen, der mit Senatsdeckung alles vorantreibt, um sein Backsteinfabrik-Konzept durchzusetzen. Bei all seinen Aktivitäten kann es sich Herr Habermann auch noch leisten, Kunstmäzen zu sein - wie schöngeistig!
Doch es geht nicht nur um Habermann und die GSG.
Wenn wir den Großberlinplänen etwas entgegensetzen wollen, dann sollten wir nicht nur von militanter Stadtteilpolitik reden (siehe Diskussion in der autonomen Wochenzeitung 'Interim'), sondern auch an Aktionen überlegen, die zeigen, daß die Verantwortlichen und Nutznießer angreifbar sind. Dabei gehts nicht nur darum, möglichst laut "bumm" zu machen. Wichtig ist, daß rüberkommt, daß es auf die Aktivitäten und Aktionen von unten ankommt, daß es keine Hierarchien in den Aktionsformen gibt und daß viele was machen.
Gegen die GewinnlerInnen der kapitalistischen Modernisierung, gegen sg. Yuppies - JungunternehmerInnen. Wir müssen uns auch was einfallen lassen, wie wir mit bestimmten gutsituierten bürgerlichen Schichten umgehen, die ihren ruhigen Kiez wollen und sonst nichts. die sind zwar nicht die Hauptverantwortlichen aber als gesellschaftliche Schicht eindeutig NutznießerInnen. Wenn sie das Übergewicht in der "Mischung" der Stadtteilbevölkerung bekommen, dann kippt das Klima - von der Aufmüpfigkeit zur befriedeten "schöner Wohnen"-Idylle, wo für Leute ohne Geld kein Platz mehr ist. Wie wäre es, wenn sich reiche und wohlhabende Leute in bestimmte Kieze nicht mehr reintrauen, weil sie beklaut werden, die teure Karre platt ist, die entsprechenden Restaurants dicht machen müssen (hallo Kübel!) usw. Vielleicht gibt es mehr Leute, als wir denken, die solche Aktionsformen verstehen und auch selber machen, nicht nur der eigenen Bereicherung wegen, sondern weil dabei auch ne klare Haltung rüberkommen kann: eat the rich !
Dieses mal wars Habermann, ...

Bonzen und Stadtteilstrategen - wir werden euch das Handwerk legen !

Heraus zum 1.Mai !

Doña Camilla und Peppone

★

VOLXSPORT

AUFRUF ZUM VOLKSSPORT

Am 28.4. 1990 veranstalten verschiedene Gruppen einen Aktionstag gegen den Gen-Tech, den Saatgut und Mineralölkonzern Shell.
Wir wollen zu diesem Tag einen - bescheidenen - Beitrag leisten. Dazu haben wir einen Vorschlag.
Zum "Warum?" brauchen wir wohl nix mehr zu sagen.
In den letzten Wochen hat es in Westberlin schon verschiedene Aktionen gegen Shell gegeben: die Tankstellen blockade, aber auch Attacken gegen mehrere Tankstellen mit Schneidwerkzeugen, Zucker etc.
Der Konzern hat - mit Hilfe der Bullen und dem Staatsschutz reagiert:
Die besuchten Tankstellen wurden besser gesichert. Öfter Zivi- und Wachschutzkontrollen, aber auch Bewegungsmelder wurden installiert.
Das bedeutet, wenn jemand auf die Tankstelle tritt, (im Dunkeln), geht plötzlich ne Flutlichtanlage an. Mensch steht im Hellen, ne mögliche Aktion muß evtl. abgebrochen werden. Zudem tauchten in solchen Fällen ganz schnell Zivis auf. Nix wie weg.
Wir aber wollen uns den Spaß nicht verderben lassen.
Steine werfen kann mensch auch von außerhalb der Reichweite der Melder. Z.B.
Wir wollen noch ne neue Variante des gewaltfreien Widerstandes gegen den Shell-Konzern ins Spiel bringen, der zusätzlich die Bullen erfreuen wird, weils endlich was zu tun gibt: den Volxsport, nachts Shell-Tankstellen zu begehen, massenhaft. Um zu gucken, wie es sich an Tankstellen pisst (Männersport), ob's auch nachts Süßigkeiten zu holen gibt, weil ja vielleicht wer aufpaßt in der Tanke, oder ob ein Zigarettenautomat da hängt, oder einfach nur, um Shell auch mal zu besuchen. Vieles können menschen sich da einfallen lassen.
Auf daß viele Lichter brennen, wieder aus, wieder angehen.
Wenn wir viele werden, viele den Vorschlag aufgreifen, werden die von Shell, die vom Wachschutz, die Bullen, sicher mehr Stress kriegen als wir. Wir sind viele und brauchen keine angst zu haben, anpissen ist ja wohl nicht strafbar, sie müssen gucken, und wieder weg, bewachen, und wieder war nix und so weiter usw.
Viel Spaß bei den Frühlingsspaziergängen zu Shell-Tankstellen.

Keine "Komalösung", Zwangsernährung und Kontaktsperre!
Zusammenlegung überall sofort!
Gegen das Europa der Bullen und Banken!
ZUSAMMEN KÄMPFEN!
feurige Grüsse an alle kämpfenden Gefangenen und die, die mit ihren Initiativen ihren Kampf unterstützen!

Solidarity with the Palestinian Revolution!

Today, the 18/4 - the day after the international solidarity-day with the politcal prisoners in Palestine - we have destroyed Israeli fruits in several supermarkets in Copenhagen.
THE main slogans of the international solidarity-day are:

- Close the concentrationcamp Ansar III, where about 22oo Palestinian prisoners dayly are confronted with brutal treatment, which aim is to destroy the prisoners' identity and health.
- Release all the sick and dying prisoners.

Since december 87 the palestinian people have stood up together and fought against the systematic oppression of the Israeli state. Israel has tried to smash the uprising with military agression, goal-directed liqvidations, killing of demonstrators, imprisonment, torture etc.
One of the palestinians most important weapons in the uprising is an extensive boycot against Israel. But their appeal to an international boycot has on the whole been neglected, and also Danish firms carry on expanding trade with Israel in spite of the crimes committed against the palestinian people.
The palestinian people's struggle against imperialist oppression is also our struggle, and we show our solidarity by fighting against the economic suppo ters and trading partners here.
Today we have stopped the sale of israeli fruit in 8 supermarkets in Copenhagen

THE STRUGGLE FOR LIBERATION
IS INTERNATIONAL!

FRIENDS OF PALESTINE

wir haben in der nacht zum 11.4. und zum 12.4. in köln bei VW reifen plattgestochen, bei einer DEUTSCHEN BANK sechs scheiben eingeworfen und bei der spanischen bank am bahnhof angefangen eine parole zu sprühen. wir wollten dort auch das schloss zukleben, wurden aber gestört.
die spanischen gefangenen aus GRAPO und PCE(r) sind seit über 130 tagen im hungerstreik für ihre wiederzusammenlegung. es braucht jetzt viele initiativen, um ihre forderungen durchzusetzen.
WIR SIND ZUR DT. BANK, VW, UND BANCO EXTERIOR DEUTSCHLAND gegangen, weil das Kapital und die Konzerne bei der Durchsetzung ihres Europa 92 des grossen Geldes auf Kosten der Mehrheit der Menschen und gegen jeden Widerstand, allem voran jetzt die politischen Gefangenen in den Knästen ausschalten wollen und die Isolationsfolter EG-Strategie ist.

Solidarität mit dem Volksaufstand in Kurdistan-(Türkei)!

Das kurdische Volk ist der Unterdrückung, Ausbeutung und Vernichtung durch den türkischen Staat überdrüssig.
Angesichts jahrzehntelangen Protestes und Widerstandes nicht zuletzt auch des bewaffneten Kampfes ist die kurdische Bevölkerung zur Zielscheibe massiven Terrors der Armee geworden.
Fast zwei wochenlang, vom 15.3--30.3.90 lieferte sich das kurdische Volk in der Provinz Mardin einen ungleichen Kampf mit der türkischen Armee. Das Volk ging mit Steinen und Stöcken gegen Panzer und schwerbewaffnete Soldaten vor.
Zu dem Volksaufstand kam es, als die türkische Armee einen friedlichen Trauerzug (Beerdigung eines Widerstandskämpfers der PKK) in der kurdischen Stadt Nusaybin überfiel, auf die Menschen einschlug, kurze Zeit später in die Menge schoß und dabei mehrere Menschen tötete.
Aus Protest gegen dieses Massaker der türkischen Besatzungsmacht gingen daraufhin in der ganzen Region Zehn-Tausende von Menschen auf die Straße. Die Menschen kämpften mit Steinen und Stöcken gegen die mit Gewehren, Panzern und Hubschraubern vorgehende Armee. Das brutale Vorgehen der türkischen Armee hielt die KurdInnen davon nicht ab, die angestaute Wut gegen den faschistischen türkischen Staat zum Ausdruck zu bringen. Auf Ausgangssperren und der militärischen Belagerung der vom Aufstand betroffenen Städte reagierte die Bevölkerung mit einem Generalstreik. Geschäfte , Arbeitsstätten und Büros blieben geschlossen. Die SchülerInnen boykottierten den Unterricht und das Absingen der türkischen Nationalhymne.
Auch dieser Aufstand wurde auf Grund der großen Übermacht der türkischen Armee und des Einsatzes von Sonderkommandos, die als Todesschwadronen ausgebildet sind und im Volksmund Rambos genannt werden, in Blut ertränkt. Im Zuge dieser Ereignisse wurden mindestens 30 Menschen getötet, Hunderte schwer verletzt, Tausende verhaftet und den ortsüblichen Folterverhören unterzogen.
Offensichtlich breitet sich der organisierte Aufstand in Kurdistan aus und ergreift täglich andere Städte und Regionen, so zum Beispiel in Diyarbakir, wo es zu heftigen Auseinandersetzungen mit Armee und Polizei und vielen Verhaftungen kam. Doch auch in türkischen Sädten wie Istanbul, Ankara und Izmir gingen einige Tausend Menschen auf die Straßen, um ihre Solidarität zu bekunden.
Um die Verurteilung der Greueltaten der türkischen Besatzungsmacht durch die Weltöffentlichkeit zu verhindern, verhängte das Militär eine Nachrichtensperre und verwehrte den angereisten JournalistInnen und ParlamentarierInnen den Zugang.
Auf einem Gipfeltreffen zwischen Staatsleitung und der bürgerlichen Opposition einigte man sich darauf, den Aufstand mit zusätzlicher Gewalt zu unterdrücken und die zum Tode verurteilten Linken und kurdischen Patrioten hinzurichten. Das türkische Kabinett beschloß am 10.4.90 das Prinzip "Waffe gegen Waffe" gegen die KurdInnen und erließ eine Verfügung mit Gesetzeskraft, die der Ausnahmerechtsverwaltung zusätzliche Kompetenzen einräumt: Zwangsdeportation ohne Begründung; Verbot von Streiks; totale Pressezensur. Weiterhin wurde ein Gesetzentwurf diskutiert, der sogenannten Reuemütigen, also Spitzel, eine staatliche Belohnung verspricht, wenn sie dem Militär Verstecke der kurdischen Guerilla verraten. Darüber hinaus soll das Strafmaß für Separatisten verdoppelt werden.
Seit der imperialistischen-kolonialistischen Aufteilung Kurdistans auf die vier Länder Türkei, Irak, Iran und Syrien nach dem ersten Weltkrieg, ist das kurdische Volk seiner nationalen Identität beraubt, ist die kurdische Sprache und Kultur bei Androhung von Strafen verboten, finden Massendeportationen statt und folgt ein Massaker dem anderen.
Die bestialische Ermordung von mehr als 5.000 Menschen durch Giftgas in der kurdischen Stadt Halabje am 16.3.88 durch das faschistische Saddam-Regime in Irak, ist nur ein Beispiel für den Völkermord an Kurdinnen und Kurden.
Auch die BRD trägt die Verantwortung am Völkermord: Die Giftgasfabrik des Saddam-Regimes bauten deutsche Firmen und Ingenieure. Seit 1964 floß Militärhilfe in der Höhe von 4,5 Miliarden DM an das faschistische Regime in Ankara. Damit wurde und wird "deutsche Wertarbeit" in Form von Waffen, Panzern und Hubschraubern gekauft und gegen das kurdische Volk eingesetzt. Die bundesdeutsche "Anti-Terroreinheit" GSG 9 bildet türkische Sonderkommandos und Todesschwadronen aus,die anschließend Massaker am Volk verüben.Schließlich verfolgt und kriminalisiert die Bundesregierung Kurdinnen und Kurden,die den Befreiungskampf des kurdischen Volkes unterstützen.Der Prozeß in Düsseldorf gegen 16 Kurdinnen und Kurden wird benutzt, um die gesamte kurdische Befreiungsbewegung zu kriminalisieren und zu terrorisieren.

- Solidarisieren wir uns mit dem Volksaufstand in Kurdistan!!
- Unterstützen wir den Kampf des kurdischen Volkes für seine nationale Unabhängigkeit!!
- Stoppen wir die Wirtschafts- und Militärkredite der BRD an die Türkei!!
- Lassen wir nicht zu, daß KurdInnen von der bundesdeutschen Staatsanwaltschaft verfolgt und kriminalisiert werden!!

Demonstration: Samstag, 28.4.1990, 13.00 Uhr,
ab Breitscheidtplatz

Betr.: Besetzung des CDU-Hauses in Bonn am 11.4.1990

BONNER LOKALPRESSE ALS ERFÜLLUNGSGEHILFEN DER POLIZEI!

Am 10.April 1990 verkündete die türkische Regierung das Kriegsrecht über Südostanatolien, den nordwestlichen Teil Kurdistans, der von der Türkei besetzt gehalten und kolonialisiert wird.
Die kriegsrechtlichen Maßnahmen gehen von der Pressezensur über verschärfte Kriminalisierung bis hin zur Deportation von Menschen.
Die bundesdeutsche Presse berichtete bisher nur wenig darüber, das Bonner Auswärtige Amt sah keinen Anlaß zur Stellungnahme, geschweige denn die im Bundestag vertretenen Parteien, außer - soweit es uns bisher bekannt ist - die Grünen, die für Mittwoch, den 18. April eine aktuelle Stunde zur aktuellen Lage in Nordwest-Kurdistan beantragt haben.

Am 11. April versuchte eine Gruppe kurdischer Frauen und Kinder, begleitet von einigen kurdischen Männern, aus Protest gegen das Kriegsrecht das CDU-Haus in Bonn zu besetzen.
In einer mitgebrachten Erklärung wurde die Aktion erläutert - wir haben sie umseitig abgedruckt.
Eine Forderung der BesetzerInnen-Gruppe war es, mit einer verantwortlichen Person der"Christlich-Demokratischen Partei" zu sprechen, die diese Protesterklärung entgegennehmen und an die entsprechenden Gremien der Partei weiterleiten sollte.
Warum die CDU?
Die Unterstützung der Bundesregierung - maßgeblich hier die CDU, ohne die Verantwortung des von der FDP geführten Auswärtigen Amtes zu schmälern - für diese offen faschistische Unterdrückung und den staatlich verordneten Völkermord am kurdischen Volk, sollte durch diese Besetzungsaktion (die bis zum brutalen Eingreifen von mindestens einer Hundertschaft der Bereitschaftspolizei Bonn völlig friedlich verlief) offengelegt und thematisiert werden.

Die Antwort der CDU und der Polizei war brutale Gewalt: Kinder wurden blutig geschlagen, auf die anwesenden Frauen, die sich im Foyer zu einem Sitzstreik niedergelassen hatten, wurde eingeprügelt, damit sie das Gebäude verlassen sollten.

Dieses Vorgehen entspricht der Linie der Bundesregierung:
es gibt für den gerechtfertigten Protest gegen die Vernichtungspolitik gegen das kurdische Volk keine politische Antwort. Es gibt Prügel! Sowohl in Nordwestkurdistan (wo es bis zu Folter und Tod geht), als auch in der BRD!
Es gibt gegen diese Unterdrückung und Vernichtung keine freie Berichterstattung, es gibt nur Zensur oder diktierte Polizeiartikel: sowohl in der Türkei, als auch in der BRD!
Es gibt für die Proteste keine Antworten der Politiker, sondern die Knüppel der Polizei: sowohl in der Türkei, als auch in der BRD!

Die Ausbildung der türkischen Truppen erfolgt z.T. in der BRD (BGS in St. Augustin bei Bonn) mit westdeutschen Ausbildern und Finanzen.
Wo also sitzen die Verantwortlichen?!

Mit dieser Erklärung wollen wir insbesondere auf die sog. "freie Presse" aufmerksam machen: da werden, offensichtlich um das eigene gewalttätige Vorgehen gegen die kurdischen Frauen, Kinder und Männer zu vertuschen, von der Polizei erlogene Meldungen an die Presse gegeben: "Polizei: Kurdische Demonstranten schlugen eigene Kinder" (Rhein-Sieg-Anzeiger, 12.4.1990) oder "Polizei: Kurden schlugen eigene Kinder blutig" (General Anzeiger Bonn, 12.4.1990).

Diese Lügen sind so dreist wie plump: als fette Überschrift in den Zeitungen aber fördern sie Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Vorurteile gegen unsere kurdischen Freundinnen und Freunde, mit denen wir leben, arbeiten und diskutieren.

Offensichtlich sieht die Bonner Lokalpresse ihre Aufgabe als Erfüllungsgehilfen der Bonner Polizei-Rambos!

Wir fordern eine öffentliche Untersuchung des brutalen Polizeieinsatzes im CDU-Haus am 11.4.1990 und daß die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden!

Wir fordern die sofortige Einstellung der militärischen und finanziellen Unterstützungder Türkei durch die BRD!

Wir fordern die sofortige Einstellung der Kriminalisierung und die sofortige Einstellung des 129a-Verfahrens gegen Kurdinnen und Kurden vor dem Oberlandesgericht in Düsseldorf!

Dokumentation:

"Wir, kurdische Frauen und Kinder, haben heute, am Mittwoch, den 11. April 1990, um 10:00 Uhr, das Gebäude der CDU in Bonn aus folgenden Gründen besetzt :
Seit dem 12. März 1990 leistet das kurdische Volk einen harten Widerstand gegen das türkische kolonial-faschistische Regime.
Seit dem 16. März 1990 beteiligen sich über eine halbe Million kurdischer Menschen an den Aufstand.
Sie forderten ihre Freiheit und die Unabhängigkeit ihres Landes.
Unmittelbar nach der kurdischen Intifada haben die türkischen Kolonialisten mit einem gnadenlos brutalen Eingriff begonnen, in dem die Menschen wahllos und willkürlich massakiert, gefoltert und verhaftet werden.
Außerdem haben alle Vertreter des türkischen Staates ein Gipfeltreffen veranstaltet, in dem man über weitere unmenschliche Maßnahmen gegen das Volk von Kurdistan diskutierte.
Nach diesem Treffen wurde ein unerklärbarer Kampf geführt, wobei die Kurden reihenweise massakiert wurden.
Bei diesem Massaker des türkischen Staates, die bei jeder Gelegenheit immer wieder C-Waffen einsetzt, ist auch die BRD mit ihren militärischen, finanziellen und allen anderen Hilfen an der Türkei beteiligt.
Die Fortsetsung dieser Unterstützung der BRD an die Türkei bedeutet für uns Kurden eine direkte Beteiligung der BRD an die Massaker unseres Volkes.
Wir haben das Gebäude der CDU in Bonn besetzt, um unsere Solidarität mit dem Aufstand des kurdischen Volkes zu bekunden und gegen den türkischen Kolonialismus zu protestieren, sowie ihre Massaker an die Öffentlichkeit zu bringen.

Wir fordern :

- die sofortige Beendigung der Massakierung an das kurdische Volk durch C-Waffen
- die sofortige Einstellung jeglicher militärischer und finanzieller Unterstützungen an die Türkei durch die BRD
- die demokratische Öffentlichkeit dazu auf, nicht tatenlos zuzusehen und sich mit dem kurdischen Volk zu solidarisieren.

Sympathisanten der ERNK
(Nationaler Befreiungsfront Kurdistans) in
Bonn"

Absender: Nahostgruppe im Infoladen Bonn, c/o Wolfstr. 10, 53 Bonn 1.

Bonn, den 13.4.1990

DEMONSTRATIONSINFO FRANKFURT, DEN 20.04.90

AUFRUF ZUM "INTERNATIONALISTISCHEN BLOCK GEGEN DAS TEUTSCHE GEMÜT" AM 12.5. AUF DER BUNDESWEITEN DEMONSTRATION "NIE WIEDER DEUTSCHLAND", FRANKFURT

Nach einer langen, mit zähen Diskussionen gefüllten Entscheidungsphase haben sich einige autonome Gruppen, anarchistische Gruppen und autonome AntiimperialistInnen aus dem Rhein-Main-Gebiet und die Linke Liste Frankfurt (Uni) entschlossen, zu einem eigenen Block auf der bundesweiten Demonstration "Nie wieder Deutschland" aufzurufen. Unsere inhaltlichen Widersprüche zur Diskussion des bisherigen Demonstrationsbündnisses, macht eine autonome Organisierung und Mobilisierung, in Koordination mit dem Bündnis notwendig. Wir wollen der Demonstration mit dem Internationalistischen Block eine sozialrevolutionäre, antiimperialistische Richtung, einen politisch offensiven, kämpferischen Charakter geben.

Zur Wichtigkeit der Demonstration: sie kann, und das hängt gerade von uns ab, einen Gegenpol im nationalen Deutschlandtaumel bilden; sie kann gegenwärtige Kampfperspektiven aufzeigen; sie soll Mut machen und Stärke, Kampfwillen demonstrieren; wir wollen nicht, das die Westdeutsche Linke Untergangsstimmung demonstriert, oder Illusionen (Zweistaatlichkeit) und Verklärungen (realexistierender Sozialismus) nachhängt (sehr verkürzte Kritikansätze)

Um diese Ziele zu erreichen, wollen wir mit dem (internationalen) Aufruf möglichst das gesamte linksradikalere (aha) Spektrum in Bewegung setzen.

Zur Organisation: angemeldete Demoroute ist Auftakt Opernplatz-Taunusanlage-Mainzer Landstr.-Moselstr.-Kaiserstr.-Hauptwache-Zeil-Konstablerwache-Kurt-Schumacher-Str.-Batton/Berliner Str.-Abschluß Römer

- das Internationalistische Blockvorbereitungsplenum wird 2 Redebeiträge halten (1 Auftakt, 1 Abschluß) - wir werden einen eigenen Lautsprecherwagen haben

Zur Mobilisierung: Anlaufstelle ist das **Zentrum, Hinter der schönen Aussicht 11a, 6000 Frankfurt 1, tel.069/296335.** Hier können die verschiedenen Gruppenaufrufe, Demoplakate und aktuelle Demoinfos bestellt werden, telefonisch Dienstags 17-19 Uhr, Freitags 20-23 Uhr. Druckt, kopiert die Aufrufe/Plakate selbst nach, wir verschicken nur kleine Mengen. Mobilisiert was das Zeug hält!

Weiteres: Eventuell wird es abends einFest/Konzert an der Uni geben, eventuell Volxküchen. Wir versuchen eine Kinderbetreuung zu stellen.

DEUTSCHLAND WIRD STERBEN; UND WIR WERDEN LEBEN

das Vorbereitungsplenum **Venceremos.**

Die ausführlichen Aufrufe gibts in der M 99 und wahrscheinlich in der Nr. 101 (leider etwas spät).

TERMINE TERMINE TERMINE TERMINE

jeden Tag

20.00 Knastkundgebung in Moabit

Wenn im **Hungerstreik der spanischen Gefangenen** die erste Person ermordet wird: Am selben Tag um **20.00 VV** im Drugstore, Potsdamer Straße 180

Info-Tel. 04221/74945
oder schriftlich: Infotelefon c/o ALBUM, Oldenburger Str. 13, 2870 Delmenhorst.

Lesbisch-feministisches Infozentrum & Treffpunkt Kohlfurther Str. 40. Tel.: 614 94 98

13.00 - 20.00 Besetztes Infocafé in der Lübbenerstr. 29

14.00 - 18.00 Stadtteilladen Rat und Tat, Liebenwalderstr.16

bis 20.00 Café in der Nostizstr. 49

15.00 - 24.00 Café der 19.000 Wohnungslosen in der Remise Danckelmannstr. 54a

16.00 - 18.00 Infocafé Vamos, freitags nur für Frauen. In der Marchstr. 23

Mo. - Fr. 10.00 - 18.00 Café Geschwulst im Keller des OSIs in der Ihnenstr. 22.

Di. - Do. ab 15.00 A-Laden Moabit, Rathenower Straße 22

bis 29. 4. 16.00 - 22.00 Ausstellung: Wandbilder, Plakate & Filme aus dem Baskenland. 27. 4. um 20.00 Film. In der Yorchstr. 59, HH., 2. OG.

bis 2. 5. Ausstellung über die Reaktionen vor, während und nach der Wahl in Nicaragua. Jeweils um 20.00 Videodokumentation der sandinistischen Revolution. Im El Locco

bis 8. 5. Di. - Do. 18.00 - 22.00 Ausstellung: "Frauen benutzt, ausgebeutet, unterdrückt"
In der Umweltbibliothek, Griebenowstr. 16, 1058 Berlin

26. - 30. 4. Berliner Frühling, Veranstaltungen und Diskussionen zur Zukunft des Mauerstreifens. Initiativen zum Mauerstreifen stellen sich vor, Utopien sind erwünscht! Am Potsdamer Platz

29. 4 - 27. 5. außer Mo. + Fr. 12.00 - 18.00 Ausstellung:
"1. Mai - Hundert Jahre Berliner Maifeiern 1890 - 1990"
Im Heimatmuseum Wedding, Pankstr. 47

9. - 27. 5. 16.00 - 19.00 "Verlassene Berg - Lebendiger Berg" Fotos aus dem Bergwerk Siglo XX in Bolivien. Im El Locco

Do. 26. 4.

6.30 - 8.30 "1. Mai 90 - gewaltfrei!" Die Junge Gruppe der Gewerkschaft der Polizei sucht das Gespräch mit BürgerInnen.
Am Kottbusser Tor

10.00 Gegen Rassismus: Kundgebung vor der Ausländerinnenbehörde,
Friedrich Krause Ufer 24

10.00 Podiumsdiskussion über das Ausländergesetz im Zirkuszelt am Potsdamer Platz

10.30 - 15.00 "1. Mai 90 - gewaltfrei!" Die Junge Gruppe der Gewerkschaft der Polizei sucht das Gespräch mit BürgerInnen.
Am **Herrmannplatz**

16.00 Kurzkundgebungen für den 1. Mai vor Hertie, Hallesches Tor und

17.00 vor der Markthalle, Marheinekeplatz

18.00 "Weg mit dem Dreck"
Trommeln und Kundgebung auf dem Leopoldplatz gegen AusländerInnengesetze. ("Musikinstrumente" bitte selbst mitbringen)

19.00 1. Mai-VV im Versammlungsraum, Mehringhof

19.00 1. Neuköllner Frauen Kiezpalaver:
- Zunehmende Gewalt gegen ♀♀ auf der Straße. Wie wehren wir uns dagegen?
- Schaffung von Frauentreffpunkten im Kiez.
- Vernetzung der bestehenden Frauenprojekte
- Was setzen wir der zunehmenden "Heim + Herd"-Ideologie entgegen?
Für Kinderbetreuung wird gesorgt.
In der Seniorengaststätte Böhmisches Dorf, Kirchgasse 62/Ecke Richardstr.

19.00 "Die Welt in jenen Tagen" BRD 1979. Es ist das Jahr der Olympiade 1936. Im Mittelpunkt steht die Familie Hacker. Der Vater, Journalist, ist arbeitslos, weil er mit einer Jüdin verheiratet ist. Die Tochter ist mit einem Kommunisten befreundet. Der 12jährige Sohn Hannes hat ein enges Verhältnis zu seiner jüdischen Großmutter, die von einem Nazi erpresst wird. Hannes versucht so zu leben wie seine gleichaltrigen Freunde, er wird in die Hitler-Jugend aufgenommen und besucht eine arische Schule. Der "Freitod" seiner Großmutter öffnet ihm die Augen für die Unmenschlichkeit des Nazi-Regimes. Im El Locco

19.30 "Erich Mühsam"
Vortrag im besetzten Haus Schönhauser Allee 20/21

20.00 "Das neue Ausländergesetz und seine Folgen für Flüchtlinge"
Im BAZ, Oranienstr. 159

20.00 "Jörg Ratgeb - Maler" Film aus der DDR im A-Laden, Rathenower Str. 22

20.30 Infoveranstaltung mit Essen zu **Südafrika** und dem **Shell-Boykott.** Im Rat und Tat, Liebenwalder Str. 16

Wer weiß wo Waldemar Jander ist ?!
Wer kennt ihn ?!
Bitte dringend beim EA melden.
Tel.: 692 22 22 oder im
Büro: Dienstags von 20 - 22h im Mehringhof

Freitag 27.4. 19.00
Oberstufenzentrum
Wrangelstraße 97
13 Monate+13Tage
Rot-Grün

WIDERSTAND HAT VIELE GESICHTER

IM RAHMEN DER CHARLOTTENBURGER AKTIONSTAGE zum 1. MAI:

- 15.00 Kinderfest
- 18.00 Platzfest mit Bands (u.a. mit living spirits ...)
- internationalistische Volxküche
- Infostände
- Tombola und viele Überraschungen

ab 22.00 Kiezdisco Café Vamos

27.4.90 MARCH 23

U1 ERNST REUTER PLATZ

Alle Tage 1. Mai

MARCH bleibt!

Lübbi, Erkel, Schreiner, Adalbert, Köpi, RadPub u.a. Schönhauser HAFEN auch

Unterstützerinnen: Antifa'l'innen Charlottenburg !

21.00 "Weltbühne Berlin - Die zwanziger Jahre" BRD 1986. Verse prosa Ossietzkys, Tucholskys, Weinerts oder Rudolf Arnheims kommentieren die Aufnahmen u. a. vom Wintergarten und romanischen Café, vom Schlachthof und Großmarkthalle und vom Elend der Arbeitslosigkeit. Im El Locco

22.00 "Pueblo en armas" (Volk in Waffen") (OF), Spanien 1936, CNT. In der Umweltbibliothek, Griebenowstr. 16, 1058 Berlin

jeden Donnerstag

16.00-22.00 Frauentag im Infocafé Lübbenerstr. 29

18.00 Gruppentermin des ASTI (anarchistische Gruppe) im A-Laden, Rathenowerstr. 22.

19.00 Häuserkampfplenum in der Nostizstr. 49.

Freitag, 27. 4.

11.00 "Wohnung darf keine Ware sein" Beherztes Stadtspiel zu Orten unserer Begierde, Sammelpunkt und Kundgebung am Heinrichplatz und um

17.00 Zentrales Beisammensein **gegen die gemachte Wohnungsnot.** Am Kranzlereck

15.00 Kinderfest im Hüttendorf, Marchstr. 23

16.00 Kurzkundgebungen für den 1. Mai, Maybachufer und

17.30 Herrmannplatz

17.30 "Es hat sich nichts geändert" Film zum Thema Rassismus. Im Krümelladen, Weserstr.

18.00 Platzkonzert (mit living spirits, Easter Island, Genscher Herzinfarkt Sapienti Sat) und Überraschungen
- internationalistischer Volxküche
- Infoständen
- Tombola in der Marchstr. 23

19.00 Kiez-VV zum 1. Mai in der Weddingstr. 6

19.30 "Behind the mask" Interviews und Geschichte von IRA-Freiwilligen anschließend Diskussion über die aktuelle Situation. In der Schönhauser Allee 20

20.00 "Perspektiven des gewaltfreien Anarchismus" Vortrag und Diskussion mit Johann Brauer im A-Laden

22.00 Kiezdisco im Café Vamos, Marchstr.23

jeden Freitag

15.00 - 20.00 Infoladen Lunte geöffnet

19.00 Volksküche immer vegetarisch, nie Alk,im besetzten Infocafe Lübbenerstr. 29.

21.00 - 3.00 Cafe des Autonomen Begegnungszentrum "Kirche von unten", Elisabethkirchstr. 21, Berlin, Hauptstadt der DDR.

Samstag, 28. 4.

Internationaler Aktionstag gegen Shell

10.00 Frühstück in der Nosti 49 (danach gehts zum Anti-Shell-Stadtspiel)

22.00 RHYTHM FORCE KIEZ-DISKO im KOB mit Filmen (Verbrannte Erde, der Beweis), Infos zur Anti-Shell-Kampagne, jede Menge Tanz (Erlös für medizinischen Notdienst medico in Soweto)

10.00 Volxküche auf dem Leopoldplatz mit Essen, Trinken Infos, Theater, Musik und Inhalten

12.00 Stadtspiel mit Fahrrädern und allem, was Krach und Spaß macht: **"Wer Shell tankt, tankt Apartheid und Gentechnologie"** Abfahrt: Winterfeldplatz/Kirche

12.00 "Demo Solidarität mit dem kurdischen Volk" Am Breitscheidplatz

13.00 Mitmach Theater für Kinder auf dem Leopoldplatz

15.00 "Wir sind hier aufgewachsen, wir fordern gleiche Rechte" Kinderfest mit Ausstellung im Koeltzelpark 1/20

18.30 Trommeln gegen das Ausländergesetz auf dem Breitscheidplatz

19.00 Antifafeté in der "Putte", Fabrik Osloer Str. 12

20.00 Info- und Diskussionsveranstaltung zum **Düsseldorfer Prozeß gegen KurdInnen** und zur Entwicklung des **Befreiungskampfes des kurdischen Volkes.** Im Zirkuszelt am Potsdamer Platz

22.00 Rythm Force Kiezdisco Erlös für den medizinischen Notdienst medico in Soweto. Filme: "Verbrannte Erde" + "Der Beweis", Infos zur Anti-Shell-Kampagne, jede Menge Tanz. K.O.B, Potsdamer Str. 159

jeden Samstag

11.00 - 14.00 Frauentag in der M99

12.00 - 22.00 Frühstück (bei Demos ab 10.00) in der Nostizstr. 49.

16.00 - 20.00 Antifa-Info-Telefon 692 15 99. Informiert euch und uns über Überfälle, Faschoaktionen, Prozesse, ...

Sonntag, 29. 4.

10.00 "Der Todesstreifen wird zum Volxpark" Aufruf zu kreativen Gestaltung des Mauerstreifens. Potsdamer Platz

12.00 Anarchistische Stadtrundfahrt mit dem Fahrrad. Treffpunkt: Bödiker Str. 30

13.00 "Für eine herrschaftsfreie Gesellschaft ohne Knäste" Anti-Knast Stadtrundfahrt. Busabfahrt: Oranienplatz. Kartenvorverkauf 10.- im Buchladen, Oranienstr. 21

14.00 "Raus aus dem Heim - Tanz auf der Straße" Musikkundgebung mit Live-Musik vor dem DRK-Flüchtlingsheim, Stuttgarter Platz. Bringt Essen, Trinken, Kaffee und Kuchen mit!!

16.00 "Anarchafeminismus" Vortrag in der Umweltbibliothek, Griebenowstr. 16, 1058 Berlin

19.00 Veranstaltung zur Situation **der politischen Gefangenen in der BRD und Westberlin**
- was sich seit dem Abbruch des Hungerstreiks im Mai '89 verändert hat
- seit dem 30. 11. 89 sind in Spanien Gefangene im Hungerstreik für ihre Wiederzusammenlegung. Aktuelle Infos dazu.

In der Marchstr. 23

19.30 Die anarchosyndikalistische Zeitung "DIREKTE AKTION" im Gesräch. Im A-Laden, Rathenower Str. 22

20.00 "Gibt es eine anarchistische Wirtschaftstheorie?" Vortrag von Klaus Schmitt. In der Umweltbibliothek, Griebenowstr. 16, 1058 Berlin

jeden Sonntag

14.00 Neuköllner Kiezküche. Im Syndikat, Weisestr. 56

16.00 ??-Kiezcafé im Falckeladen, Falckensteinstr. 46. Kinder sind erwünscht.

ab **18.00 Kiezküche** im Anfall, Gneisenaustr.64

Montag, 30. 4.

19.00 WALPURGISNACHT-DEMO ab Winterfeldplatz

19.30 "Anarchie und Ökologie" Vortrag mit Dias von Jakob Es im A-Laden, Rathenower Str. 22

20.30 "KomplizInnen" BRD '88. Film im Syndikat, Weisestr. 53

jeden Montag

Redaktionschluß für den Terminkalender. Ausnahmen nur in ausführlichst und gut begründeten Einzelfällen (nix mit Briefkasten nicht gefunden u. ä.)

Lesbentag im Café Anna(!), Muskauer Str.15

15.00 Frauencafé im A-Laden, Rathenower Straße 22

15.00 - 20.00 Infoladen Lunte, Weisestr. 53 geöffnet

18.00 - 20.00 Antifajugendcafé im Infoladen Lunte.

19.00 Autonome AlkoholikerInnen

Selbsthilfetreffen im Heilehaus, Waldemarstr. 36

19.00 Volksküche im besetzten Infocafe Lübbenerstr. 29.

20.00 - 22.00 Infotelefon bei faschistischen, rassistichen oder sexistichen Überfällen auf Frauen, Lesben und Mädchen **65 20 74**

19.00 Volksküche in der Nostizstr. 49.

Dienstag, 1. 5.

10.00 Frühstück in der Nosti 49 (danach gehts zur 1.Mai-Demo)

11.00 "Kampf gegen Unterdrückung, Kapital, Faschismus" Demonstration:
- Für eine Republik ohne Großkapital
- Angriff auf den militärtechnischen Komplex
- Die Häuser gehören uns
- Gegen Umstrukturierung im Stadtbau
- AusländerInnen bleiben - Nazis vertreiben
- EG 92 - Nein Danke

Ort: Hannoversche Str./Ecke Friedrich- + Chausseestr.

13.00 "Lieber raus auf die Straße, als heim ins Reich" Revolutionäre 1. Mai-Demonstration. Treffpunkt: Oranienplatz

19.00 "Aufstand der Hexen" Film über die Frauenbewegung in der BRD von 1982. Im El Locco

21.00 "Stop the Clause" Die schwule und lesbische Bewegung gegen Clause 28. Video über den englischen Diskriminierungsparagraph gegen schwule und lesbische Projekte. Wen betrifft es, wenn Mrs. Thatcher den Kommunalbehörden verbietet Homosexualität zu unterstützen? Ein paar Lesben und Schwule irgendwo in England. Oder? Oder! Ein vereintes Europa besteht uns bevor, und damit die Angleichung von Gesetzen. In der BRD wird ein "Sicherheitspaket" verabschiedet mit Paragraphen wie dem §129a. Da kann es für uns ganz plötzlich sehr interessant werden, in Gesetzen zu stöbern, Parallelen zwischen GB und Bayern zu finden, den blanken Zynismus hinter Gerichtsurteilen hervorlugen zu sehen. Im El Locco.

jeden Dienstag

16.00 - 20.00 Antifakneipe im Krümel Weserstr.155

19.00 Gruppentermin der FAU (Freie ArbeiterInnen-Union) im A-Laden, Rathenauer Str. 22

20.00 - 22.00 Ermittlungsausschuß (EA) Tel.: **692 22 22** im Mehringhof

Mittwoch, 2. 5.

19.00 "Berlinger" Der kauzige Individualist und Forschergeist Berlinger leistet Widerstand gegen deutsches Streber- und Mitläufertum; zuerst im Dritten Reich, später ebenso im Wirtschaftswunderdeutschland und in der technokratischen BRD der 70er Jahre. Im El Locco

20.00 "Geschichte der Kampagne gegen die Wehrpflicht" Vortrag mit Bildmaterial von Christian Herz im Versammlungsraum, Mehringhof

20.00 TRIEST - Berichte und Ergebnisse vom internationalen anarchistischen Kongress **"Der Osten - Labor der Freiheit"** (14. - 16. 4. '90) Im A-Laden

21.00 "Clement Moreau - Wie man mit Bildern kämpft" Der aus Koblenz stammende "Gebrauchsgraphiker" - wie er sich selbst bezeichnet - Carl Meffert alias Clement Moreau, Schüler von Käthe Kollwitz und John Heartfield, flüchtete '33 vor den Nazis in die Schweiz und später nach Argentinnien. In der Schweiz illustrierte er mit engagierten Graphiken den "Baseler Vorwärts" Er kämpfte sein Leben lang mit seinen Bildern gegen den Faschismus und für politische Freiheiten. Er verstand seine Kunst als politisches Engagement. Im EL Locco

23.00 "Wer hat in Deutschland noch was zu sagen" Das Mobile Untergrund Theater aus Hannover. Im El Locco

jeden Mittwoch

15.00 - 20.00 Infoladen Lunte geöffnet

16.00 - 19.00 MieterInnencafé in der Lunte, Weisestr. 53

18.00 antifaschistisches Jugendcafé Schöneberg, mit Kickern, Tischtennis (besser Kellen mitbringen), Musik Hören, Getränken, Infomaterial und hoffentlich irgendwann auch endlich Videos. Im Drugstore, Potsdamer Str. 180

19.00 Treffen der ImmernochvolkszählungsboykotteurInnen im Blauen Salon, Mehringhof

19.00 - 21.00 Autonome AlkoholikerInnen Selbsthilfe, Beratung im Heilehaus, Waldemarstr. 36

19.00-24.00 Cafe des Autonomen Begegnungszentrum "Kirche von unten", Elisabethkirchstr. 21, Berlin, Hauptstadt der DDR.

20.00 Antifa-Kneipe jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat im Falckeladen, Falckensteinstr. 46

Donnerstag 3. 5.

19.00 1. Treffen zur Gründung einer **Frauenwagenburg.** In der Yorckstr. 59, HH., 2. OG.

19.00 "Clement Moreau - Wie man mit Bildern kämpft" Siehe Mi. 2. 5., 21.00. Im EL Locco

20.00 "Yankee gegen Yankee-Kriege" Vortrag von Dieter Brünn (Harald Kater Verlag) mit Bildmaterial und Diskussion im Versammlungsraum, Mehringhof

21.00 "Berlinger" Siehe Mi. 2. 5., 19.00. Im El Locco

23.00 "Wer hat in Deutschland noch was zu sagen" Das Mobile Untergrund Theater aus Hannover. Im El Locco

Fr. 4. 5.

19.30 "Arbeitszeitverkürzung" Vortrag und Diskussion FAU/IAA (Ortsgruppe Berlin/West) im A-Laden, Rathenower Str. 22

20.00 Geschichte der Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen/ Graswurzelrevolution (FÖGA)" Vortrag im Versammlungsraum, Mehringhof

21.00 "Wer hat in Deutschland noch was zu sagen" Das Mobile Untergrund Theater aus Hannover. Im El Locco

23.00 "Berlinger" Siehe Mi. 2. 5., 19.00. Im El Locco

Sa. 5. 5.

17.30 "Die Wobblies" Film und

19.30 Die Internationale ArbeiterInnen Assoziation (IAA) heute - Vortrag von Mitgliedern des IAA-Sekretariats im Klub "Wissenschaft", Magnushaus, Am Kupfergraben, Eingang Bauhofstr., 1080 Berlin (Ost)

19.00 Videos, Vokü und Infos zum 8. Mai (45. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus) in der Marchstr. 23

20.00 "Libertäre Ökonomie kontra Kapitalismus" Vortrag und Dislussion mit Uwe Timm im Versammlungsraum, Mehringhof

21.00 "Wer hat in Deutschland noch was zu sagen" Das Mobile Untergrund Theater aus Hannover. Im El Locco

23.00 "Clement Moreau - Wie man mit Bildern kämpft" Siehe Mi. 2. 5., 21.00. Im EL Locco

??.?? Lange Filmnacht Erlös für die Knastkasse:
- **"Besuch vom Polizeistaat"** Der Schah in Berlin
- **"Through the wire"** Frauenknast in USA
- **"Und Johnny zog in den Krieg"** Das Gehirn im völlig verkrüppelten Körper eines Kriegsheimkehrers versucht verbindung zur Außenwelt aufzunehmen
+ **3 Monty Pyton.** In der Schweinemensa, Fabeckstr. 23

So. 6. 5.

12.00 2. Anarchistische Stadtrundfahrt mit dem Fahrrad. Treffpunkt: Bödiker Str. 30

13.00 Treffen von Neuköllner Frauen in der Galerie Olga Benario. Ab sofort findet dieses Treffen jeden 1. Sonntag um 13.00 in der Galerie statt. Boddinstr 61 U-Bhf Rathaus Neukölln

19.00 Kuhle Wampe Der einzig offen kommunistische Film der Weimarer Republik hat die Massenarbeitslosigkeit der großen Wirtschaftskrise zum Thema. Am Beispiel einer Berliner Arbeiterfamilie werden die gesellschaftlichen Verhältnisse der Zeit entschlossen angegriffen. Im El Locco

20.00 "Die Diggers - antiautoritäre Frühkommunistische Bewegung im 17. Jahrhundert." Vortrag und Diskussion mit Gernot Lennert im Versammlungsraum, Mehringhof

21.00 Er hat Vorschläge gemacht, DDR 1978, Video, Bertolt Brecht - Stationen und Positionen. Im El Locco.

Mo. 7. 5.

20.00 "Totalverweigerung in Berlin" Vortrag der Info- und Aktionstelle zur Totalverweigerung (IAT) im Versammlungsraum, Mehringhof

20.00 "Der Aufstand von Kronstadt 1921" Vortrag und Diskussion mit Ralf Landmesser (Schwarzrotbuch-Verlag) im besetzten Haus Schönhauser Allee 20/21

20.30 "Dschungelburger - Hackfleischordnung international" Film, F 84/85. Im Syndikat

Di 8. 5.

19.00 "Stop the Clause" Siehe 1. 5. 21.00. Im El Locco.

19.30 "Rudolf Rocker", Video und Vortrag **"Die anarchistischen schwarzen Scharen".** Im Klub "Wissenschaft", Magnushaus, Am Kupfergraben, Eingang Bauhofstr., 1080 Berlin

20.00 "Zwang in der BRD am Beispiel der Wehrpflicht" Vortrag von Gernot Grube im Versammlungsraum, Mehringhof

21.00 "Aufstand der Hexen" Film über die Frauenbewegung in der BRD von 1982. Im El Locco

Mi. 9. 5.

17.00 "Frauen in der 3. Welt" Die zweiteilige Diaserie zeigt wie unterschiedlich das Leben der Frauen in der "Dritten Welt" ist. Im El Locco

19.00 "Clement Moreau - Wie man mit Bildern kämpft" Siehe Mi. 2. 5., 21.00. Im EL Locco

21.00 "Berlinger" Siehe Mi. 2. 5., 19.00. Im El Locco

TERMINE ZUM OST-WEST-SYMPOSIUM IN LOCCUM s. Interim 98

4.5. 18.00 Überregionale Infoveranstaltung im Stadtteilzentrum Nordstadt, Schaufelderstr.30 in H

7.5. 12.00 Störaktion in Loccum

8.5. 17.00 Demonstration gegen EXPO, Treffpunkt Steinstraße in H

AUF DENN – KEINE FRAGE FRAUENKAMPFTAG ALLE TAGE

NICHT MIT OST + WEST GEGEN DEN REST, SONDERN **INTERNATIONAL** KÄMPFEN FRAUEN ÜBERALL!

DOĞU VE BATI İLE BERABER GERİ KALANA KARŞIT DEĞİL KADINLAR HER ÜLKEDE, **ENTERNASYONAL** SAVAŞ VERİYOR.

KOMMT ZUM **FRAUEN/LESBENBLOCK** AUF DER REVOLUTIONÄREN **1. MAI DEMONSTRATION**

13.00 ORANIENPLATZ